



newess


Schwerpunkt

Zukunft des Erinnerns

In Planung: Ein Neubau in der Heidelberger Altstadt

Vertiefende Einblicke: Dauerausstellung zu 600-jähriger Geschichte der Sinti und Roma

Bürgerrechtspreis: Daniel Libeskind und das Gedenken an den Holocaust



Das Titelbild zeigt den überarbeiteten Siegerentwurf, der am 13. März 2024 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es bis zur Realisierung des Neubaus des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma zu weiteren Veränderungen kommt.

© bez+kock architekten / Renderbar

INHALT

1 | EDITORIAL

2 | SCHWERPUNKT

- 4 Spannende Einblicke: Thematische Überarbeitung der Heidelberger Dauerausstellung
- 12 Planung für die Zukunft des Dokuzentrums: Ein Neubau in der Heidelberger Altstadt
- 14 Das EVZ-Projekt „Das vergessene Gedächtnis“ baut eine museale Sammlung auf
- 16 Erste Ergebnisse: Ganz unterschiedliche Objekte aus der Minderheit aufgespürt
- 18 Historisch vergifteter Ort: Dokuzentrum an Ausstellung am Obersalzberg beteiligt

3 | NACHRICHTEN UND HINTERGRUNDBERICHTE

- 20 Der US-amerikanische Stararchitekt Daniel Libeskind erhält Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma
- 24 Gedenken an den Völkermord an Juden, Sinti und Roma: Die Mahnmale von Daniel Libeskind
- 28 Erinnerung an die Opfer: Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma 2023
- 32 Im Wortlaut: Ansprache der Holocaust-Überlebenden Gerda Pohl zum 2. August in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau
- 34 „Dikh he na bister“: Jugentreffen der Sinti und Roma beschäftigt sich mit dem Holocaust an der Minderheit
- 36 Schicksale der Sinti und Roma stehen im Mittelpunkt des 78. Jahrestages der Befreiung des KZ Buchenwald
- 38 Heidelberger Bündnis „Zeitzeugenschaft im Generationenwechsel begegnen“
- 40 Ilona „Koralla“ Lagrene (1950-2023): Pionierin der Bürgerrechtsarbeit und bis zuletzt Mitstreiterin in Heidelberger Bündnis
- 42 Deutscher Bundestag nimmt Entschließungsantrag zu Sinti und Roma nach historischer Debatte mit großer Mehrheit an
- 46 Erster Jahresbericht vorgelegt: MIA dokumentiert bundesweit 621 antiziganistische Vorfälle für 2022
- 50 Bundesländer sollen „endlich Sondererfassung und Kriminalisierung von Sinti und Roma beenden“
- 52 Bundeskriminalamt und Zentralrat unterzeichnen Kooperationsvereinbarung gegen Diskriminierung
- 54 Rat der Evangelischen Kirche bekennt: „An vielen Stellen Schuld auf sich geladen“
- 55 Deutsche Bahn kooperiert mit dem Bildungsforum gegen Antiziganismus in Berlin
- 56 Sinteza statt Komponist mit NS-Vergangenheit: Stadt Würzburg benennt Straße nach Holocaust-Überlebender Theresia Winterstein
- 58 Gedenk- und Lernort für Sinti und Roma auf dem Stadtfriedhof Bayreuth eingeweiht
- 59 Stadt Ulm würdigt Holocaust-Überlebenden und Bürgerrechtler Ranco Brantner mit Gedenktafel
- 61 Vinzenz Rose als Namensgeber einer Schule?!: Geschichte-AG der Realschule Obrigheim erarbeitet Ausstellung und stößt Diskussion an
- 64 Bildungsreise nach Berlin für junge Sinti und Roma zum Thema Empowerment

66 Roma seit 30 Jahren anerkannte Volksgruppe: Romani Rose hält Rede im österreichischen Parlament in Wien

68 Ausstellung über den Holocaust an den Sinti und Roma unterwegs in Südosteuropa: Interview mit zwei der Organisatoren

72 Zentralrat engagiert sich für Verbesserung der Situation von Roma in der angegriffenen Ukraine

4 | VERANSTALTUNGEN UND KULTURPROGRAMM

74 Ausstellungen, Lesungen, Konzert: Kooperationen prägen vielfältiges Veranstaltungsprogramm

78 Installation „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ setzt Heidelberger Rathaus eindrucksvoll in Szene

82 Historiker Hans Woller stellt „Jagdscenen aus Niederthann“ vor und trifft erstmals Sohn der getöteten Romni

86 Große Kreativität: Dokuzentrum und Goethe-Institut Mannheim starten erfolgreich Künstler*innen-Residenz-Programm

5 | NEUERSCHEINUNGEN UND BUCHBESPRECHUNGEN

90 Ulrich Friedrich Opfermann: „Stets korrekt und human“. Der Umgang mit dem NS-Völkermord an den Sinti und Roma“

92 Gabriele Keiser: Tatort Rheinbrücke und Frank Goyke: Saat der Wut – Im Krimi wechseln endlich auch mal die Rollen

94 David Blum: Kollektorgang

96 Zeuge der Zeit: Christian Pfeil. Trotz allem.

6 | AUS DEN MITGLIEDSVERBÄNDEN

98 Landesverband Rheinland-Pfalz: Rückblick auf erfolgreiche Arbeit bei Festveranstaltung zum 40-jährigen Bestehen

100 Landesverband Bayern: Staatsvertrag mit Freistaat erweitert und Meldestelle für Antiziganismus eingerichtet

102 Bremer Sinti Verein: Musikalische Lesung in Erinnerung an deportierte Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland

104 Bremerhavener Sinti-Verein: Uraufführung des dokumentarischen Musiktheaterstücks „Blumen an der Karlsburg“

106 Arbeitskreis der Sinti und Roma Ingolstadt: Ausstellung „Sinti und Roma in der Frühen Neuzeit“

108 Verein Deutscher Sinti e.V. Minden: Oswald Marschall vertritt die Minderheit in neuem Gremium der Landesregierung in NRW

110 Landesverband Schleswig-Holstein: Engagierte Podiumsdiskussion zum Thema Antiziganismus

7 | NACHRUFE

112 Elisabeth Krawczyk

113 Willi Kreuz

114 Ernst Tugendhat

115 Tilman Zülch

116 Rudolf Steinbach

117 Raisa Nabaranchuk

118 Ivan Bilashchenko

119 Nadir Dedić

120 Éva Fahidi-Pusztai

122 Bildnachweis

123 Impressum



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

als am 16. März 1997 unser Dokumentations- und Kulturzentrum in Heidelberg eröffnet wurde, war dies ein stolzer Moment für unsere gesamte Minderheit. Bis heute ist die Dauerausstellung über den nationalsozialistischen Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa in ihrem Umfang einzigartig und trägt auf mehr als 700 Quadratmetern Ausstellungsfläche zur historischen Bewusstseinsbildung über dieses Menschheitsverbrechen bei.

Mittlerweile stehen wir vor dem nächsten, großen Schritt: dem Neubau unseres Hauses und der damit verbundenen Neukonzeptionierung und Erweiterung unserer Dauerausstellung. In Zukunft werden die 600-jährige Geschichte der Sinti und Roma in Europa und ihre Beiträge zur Kulturgeschichte ihrer Heimatländer stärker im Fokus stehen. Der Schwerpunkt dieses newess beleuchtet die Neubaupläne, von der architektonischen Planung durch ein renommiertes Stuttgarter Büro über die Elemente der neuen Dauerausstellung bis zum Aufbau einer Sammlung von Objekten und Zeugnissen, die die Geschichte unserer Minderheit erzählen.

Unser neues Haus ist kein Prachtbau des Dokumentationszentrums oder des Zentralrats. Es ist ein Zeichen für Sinti und Roma in Deutschland und in ganz Europa, stolz zu sein auf ihre kulturelle Identität. Und es ist eine Einladung an alle Menschen, die sich für die Kultur und die Geschichte unserer Minderheit interessieren.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Latscho Diwes.

O 16. März 1997 weis maro Dokumentationszentrum pre kerdo. Kowa his i baro Diwes a Sintinge hach a Romenge. Bis kawa Diwes hi mari 700qm baro Sikapen (ständige Ausstellung) pral o Djeldo- Ziro ani zeli Europa brinschedo. Kote naschdi dikhel un siklel jek pral o Baro-Marepen, ho kerdan a Nazis abi pasch milliona Sinti hach Roma.

Kana ham jake dur te djas durde un te gras in Newo Kher, kai sikra natschti nina maro Schukapen un Sorlapen. Mer andom pral maro Baschepen, mare Parmissi, maro Budapen baro Bravlapen ani Europa. Mer andom pral mari Cultura buth Bravlapen hach Bacht an mare Them, ano puro hach newo Ziro, ano Gatschkano un ani Europa. Kote dschiwa mer buth Scheel Berscha bale.

Mer sikra, te kerdam mer Sinti hach Roma schon haik basch mare Them.

Kamle Sinti, kamle Roma.

O Newo Kher vono Dokumentations und Kulturzentrum krel tumenge un für Hakano o Wuda pre, kai kamel budede pral o Sintingro hach o Romengro Djipen und lengri Cultura te dschinen.

Buth Bacht un Zastapen tumenge.



SPANNENDE EINBLICKE UND SELBSTBEWUSSTE STATEMENTS

Mit dem Neubau des Dokumentationszentrums geht eine thematische Überarbeitung der Dauerausstellung einher

Karl Wolf kämpfte als Soldat für sein Vaterland. Auf dem Foto aus dem Jahr 1939 trägt er stolz seine Uniform. Doch schon bald wurde der Sinto aus „rassischen Gründen“ entlassen, verhaftet und schließlich 1943 in Auschwitz ermordet. Anneliese Franz war über 20 Jahre lang bei der Heidelberger Füllerfabrik König angestellt. Mit der Kamera wurden die Sinteza und ihre Kolleg*innen bei der Arbeit

ebenfalls abgelichtet. 1944 musste sich die junge Frau in der Uniklinik zwangssterilisieren lassen, während der Großteil ihrer Familie dem Holocaust zum Opfer fiel. Im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verlor auch Gerhard Braun, der in der ständigen Ausstellung im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma mit seinem Saxophon zu sehen ist, sein Leben. Bevor



er deportiert wurde, gehörte er dem Berliner Rundfunkorchester an.

In der einzigartigen Präsentation zum Völkermord an der Minderheit sind in dem Heidelberger Museum seit der Eröffnung im März 1997 zahlreiche Fotos versammelt, die Sinti und Roma als Teil der deutschen Gesellschaft zeigen. Da-

Gedenken an die Opfer der NS-Verfolgung:

Im dritten Stockwerk sind die Namen von über 21.000 Männern, Frauen und Kindern verewigt, die ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert wurden.

durch rücken die Biographien der Menschen, die von den Nationalsozialisten erst zu Opfern gemacht wurden, in den Mittelpunkt. Im Wesentlichen wird bislang die zunehmende Ausgrenzung von Sinti und Roma und der Weg in den Holocaust zwischen 1933 und 1945 nachgezeichnet.

Parallel zu dem Neubauprojekt des Dokumentationszentrums soll nun jedoch eine thematische Neukonzeption der Ausstellung erarbeitet werden, die vertiefte Einblicke in die 600-jährige Geschichte der Minderheit in Deutschland und Europa gewährt. In einem mehrstufigen Ausschreibungsverfahren hat ein Gremium aus hochkarätigen Expert*innen inzwischen das Stuttgarter Gestaltungsbüro „SPACE4“ mit der ästhetischen Umsetzung beauftragt. Ein Team des Dokumentationszentrums trifft sich seitdem regelmäßig mit den Gestalter*innen, um die inhaltliche Schwerpunktsetzung bestmöglich mit der räumlichen Ausrichtung des Gebäudekomplexes in der Bremeneckgasse 2 zu verzahnen.

Ausgangssituation

Gegenwärtig erstreckt sich die Dauerausstellung über drei Stockwerke und nimmt eine Fläche von rund 700 Quadratmetern ein. Davon dienen zwei Etagen der Präsentation zum Holocaust an den 500.000 Männern, Frauen und Kindern der Minderheit im NS-besetzten Europa – von der stufenweisen Ausgrenzung und Entrechtung bis hin zur systematischen Vernichtung. Begrüßt werden die Besucher*innen dabei von historischen Familienbildern, die für die meisten sicherlich unerwartete Perspektiven auf die persönlichen Lebensrealitäten vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten eröffnen. Verdeutlicht wird darauf nämlich, in welcher vielfältiger Weise Sinti und Roma in das gesellschaftliche Miteinander integriert waren. Etwa auf dem Foto mit Mitgliedern der Familie Bamberger, die während des Ersten Weltkrieges aufgenommen wurde. Unschwer lassen sich darauf die militärischen Auszeichnungen erkennen, die der Vater mit selbstbewusstem Gesichtsausdruck trägt. Gleich daneben ist Johannes Haag



Biographien im Mittelpunkt: In der Dauerausstellung können Besucher*innen seit 1997 die Schicksale von Sinti und Roma aus der Sicht der Minderheit kennenlernen.

mit seinem Musikquartett zu sehen. Das Bild entstand um 1900 am Hof des Königs von Württemberg, an dem das bekannte Ensemble häufig Konzerte gab. Ein weiteres eindrückliches Beispiel ist das Foto von drei Mitgliedern der Bayreuther Familie Rose aus der Zeit des Kaiserreichs. Darauf verewigt ist ein bürgerliches Zuhause, in dem ein scheinbar beiläufig aufgeschlagenes Buch für Wissen und Gelehrsamkeit steht. Mutter und Sohn tragen repräsentative Bekleidung, der Vater wiederum zeigt sich als Patriot in Uniform.

Diese beiden Ebenen – Normalität und Alltag der Minderheit einerseits, Terror und Verfolgungsapparat andererseits – werden in der Ausstellung räumlich und gestalterisch deutlich voneinander abgehoben und gleichzeitig zueinander in Beziehung gesetzt. So entsteht ein durchgängiges Spannungsverhältnis, das nicht nur dazu herausfordert, sich mit den präsentierten Tätermaterialien kritisch auseinanderzusetzen, sondern gleichzeitig eine empathische Annäherung an die Opfer unterstützt.

Ergänzt wird die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma durch Abschnitte zu allgemeineren Themen zur Geschichte

des Nationalsozialismus, wie die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur oder die Expansionspolitik bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Allerdings umfasst die bestehende Dauerausstellung in erster Linie zeit-historische Dokumente und Fotografien als „museale Flachware“. Diese werden durch einzelne graphische Schaubilder sowie durch Medienstationen ergänzt.

Das dritte Geschoss ist allein dem Gedenken an den Völkermord gewidmet. Der Rundgang endet hier in Form eines Stegs, der sich durch den historischen Dachstuhl des Gebäudes zieht. Er führt vorbei an einer stilisierten ewigen Flamme und einer Wand mit den Namen von über 21.000 in das Vernich-

tungslager Auschwitz-Birkenau deportierten Sinti und Roma, die stellvertretend für alle Ermordeten stehen. Angesichts fehlender Gedenkorte kam diesem Bereich eine europaweit besondere symbolische Bedeutung zu, insbesondere für Angehörige und Nachkommen der Opfer.

Vorüberlegungen

Beim neu gestalteten Dokumentationszentrum, das nach derzeitigen Planungen 2028 eröffnet werden könnte, handelt es sich wiederum um ein Gebäude mit drei Stockwerken. Die ständige Ausstellung würde darin zwar nur zwei Ebenen einnehmen, die dann allerdings um die 1000 Quadratmeter umfassen würden. Die genauen Ausmaße sind derzeit noch nicht festgelegt.

Im Jahr 1997 war die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegenüber den Sinti und Roma sowohl in der Geschichtsschreibung als auch in der Gedenkstättenarbeit weitgehend ausgeklammert oder wurde allenfalls in Form einer Fußnote behandelt. In der Öffentlichkeit war sie fast gänzlich unbekannt. Auch angeregt durch die Arbeit der Heidelberger Institution, setzte die historische Aufarbeitung des Holocaust an der Minderheit erst danach ein. Die daraus resultierenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, Quellen und Zusammenhänge der zurückliegenden 20 Jahre konnten bisher keinen

Eingang in die ständige Präsentation finden. Gleichwohl wurden sie in Wechsel- und transportablen Ausstellungen behandelt. Beispiele dafür sind „Rassendiagnose: Zigeuner“ von 2017, die im selben Jahr entwickelte Präsentation zur Bürgerrechtsbewegung oder „Sinti in der Frühen Neuzeit“ von 2019. Dennoch bestehen zur Geschichte der Sinti und Roma jenseits der Zeit des Nationalsozialismus noch große Lücken – sowohl hinsichtlich des Forschungsstands als auch bei geeigneten Exponaten und dreidimensionalen Artefakten, die gezeigt werden können. Unterstützung erhofft sich das Ausstellungsteam von dem Sammlungsprojekt „Das vergessene Gedächtnis“ der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), das seit 2022 am Dokumentationszentrum angesiedelt ist. Dafür konnten bereits unterschiedlichste Gegenstände und schriftliche Überlieferungen aus Familien der Minderheit gewonnen werden, welche die

reichen kulturellen Traditionen und Leistungen von Sinti und Roma erlebbar machen. Einbezogen werden sollen Gegenstände aus dem Alltag genauso wie Kunstwerke, Gemälde oder Grafiken. Diese Objekte dienen dabei in erster Linie als Ankerpunkte für die erzählten „Geschichten“.

Bislang sechs Module

Für die neue Dauerausstellung wird darüber hinaus eine stärkere Verzahnung und Integration unterschiedlicher Medien und Formate angestrebt. Dazu zählt die Einbindung moderner Multimedia-Präsentationen zur Vertiefung von Informationen. Für alle Teile sollen verschiedene Leitgedanken die Grundlage bilden.

Der „Prolog“ vermittelt das auf über 50 Jahren erfolgreicher Bürgerrechtsarbeit beruhende Selbstbewusstsein deutscher



Herzlich willkommen: Ein erster Blick in das zukünftige Foyer, dessen Ausgestaltung sich im Laufe der weiteren Planungen noch verändern kann.



Engagierter Hollywood-Star: Der Schauspieler Yul Brynner, hier 1969 bei einem Besuch in Sarajevo, war selbst Angehöriger der Minderheit und Ehrenpräsident der International Romani-Union.

Sinti und Roma und porträtiert sie als selbstverständlichen Teil der deutschen Gesellschaft seit über 600 Jahren. Dazu gehört es, die Selbstbezeichnung „Sinti und Roma“ vorzustellen und als Teil des neuen Selbstverständnisses der Minderheit herauszuheben.

Dabei soll eine erste Begegnung mit Sinti und Roma als gleichberechtigte Bürger*innen Deutschlands und Europas ermöglicht werden. Ein Mittel dafür können biographische Porträts von Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen sein – Sinti und Roma als Prominente sowie als „normale“ Bürger*innen in ihrem Berufsalltag. Angedacht ist, den US-amerikanischen Schauspieler Yul Brynner vorzu-

stellen, der Ehrenpräsident der International Romani-Union war und in den 1970er-Jahren eine aktive Rolle bei den Bestrebungen der Roma spielte, sich international zusammenzuschließen. Oder die Fußballerin Olga Carmona García, Kapitänin, Torschützin und der ganz große Star der spanischen Weltmeisterinnen von 2023. Angelina Kappler, Sinteza, ehemalige deutsche Weinkönigin und Winzerin, verkörpert genauso das Bild einer modernen Minderheit wie die Schlager-Ikone Marianne Rosenberg.

Ein sich anschließender besonderer, zweigeschossig offener Raum verlangt nach einer innovativen Gestaltung und soll Zitate und politische Statements großflächig als Leuchttexte inszenieren.

Im dritten Abschnitt veranschaulichen (Kunst-)Objekte, musikalische Werke, gestalterische Produkte und Dokumente das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirken sowie die Einflussnahme von Sinti und Roma von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart. Allen Besucher*innen soll deutlich werden, dass Sinti und Roma die europäische Kunst und Kultur weit aus stärker geprägt haben als allgemein bekannt: eine Reise von der Hildesheimer Urkunde von 1407, in der die Minderheit erstmals erwähnt wird, bis zur Jazz-Legende Django Reinhardt. Aber auch die Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti und Roma seit dem Mittelalter wird thematisiert.

Das vierte Modul führt das Dokumentationszentrum als zentralen Ort für die Vermittlung von Wissen über den Holocaust an den Sinti und Roma fort. Abgesehen von den Ausstellungen in Heidelberg und im Staatlichen Museum Auschwitz existiert bis heute keine Präsentation, die den Holocaust an den Sinti und Roma insgesamt behandelt. Dieser Raum wird deshalb nicht nur grundlegende Informationen und Zusammenhänge zu diesem häufig kaum bekannten Thema vermitteln, sondern auch die spezifische Bedeutung des Holocaust an den Sinti und Roma für die deutsche Geschichte herausarbeiten. Alle Besucher*innen sollen verstehen, dass der Genozid an der Minderheit durch die gleiche Rassenideologie motiviert und mit der gleichen Systematik betrieben wurde, wie der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung. Dabei muss deutlich werden, dass es sich um ein Verbrechen handelte, das das ganze NS-besetzte Europa traf und dessen Auswirkungen bis heute spürbar sind. Dieses Modul

beleuchtet inhaltlich zunächst die rassenideologischen Hintergründe der Verfolgung, um darauf aufbauend der zunehmenden Entrechtung der Minderheit zu folgen, die schließlich im Mord in den Gaskammern mündete. Das Hauptanliegen ist indes, eine täterzentrierte Darstellung zu vermeiden. Als Korrektiv zur verzerrten Darstellung in den NS-Dokumenten wird – wann immer möglich – auf Selbstzeugnisse, Familienbilder und andere Quellen zurückgegriffen, die Sinti und Roma als Individuen zeigen. Eine gewichtige Rolle sollen erneut herausgehobene Objekte spielen, die den Ausgangspunkt für die Thematisierung von Biographien und Geschichten markieren. So lässt sich anhand des Wehrpasses des in der NS-Zeit verfolgten Sintos Oskar Rose eine Darstellung des Widerstandes von Angehörigen der Minderheit gegen das NS-Regime entwickeln. In ähnlicher Weise können Reproduktionen historischer Gegenstände genutzt werden wie

etwa ein blaues Kleid, das den Beginn der Geschichte von Margarete Herzstein markiert, die im März 1943 ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und getötet wurde. Eine Arbeitskollegin hatte ein solches Kleid in einem Brief an die „Dienststelle für Zigeunerfragen“ bei der Berliner Polizei erwähnt. Sie wollte sich nach dessen Verbleib erkundigen, da die Sinteza „plötzlich nicht mehr zurückkam“. Der ebenfalls gezeigte Brief verdeutlicht gleichzeitig die mögliche Doppeldeutigkeit von Quellen. Vielleicht ging es der Absenderin tatsächlich allein um das hochgeschlossene dunkelblaue Kleid, womöglich wollte sie sich aber auch unauffällig nach dem Verbleib einer Freundin erkundigen.

Daran schließt sich die Darstellung der „Zweiten Verfolgung“ und der Bürgerrechtsbewegung an. Ein zentraler Bestandteil wird dabei ein Abschnitt zu den Kontinuitäten des NS-Rassismus nach 1945 sein, der unter anderem die fortbeste-



Objekte als Ankerpunkte: Ein blaues Kleid und der Brief einer Kollegin könnten in der neuen Dauerausstellung die Geschichte von Margarete Herzstein erzählen, die in Auschwitz ermordet wurde.

hende Ausgrenzung von Sinti und Roma im schulischen und beruflichen Bereich sowie die verweigerte Entschädigung behandelt. Gleichzeitig soll die langsame und schrittweise Anerkennung des Holocaust durch die deutsche Politik und Gesellschaft thematisiert werden.

Die tödliche Gewalt gegen Angehörige der Minderheit, die im November 1972 im bayerischen Niederthann einer jungen Romni und ihrem ungeborenen Kind ebenso das Leben kostete wie im Mai 1973 dem Heidelberger Sinto Anton Lehmann, muss hier aufgegriffen werden. Gleiches gilt für den Hungerstreik von elf Sinti – unter ihnen auch Überlebende des Holocaust – sowie einer Sozialarbeiterin in der Gedenkstätte Dachau im Frühjahr 1980 und natürlich für die Gründung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma 1982 mit Romani Rose an der Spitze.

Die Ausstellung entlässt die Besucher*innen mit dem Modul „Gegenwart gestalten“ zurück in ihre Lebenswelt. Ziel ist es, durch Interaktion und Partizipation eine Plattform für offene Diskussionen über Rassismus, Antiziganismus und gleichberechtigte Teilhabe zu schaffen und zum individuellen Engagement für Menschenrechte und Demokratie anzuregen.

Konzept der integrierten Geschichte

Bisherige Darstellungen der Geschichte der Sinti und Roma orientieren sich stark am Gegensatz zwischen Minderheit und Mehrheitsgesellschaft. Das gilt auch noch für das aktuelle Heidelberger Museum. Die konzeptionelle Modernisierung sieht hingegen vor, Quellen und Narrative zu beiden eng miteinander zu verknüpfen und in Beziehung zu setzen. An die Stelle getrennter Erzählungen, die durch Vorurteile, Diskriminierung und Verfolgung verbunden sind, soll eine „integrierte Geschichte“ treten – ein Begriff, den der jüdische Historiker und Holocaust-Überlebende Saul Friedländer geprägt hat. Dadurch werden Sinti und Roma als Teil der deutschen Nationalgeschichte sichtbar.

Was das konkret bedeutet, lässt sich am Beispiel der vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erarbeiteten Ausstellung zur Geschichte der Bürgerrechtsbewegung anschaulich erläutern. Hier wird diese primär aus sich selbst heraus erklärt. Eine am Konzept der integrierten Geschichte orientierte Präsentation strebt hingegen eine Einbettung in den



Protest gegen Sondererfassung: Eine Gruppe deutscher Sinti und Roma, darunter Holocaust-Überlebende sowie Romani Rose (Vierter von rechts), demonstriert 1983 vor dem Sitz des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden.

größeren politischen, gesellschaftlichen und sozialen Kontext an. Es wird etwa danach gefragt, wie sich die Protestformen der Bürgerrechtsbewegung in Anlehnung an, aber auch in Abgrenzung zu anderen politischen Gruppierungen entwickelt haben (zum Beispiel 68er, Friedensbewegung, neue soziale Bewegungen). Auf diese Weise würde deutlicher zutage treten, dass die Bürgerrechtsbewegung keine exklusive Interessenvertretung war und ist, sondern sich immer auch als Demokratiebewegung gesehen hat und Teil einer gesellschaftlichen und politischen Gesamtentwicklung war.

Selbstbehauptung und Perspektivwechsel

Die neue Ausstellung richtet sich gleichermaßen an Angehörige der Minderheit wie der Mehrheitsgesellschaft. Sie soll nicht lediglich Informationen und Fakten vermitteln, sondern erhebt den Anspruch, Besucher*innen herauszufordern, Perspektivwechsel anzuregen und dadurch kritische Reflexions- und Lernprozesse anzustoßen. Anhand der sechs Module erzählt sie deutsche Geschichte aus der Perspektive von Angehörigen der Minderheit, da nur so die notwendige Auseinandersetzung mit der eigenen Nationalität und kulturellen Zugehörigkeit stattfinden



kann. Der Anspruch der Neukonzeption besteht darin, eine Perspektivverschiebung vorzunehmen und Sinti und Roma zum selbstbestimmten Subjekt ihrer eigenen Geschichte zu machen. Den Ausgangspunkt bildet die Perspektive der Minderheit, deren Stimmen breiter Raum gegeben wird. Abhängig von der Überlieferungs- und Quellensituation kann es sich dabei um historische Selbstzeugnisse, aber auch um aktuelle und für die Ausstellung neu produzierte individuelle Statements handeln.

Damit ist gleichzeitig der Anspruch verbunden, zum Empowerment sowie zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation der Minderheit beizutragen. Ergänzend werden Sachtexte verwendet, die Kontexte herstellen und Themenaspekte miteinander verknüpfen oder in Beziehung setzen.

Statement gegen Antiziganismus

Die neue Dauerausstellung versteht sich als grundsätzliches Statement gegen den immer noch virulenten Antiziganismus. Eine differenzierte und komplexe Darstellung der Minderheit muss die lange Zeit marginalisierten Geschichten und ein breites Spektrum historischer Erfahrungen von Sinti und Roma einbeziehen, um eine Erzählung der Nation „von unten“ zu schaffen. Auf diese Weise sollen antiziganistische Klischees dekonstruiert und Lernprozesse angestoßen werden. Durch die inhaltliche Neuausrichtung soll die Normalität und Diversität des Zusammenlebens zwischen Minderheit

und Mehrheit thematisiert werden. Die Besucher*innen sollen ein Bewusstsein für die tiefe Verwurzelung antiziganistischer Denkmuster in der europäischen Kulturgeschichte entwickeln und für die Kontinuität der gegen Sinti und Roma gerichteten Stereotype bis in die Gegenwart sensibilisiert werden, um antiziganistische Zerrbilder im Alltag zu erkennen und sie von Selbstdarstellungen abzugrenzen.

Storytelling

Noch immer wissen die meisten Menschen viel zu wenig über die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma im Allgemeinen und über den Holocaust an der Minderheit im Besonderen. Vor diesem Hintergrund muss auch die neue Ausstellung grundlegende historische Informationen und Zusammenhänge vermitteln. Die einzelnen Ausstellungsmodule werden als Geschichten begriffen, in denen die Perspektive von Sinti und Roma die Schlüsselrolle bildet. Ein zentrales ausstellungsdidaktisches Element werden dabei biographische Geschichten sein, durch die komplexe Zusammenhänge an einem individuellen Beispiel erläutert und Besucher*innen auch emotional berührend verständlich gemacht werden. Ein wichtiger Bestandteil werden dabei Objekte und Dokumente sein, die die Geschichte der Sinti und Roma dokumentieren und die zugleich die persönlichen Geschichten von Angehörigen der Minderheit erzählen. Die erweiterte Ausstellung baut damit auf Ideen auf, wie sie bereits die bisherige Dauerausstellung prägten, die es sich zum Ziel setzte, durch die Verwendung alter Familienbilder die menschlichen Schicksale und zerstörten Lebenswege durch die nationalsozialistische Verfolgung in den Fokus zu rücken.

Nicht lineare Besucher*innenführung

Im Mittelpunkt steht weiter die Auseinandersetzung mit dem Holocaust an der Minderheit. Die Anordnung der Räume soll dabei einen Besuch ermöglichen, der nicht einen vorgegebenen chronologischen Rundgang festlegt. Es wird vielmehr die Möglichkeit eröffnet, die Ausstellung auf unterschiedlichen Pfaden zu erkunden, sodass die einzelnen Abschnitte separat und in unterschiedlicher Abfolge besucht werden können. Stärker als bisher wird dabei der Tatsache Rechnung getragen, dass Besucher*innen mit unterschiedlichen Interessen, Vorkenntnissen und Zeitbudgets das Dokumentationszentrum besuchen. ■

IN PLANUNG: EIN NEUBAU IN DER HEIDELBERGER ALTSTADT

Das Dokumentationszentrum braucht mehr Platz und überarbeitet nach Architektenwettbewerb den Siegerentwurf

Von Emran Elmazi, Wissenschaftlicher Leiter, und Johannes Kaiser, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Heidelberg ist ein zentraler Ort für die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland: Hier begann die Bürgerrechtsbewegung der Minderheit mit der ersten großen Demonstration gegen die anhaltende antiziganistische Diskriminierung und Verfolgung. In dieser Tradition steht das Dokumentations- und Kulturzentrum, das mit einem Neubau einen angemessenen und würdigen Ort erhalten soll, um die lange und reiche Geschichte und Kultur der Sinti und Roma in Heidelberg, Deutschland und Europa zu vermitteln. Dieses Miteinander, der Dialog und der Austausch erhalten einen neuen und angemessenen Raum in der Stadt am Neckar.

Ein einladender Ort abseits des Trubels der Hauptstraße und dennoch attraktiv für Heidelberg*innen und Gäste: Mit neuer Dauerausstellung, Raum für Kunst und einem Museumscafé wird das neue Gebäude zum Hingucker in der Altstadt. Seit seiner Eröffnung am 16. März 1997 stehen die Geschichte, Künste und Kulturen der Sinti und Roma im Mittelpunkt der Arbeit des Dokuzentrums: mit der damals weltweit ersten Dauerausstellung zum Holocaust an der Minderheit, ergänzt durch ein umfangreiches und thematisch vielfältiges Programm an Veranstaltungen und Wechselausstellungen. Eine neue, umfassende Ausstellung, die sich nicht nur auf den Holocaust an den Sinti und Roma beschränkt, sondern die gesamte, mehr als 600-jährige Geschichte der Minderheit umspannt, soll neue Horizonte und neue Besucher*innengruppen erschließen. Das Haus geht damit einen weiteren Schritt in seiner Entwicklung. Für dieses ambitionierte Vorhaben braucht es den entsprechenden Raum.

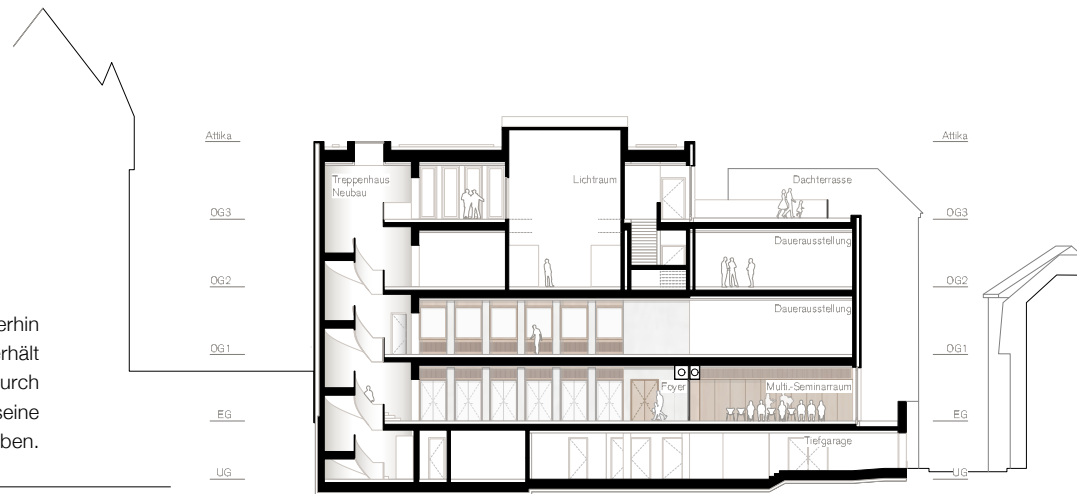
Offen für alle

Neben der Dauerausstellung sollen Veranstaltungs- und Konferenzräume unterschiedlicher Größe und mit aktueller Technik für die Besucher*innen zur Verfügung stehen, darunter ein großer Saal mit 200 Plätzen. Diese neuen Möglichkeiten sind gerade in der Heidelberger Altstadt selten, sodass hier auch neue Räumlichkeiten für lokale Vereine, Organisationen und Initiativen entstehen.

Harmonisch eingefügt: Der Neubau nimmt die Bestandslinien der angrenzenden Gebäude auf und passt sich in das Bild der Altstadt ein.



Blick ins Innere: Auf weiterhin drei oberirdischen Stockwerken erhält das Dokumentationszentrum durch den Neubau mehr Platz für seine vielfältigen Aufgaben.



Die architektonische Herausforderung, die das sechseckige Grundstück am Hang darstellt, erfordert kreative Lösungen. Das neue Gebäude soll sich harmonisch in das Stadtbild und die Nachbarschaft einfügen und die Bestandslinien der angrenzenden Gebäude aufnehmen. Vom Heidelberger Schloss aus wird es so nur dem geübten Auge auffallen. Aus dem Dialog mit der Öffentlichkeit wurde hierbei die Begrünung sowohl der Fassade als auch des Daches aufgenommen, sodass sich inzwischen ein deutlich feingliedriges und detailliertes Äußeres ergibt. In der dicht bebauten und versiegelten Heidelberger Altstadt wird damit das Klima verbessert – angesichts steigender Temperaturen eine dringend notwendige Maßnahme.

Gute Nachbarschaft

Der Dialog mit der Nachbarschaft und der interessierten Öffentlichkeit war von Anfang an zentraler Bestandteil des Planungsprozesses, wobei die Anregungen und Kritik der Anwohner*innen stets ernst genommen und in die Planungen integriert wurden. Bereits vor dem Architekturwettbewerb fand eine erste Informationsveranstaltung statt. Seitdem wurde jede Phase im Planungsprozess durch insgesamt sechs Informationsveranstaltungen begleitet, darunter auch Ausstellungen der verschiedenen Siegerentwürfe des Architekturwettbewerbs. Die dabei präsentierten Ergebnisse und Entwürfe sind immer nur ein Zwischenstand, der fortlaufend angepasst und überarbeitet wird. Großen Wert legen die Verantwortlichen immer auf die Ideen und die Kritik der Nachbarschaft, die nach Möglichkeit in die verschiedenen Schritte der Überarbeitung miteinfließen. Daher möchte das Dokumentationszentrum auch den Platz vor dem Gebäude, der der Öffentlichkeit

gehört, erhalten und erweitern. So kann er sich noch mehr der Allgemeinheit öffnen, und es entsteht ein neuer, wunderbarer Treffpunkt im Quartier, der durch ein Museumscafé ergänzt wird.

Zusammen mit den Maßnahmen der Stadt zur Aufwertung der direkten Umgebung ergibt sich eine neue Chance für die Bremeneckgasse. ■

Architektenwettbewerb und Infoveranstaltungen

21 führende Architekturbüros aus dem In- und Ausland waren zur Teilnahme an der ersten Phase des zweistufigen anonymisierten Wettbewerbs zugelassen. Diesen hatte das Dokuzentrum zusammen mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Heidelberg im Februar 2020 ausgelobt. Nachdem im Sommer 2020 die besten acht Entwürfe zur zweiten Wettbewerbsrunde eingeladen worden waren, kürte die hochkarätige Jury im Juli 2021 einstimmig drei Preisträger und vergab zwei Anerkennungen. Als Gewinner gingen bez+kock architekten aus Stuttgart hervor.

Zwischen Januar 2020 und März 2024 fanden insgesamt sechs Informationsveranstaltungen statt. Im Rahmen zweier Ausstellungen nach den Wettbewerbsphasen wurden die einzelnen Entwürfe der Öffentlichkeit vorgestellt. Die eigentlichen Planungen zum Um- und Neubau starteten erst nach Abschluss des Architekturwettbewerbs.

GEGENSTÄNDE ERZÄHLEN GESCHICHTE

Das EVZ-Projekt „Das vergessene Gedächtnis“ baut am Dokumentations- und Kulturzentrum eine museale Sammlung mit Objekten und Zeitzeugeninterviews auf

Von Dr. Birgit Hofmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Starke Stimmen gegen das Vergessen: Mirano Cavaljeti-Richter (links) und Christian Pfeil steuern wertvolle Beiträge zu dem Heidelberger Sammlungsprojekt bei.

Gegenstände wie Koffer, Fotos oder Musikinstrumente erzählen eine eigene Geschichte. In ihrer physischen Präsenz kommen sie uns unmittelbar nahe. So wie der elegante Frack mit weißem Einstecktuch, der nun im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg hängt. Als inventarisiertes Objekt gehört er zur neu entstehenden Sammlung „Das vergessene Gedächtnis“. Das Projekt sammelt und bewahrt Objekte, die von Ge-

schichte und Kultur der Sinti und Roma in Europa während des Holocaust und bis heute erzählen. Videointerviews mit Zeitzeug*innen und „Zweitzeug*innen“ werfen Schlaglichter auf die Biographien der Menschen hinter den Dingen.

Gefördert wird das Projekt am Dokumentationszentrum unter Leitung von Vera Tönsfeldt in der Bildungsagenda NS-Unrecht der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft



(EVZ) und des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Der Stiftung geht es mit ihrem Förderprogramm darum, zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dessen Fortwirkung anzuregen – gerade vor dem Hintergrund sich wandelnder Erinnerungskultur: Während viele Zeitzeug*innen nicht mehr am Leben sind und das Wissen über den Holocaust abzunehmen droht, wachsen Gewalt gegen Minderheiten und rassistisches Denken.

Lange Zeit war das Schicksal von Sinti und Roma nicht Teil der europäischen Erinnerung an den Holocaust, dem über 500.000 Menschen aus der Minderheit zum Opfer fielen. Auch das Fortbestehen antiziganistischer Strukturen, Praktiken und Denkweisen in der Bundesrepublik ist erst seit Kurzem Gegenstand von Aufarbeitungsbestrebungen. Um auf dieses Unrecht und die anhaltende Diskriminierung aufmerksam zu machen, hatte sich seit den 1970er-Jahren in Heidelberg eine Bürgerrechtsbewegung formiert. Seit 1997 besteht am Dokumentationszentrum eine Dauerausstellung, in der die Verfolgung der Minderheit durch den NS-Staat vermittelt wird.

Objekte aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern

Ziel des Projekts ist es, an bestehende Strukturen anzuknüpfen, dabei jedoch auch eine eigenständige Sammlung aufzubauen. Ein Team aus Expert*innen erschließt Gegenstände unterschiedlicher Provenienz aus Deutschland und europäischen Nachbarländern. Gehen diese nach sorgfältigen Vorgesprächen mit den Objektgebern dem Dokumentationszentrum zu, werden sie sachgerecht aufgenommen und in einer Datenbank verzeichnet. Zu den bisher so aufgefundenen Objekten zählen etwa der Bühnenfrack und eine Single-Schallplatte, zahlreiche Dokumente und Fotografien, ein handgefertigter Wandteppich, das Replikat eines Box-Meistergürtels, eine Geige, ein Brustbeutel, Schreibgeräte und Kunstwerke. All diese Gegenstände zeigen in ihrer Vielfalt Vergangenes anschaulich. Und sie zeugen zugleich von der lebendigen Kultur und Geschichte von Sinti und Roma, die nicht im Nationalsozialismus endete, der auch auf den Raub und die Vernichtung von Dingen und Besitz, auf völlige Auslöschung, abgezielt hatte. Objekte anderer Art, jedoch ebenso eindrücklich, entstehen durch die Interviews, die mit Zeitzeug*innen und ihren Nachfahr*innen geführt werden. Für die Aufzeichnungen nehmen die Befragten vor neutralem,

Das Team des Projekts „Das vergessene Gedächtnis“/Kontakt:

Vera Tönsfeldt (Leitung),
E-Mail: vera.toensfeldt@sintiundroma.de
Bernd Bundschu (Videoredaktion),
E-Mail: bernd.bundschu@sintiundroma.de
Dr. Birgit Hofmann (PR- und Öffentlichkeitsarbeit),
birgit.hofmann@sintiundroma.de
Sascha Hohl (Sammlungswissenschaftler),
sascha.hohl@sintiundroma.de
Thérèse Lindemann (Sammlungswissenschaftlerin),
therese.lindemann@sintiundroma.de

dunklem Hintergrund Platz. Sie berichten in eigenen Worten, spontan, auch Ungehörtes – lange waren die Lebens- und Überlebensgeschichten der Minderheit öffentlich kaum präsent. Beeindruckende audiovisuelle Zeugnisse sind so entstanden: Die Interviewten, darunter etwa der Besitzer des Fracks, der Opern- und Operettensänger Mirano Cavaljet-Richter, der Sänger und Gastronom Christian Pfeil, die beide als Kinder den Holocaust überlebten, sprechen darin über wechselvolle Lebenswege. Die so gewonnenen Erinnerungsobjekte beleuchten nicht nur die gesammelten Gegenstände und bringen sie gleichsam mehrfach „zum Sprechen“, sie fügen der Sammlung auch eine eigene Dimension selbstbestimmter Zeitzeug*innenschaft hinzu.

Es ist der Blick der Mehrheitsgesellschaft auf die Minderheit, der lange auch in Museen dominierte. Im Rahmen des Projekts zum „vergessenen Gedächtnis“ wird er umgedreht: Nicht über Menschen aus der Minderheit wird berichtet, diese sollen selbst sichtbar und hörbar sein. In diesem Sinn werden die historischen Objekte aus der Lebens- und Alltagsgeschichte von Sinti und Roma während der Laufzeit des Projekts, die insgesamt zwei Jahre umfasst, erschlossen. Workshops, Vorträge und Veranstaltungen zu Themen wie Biographieforschung und Objektgeschichte sowie die Präsenz in den Sozialen Medien sollen den Dialog mit einer interessierten Öffentlichkeit stärken. Die Sichtbarmachung von Verlorenem und von dem, was bleibt, kann im Sinn aktiver Erinnerungsarbeit auch einen wichtigen Beitrag zu Partizipation und einer demokratischen Zukunft leisten. ■

„DAS VERGESSENE GEDÄCHTNIS“ SPÜRT ERSTE OBJEKTE AUF

Ein Leben für die Bühne – Mirano Cavaljetti-Richters Single-Schallplatte

Die leuchtend rote Single-Schallplatte hat Mirano Cavaljetti-Richter mit der ukrainischen Künstlerin Lana Dubrowska eingespielt. Auf dem Cover ist der Opernsänger als junger Mann zu sehen – wie seine Gesangspartnerin im SchwarzWeiß-Porträt. Sein Name ist, nicht ganz korrekt, mit doppeltem „t“ geschrieben. Als junger Mann hatte der Musiker, der als Kind mit seiner Familie vor den Nationalsozialisten durch halb Europa hatte fliehen



müssen, seine Leidenschaft für Operettengesang entdeckt. Er war an einem renommierten Konservatorium aufgenommen und ausgebildet worden. Mirano Cavaljetti-Richter hat uns seine Single gemeinsam mit einem maßgeschneiderten Bühnenfrack anvertraut – Zeugnisse

einer Karriere, die er aus eigener Kraft und trotz traumatischer Erlebnisse während der NS-Zeit aufbauen konnte.

Bürokratie nach dem Holocaust – die Bescheinigung politischer Verfolgung für Familie Pfeil

Auch das Dokument zur Bescheinigung politischer Verfolgung hat Zeitzeuge Christian Pfeil dem Projekt „Das vergessene Gedächtnis“ überlassen. Ein unscheinbares Behörden-



papier von 1945, vergilbt, mit Stempel und Gebrauchsspur. Dennoch handelt es sich um ein Objekt von großem, nicht nur biografischem Wert: Nach dem Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten blieb Sinti und Roma die Anerkennung als Opfer vielfach verwehrt. Vereinzelt gab es unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Hilfsleistungen für Verfolgte vonseiten alliierter Behörden. Die offizielle deutsche Rechtsprechung nach Gründung der Bundesrepublik klammerte Sinti und Roma aus den Wiedergutmachungsbemühungen weitestgehend aus – wie im skandalösen BGH-Urteil von 1956. Die behördliche Bescheinigung für Familie Pfeil, deren Mitglieder darin offiziell als „politische KZ-Häftlinge“ eingestuft wurde, war eine Besonderheit – die dennoch nicht „wiedergutmachen“ konnte, was geschehen war.

Künstlerische Sichtbarkeit – Christian Pfeils Programmheft

Bitzo – das ist der Sinto- und zugleich Künstlernamen von Christian Pfeil. In roter Schrift steht er auf dem Programmheft zum Konzert „Meine Sprache ist Musik“ aus dem Jahr 1992. Weil sie Sinti waren, wurde die Familie in der



NS-Zeit verfolgt und nach Polen deportiert. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnte sie in ihre Heimatstadt Trier zurückkehren. Dort eröffnete Christian Pfeil als „geborener Gastronom“ später eine Szenebar und ein gut besuchtes Restaurant. Für den Künstler bedeuteten seine musikalischen Auftritte, sich

nicht länger zu verstecken. Nach der

Ausstrahlung seines selbst geschriebenen Liedes „Nie wieder Großdeutschland“ 1993 im SWR-Fernsehen, wurde er massiv bedroht, sein Restaurant mehrmals von Neonazis verwüstet. Ohne ausreichende Hilfe von der Stadt, Behörden und Polizei musste Christian Pfeil seine Gaststätte schließlich aufgeben. Dennoch wagte er einen ökonomischen und biographischen Neuanfang auf dem Land.

Kunst gegen die Reinwaschung der Täter – Ullrichs Kunstwerk „Persilschein“

Alfred Ullrich wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Sohn einer österreichischen Sinteza geboren, die den Holocaust überlebt hatte. Er setzt sich aus Sicht der „zweiten Generation“ mit dem



Nachwirken des Verlusts in der eigenen Familie und der – mangelnden – Aufarbeitung der NS-Zeit auseinander. „Persilschein“ heißt das Objekt, das der Künstler dem Dokumentationszentrum überlassen hat. Es besteht aus einem Karton des Waschmittels "Persil", nachgebildet aus Wabepappe, sowie mehreren Blanks-„Persilscheinen“. Einen sogenannten „Persilschein“ hatten viele Bürger*innen Nazi-Täter*innen und Mitläufer*innen im Zuge der Entnazifizierung nach 1945 ausgestellt und diese so gegenüber den Alliierten entlastet. Diese Praxis des Umgangs mit NS-Täter*innen in der Bundesrepublik greift Alfred Ullrich kritisch und ironisch auf.

Handarbeit und kulturelle Identität – Argentina Calins Wandteppich aus der Zeit des Kommunismus



Den Wandteppich mit roten Blumen und blauem Pfau hat Argentina Calins Enkel dem Projektteam im Namen seiner Großmutter übergeben. Aufgewachsen in Südrumänien, war Argentina Calins Kindheit geprägt von Armut, später vom Leben unter einer besonders autoritären kommunistischen Regierung. Für die Romni, die schon jung traditionelle Handarbeitstechniken erlernt hatte, bot das gemeinschaftliche Arbeiten mit anderen Frauen Freude und Entspannung in einem entbehrensreichen Alltag. Der Wandteppich gehörte zu ihren Lieblingsstücken und hing neben dem Ofen ihres Zuhauses. „Pfau des Waldes – sage mir, wen ich vermisse“ lautet die rumänische Inschrift. ■

DER OBERSALZBERG – EIN HISTORISCH VERGIFTETER ORT

Dokumentationszentrum an neuer Dauerausstellung „Idyll und Verbrechen“ beteiligt, die im September in den Berchtesgadener Alpen eröffnet wurde

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Der Obersalzberg war die Wahlheimat Adolf Hitlers. Vor grandioser Kulisse verbrachte der Diktator zwischen 1933 und 1945 rund ein Viertel seiner Amtszeit. Denn der Berghof inmitten des weiträumigen „Führersperrgebiets“ war neben Berlin der zweite, inoffizielle Regierungssitz des nationalsozialistischen Staates. Dort wurden Verfolgung, Krieg und Völkermord geplant und befohlen. Zugleich nutzte die Propaganda die Schönheit der Landschaft, um Hitler als nahbaren, naturverbundenen „Führer“ zu inszenieren. Dieses Trugbild wurde millionenfach verbreitet und lockte unzählige Anhänger*innen in die Berchtesgadener Alpen. Schöner Schein und mörderischer Schrecken der NS-Herrschaft sind also eng mit diesem historisch vergifteten Ort verbunden. „Idyll und Verbrechen“ lautet daher der Titel der neu konzipierten Dauerausstellung der Dokumentation Obersalzberg, die seit Ende September 2023 besucht werden kann. Erarbeitet hat die Präsentation mit rund 350 Exponaten und multimedialen Stationen das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin. Eingebunden war dabei auch das Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

„Die neue Dauerausstellung macht bewusst und veranschaulicht, mit welchen Mitteln die NS-Propaganda den ‚Mythos Hitler‘ geschaffen hat“, betonte Romani Rose, der Vorsitzende des Dokumentationszentrums sowie des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, bei der Eröffnung des rund 30 Millionen Euro teuren Neubaus. Gleichzeitig gelinge es, den Obersalzberg als einen der Orte zu entlarven, an denen das NS-Regime Entscheidungen traf, die Europa in den Abgrund gerissen haben. „Das gilt sowohl für die Ent-

fesselung des Angriffskrieges durch Nazi-Deutschland als auch für den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma und sechs Millionen Juden im NS-besetzten Europa.“

In seiner Rede erinnerte Romani Rose an den Widerstand seines Vaters Oskar Rose, der im April 1943 beabsichtigte, in München Kardinal Michael von Faulhaber zum Eingreifen gegen die Deportation von Tausenden Sinti und Roma nach Auschwitz zu bewegen, da die meisten der Verschleppten katholischen Glaubens waren. Der Kardinal notierte allerdings in sein Tagebuch, dass er keine Hilfe in Aussicht stellen könne. Dass Oskar Rose durch diesen Versuch, die Minderheit vor dem Tod zu retten, sein eigenes Leben aufs Spiel setzte, verdeutlicht auch die neue Konzeption.

Im Zentrum stehen „Täterort und Tatorte“

Unterteilt ist die Präsentation in fünf Zonen und Kapitel, die den „Obersalzberg als Bühne der NS-Propaganda“ demaskieren, „Führer‘, Volk und Sperrgebiet“ thematisieren sowie ‚Bergwelt‘ und ‚Weltmacht auf dem Weg in den gewollten Krieg‘ beleuchten. Einen Abschnitt hat das Team um Dokumentationsleiter Dr. Sven Keller dem Ort „nach Hitler“ gewidmet.

Im Zentrum aber stehen „Täterort und Tatorte“. Damit werden jene unvergleichlich mörderischen Verbrechen in Auschwitz, Warschau und Treblinka, Kaunas und Leningrad sowie der Tötungsanstalt Hartheim bei Linz verknüpft, die in der scheinbaren Idylle des Berghofes ihren Ausgang nahmen. Doch nicht nur Täter, sondern vor allem Opfer der NS-Vernichtungspolitik rücken in der Ausstellung in den Fokus.



Symbolischer Scherenschnitt: Dr. Bartl Wimmer, Verbandsvorsitzender des Zweckverbands Bergerlebnis Berchtesgadener Land, Bernhard Kern, Landrat im Kreis Berchtesgadener Land, die bayrische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber und Heimatminister Albert Füracker, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, und Prof. Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (von links)

Durch sein Mitwirken konnte das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma Schicksale aus der Minderheit ergänzen und den Kontakt zu Familien vermitteln. Zudem zeigten sich die Ausstellungsmacher*innen sehr offen für Hinweise, wie die Verfolgung von Sinti und Roma angemessen skizziert und umgesetzt werden kann.

Erzählt wird etwa von den Leiden der Familie Herzenberger, die als Angehörige der Minderheit schon bald nach dem „Anschluss“ Österreichs im Zwangslager Maxglan – einem Stadtteil von Salzburg – inhaftiert wurden. Therese Herzenberger und ihre fünf Kinder Wilhelm, Rudolf, Rosa, Anton und Agathe wurden gemeinsam mit anderen Internierten von Hitlers Starregisseurin Leni Riefenstahl dazu gezwungen, als Statist*innen in dem Film „Tiefland“ aufzutreten. Inmitten der Alpen errichtete sie ein Filmdorf und verpflichtete Sinti und Roma, als „spanische Tagelöhner“ die Kulisse zu bevölkern. Deren Aussehen entsprach nämlich ihren stereotypen Idealbildern. Nach Ende der Dreharbeiten mussten die Statisten aus Maxglan zurück ins Lager. Von dort aus wurden fast alle nach Auschwitz deportiert und getötet, auch die Familie von Therese Herzenberger, die damals schwanger war. Das „Hauptbuch des Zigeunerlagers“ weist aus, dass ihre Tochter

Sonia am 17. April 1943 in Auschwitz geboren wurde und nur 13 Tage leben durfte. Jahre nach ihrer Ermordung war die Familie im deutschen Kino zu sehen. Denn „Tiefland“ feierte 1954 Premiere. Ausgerechnet dieser NS-Film ist das einzige Zeugnis, das die Herzenbergers dem Vergessen entreißt. Es gibt weder private Fotos noch sonstige Andenken. Die Nationalsozialisten haben die ganze Familie ausgelöscht.

„In der Ausstellung wird der Wahnsinn des Nationalsozialismus entlarvt“, sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) bei der Eröffnung des Neubaus und unterstrich die Bedeutung des Erinnerns. „Wir müssen fortwährend erinnern und mahnen, damit sich die Gräueltaten nicht wiederholen.“ Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, fügte hinzu, dass es schon bald keine Zeitzeug*innen mehr geben werde. Deshalb würden „steinerner Zeugen“ immer wichtiger. „Es braucht Orte wie diesen.“ Und Romani Rose warnte vor der zunehmenden Demokratiefindlichkeit in der Gesellschaft: „Gedenken und Erinnern hat nichts mit Schuldübertragung auf heutige Generationen zu tun. Erinnerung ist Verantwortung für unseren demokratischen Rechtsstaat und unsere gemeinsame Zukunft.“ ■



„SIE STELLEN SICH MIT IHREM WERK DEM VERGESSEN ENTGEGEN“

Der US-amerikanische Stararchitekt Daniel Libeskind erhält für sein künstlerisches Schaffen den Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Die Zusage kam nicht überraschend. Schließlich sollte mit Daniel Libeskind einer der weltweit renommiertesten Architekten ausgezeichnet werden. Zudem wird der 77-Jährige seit Langem vor allem für seine Erinnerungsarbeit an den Holocaust gefeiert. Die Freude im Dokumentations- und Kulturzentrum war aber natürlich groß, als der israelische

Botschafter Ron Prosor sein Kommen zur Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma bestätigte. Und sogleich wurde in Heidelberg mit der detaillierten Vorbereitung seines Besuchs begonnen. Bis zum 7. Oktober. Bis zu dem menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf Israel. Danach war nämlich schnell klar,

Große Freude: Daniel Libeskind hält den Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma, der ihm von Markus Lautenschläger (links) und Romani Rose (rechts) überreicht wurde. Die Laudatio hielt Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.

dass angesichts dieser dramatischen Situation eine Teilnahme – auch von einer Vertretung aus der Botschaft – an der feierlichen Veranstaltung nicht möglich sein würde. Die unerträglichen Ereignisse und die Qualen der verschleppten Geiseln aber blieben auch am 18. Oktober im Palaisaal des Berliner Hotels Adlon nicht unerwähnt. „Sinti und Roma bilden mit den jüdischen Menschen seit vielen Jahrhunderten eine Schicksalsgemeinschaft“, betonte Romani Rose in seiner Begrüßung. „Und der Höhepunkt dieser Schicksalsgemeinschaft war der Holocaust, die Ermordung von sechs Millionen Juden und 500.000 Sinti und Roma.“ Und der Vorsitzende des Zentralrates fügte hinzu: „Wir haben diese schrecklichen Dinge vernommen und fühlen uns unseren jüdischen Schwestern und Brüdern sehr verbunden.“

Vor diesem Hintergrund kommt der Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma an den Sohn jüdischer Shoa-Überlebender weit mehr als symbolische Bedeutung zu. Um das zu unterstreichen, bat Romani Rose die rund 200 hochrangigen Gäste, sich für eine Schweigeminute für die Opfer und ihre Angehörigen zu erheben. Nach diesem berührenden Auftakt bekundete Bundestagspräsidentin Bärbel Bas vor Beginn ihrer eindringlichen Laudatio auf Daniel Libeskind zunächst die uneingeschränkte Solidarität der Bundesrepublik mit Israel. Denn erst wenige Stunden zuvor hatte der Deutsche Bundestag in einer Aktuellen Stunde einstimmig jegliche judenfeindliche Aktion scharf verurteilt und entschieden zur Bekämpfung des Antisemitismus aufgerufen. „Wir alle sind in diesen Tagen erschüttert vom Hamas-Terror – und in Gedanken bei den Menschen in Israel“, sagte Bärbel Bas, begleitet vom Applaus der Anwesenden. Das gelte auch für die Opfer der Explosion am Vortag im Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt. Zugleich machte die SPD-Politikerin deutlich: „Wir akzeptieren keinerlei Unterstützung, Verherrlichung oder Relativierung dieses Terrors hier bei uns in Deutschland.“

Dann aber rückte Bärbel Bas den „wirklich großartigen Menschen“ Daniel Libeskind in den Mittelpunkt. „Sie haben einmal gesagt: ‚Die Erinnerung ist der Schlüssel zu meiner gesam-

ten Arbeit‘“, wandte sie sich direkt an den Preisträger. „Die Beschäftigung mit dem Holocaust zieht sich wie ein roter Faden durch Ihr künstlerisches Schaffen.“ Kaum verwunderlich, da dieses Menschheitsverbrechen seine Familie auf furchtbare Weise getroffen hat; viele Verwandte wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Seine Eltern entkamen den Deutschen nur durch eine entbehrungsreiche Flucht. „Trotz dieser schmerzhaften Vergangenheit haben Sie viele Jahre in Deutschland gelebt und gewirkt. Das war und ist ein großes Glück für uns alle.“ Und die Bundestagspräsidentin benannte auch die „Höhepunkte seiner Architektur“: das Jüdische Museum in Berlin, das Felix-Nussbaum-Haus in Osnabrück oder das Militärgeschichtliche Museum in Dresden. Insbesondere in den von Daniel Libeskind entworfenen Denkmälern werde die „Erinnerung an den nationalsozialistischen Terror und ihre Opfer zu einer körperlichen Erfahrung“. Das 2021 eröffnete Holocaust-Mahnmal in Amsterdam, in dem man sich wie in einem steinernen Labyrinth verirre, vermittele davon einen bleibenden Eindruck. Dort finden sich nebeneinander die Namen der verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden sowie der Sinti und Roma. Und auch in Ottawa sowie der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau hat Daniel Libeskind Erinne-

Der Europäische Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma

Der Europäische Bürgerrechtspreis ist ein Beitrag zur Wahrung und Durchsetzung der Bürgerrechte von Sinti und Roma in ihren jeweiligen Heimatländern. Er wurde von der Manfred Lautenschläger-Stiftung ins Leben gerufen und ist mit 15.000 Euro dotiert. Im Jahr 2008 erstmals vergeben, wird der Preis seit 2019 in Erinnerung an Vinzenz und Oskar Rose verliehen, die die Bürgerrechtsarbeit der Minderheit maßgeblich initiiert und geprägt haben. Die Ausgezeichneten setzen sich beispielhaft für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein und sind – angesichts der langen Geschichte des Antiziganismus – Vorbilder in ihrem Bemühen, die Menschenrechtssituation der Sinti und Roma zu verbessern.

Die Kleinplastik entstand nach einer Idee des Landschaftsarchitekten Wolfgang Roth und wurde durch den Bildhauer und Grafiker Dieter Zurnieden realisiert.



Prächtiges Ambiente: Zur Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma sind zahlreiche Gäste der Einladung ins Berliner Hotel Adlon gefolgt.

rungsorte geschaffen – für den Völkermord an Jüdinnen und Juden sowie an Sinti und Roma. „Sie stellen sich mit Ihrem Werk diesem Vergessen entgegen. Und Sie bringen sich als engagierter Intellektueller in die öffentliche Debatte ein. Wir sind heute hier zusammengekommen, um Ihnen für dieses Engagement zu danken.“

Bärbel Bas richtete den Blick gleichzeitig auf die Erfahrungen der Sinti und Roma in den Nachkriegsjahren und verdeutlichte: Der Völkermord an der Minderheit sei nicht „einfach vergessen“ worden. „Er wurde ignoriert und verleugnet.“ Und das in beiden Teilen Deutschlands. „Schlimmer noch: Die Verfolgung der Sinti und Roma wurde zum Teil sogar als ‚gerechtfertigt‘ dargestellt, ihrem angeblichen Lebenswandel angelastet.“ Die Überlebenden seien weiter stigmatisiert und gesellschaftlich an den Rand gedrängt worden. Direkt an den anwesenden Christian Pfeil aus Trier gewandt, der im KZ Lublin geboren wurde, bekannte die Bundestagspräsidentin: „Das beschämt mich zutiefst.“ Dies wurde ebenso mit lautstarkem Beifall quittiert wie die Feststellung, dass Juden sowie Sinti und Roma „von den Nationalsozialisten

aus demselben rassistischen Hass verfolgt wurden“. Deshalb bestürze es sie sehr, dass Antisemitismus und Antiziganismus wieder ungehemmt gezeigt werden – auf der Straße und in den Sozialen Netzwerken. „Auch in Behörden und staatlichen Stellen finden sich antiziganistische Denk- und Verhaltensweisen. Das ist völlig inakzeptabel – und muss Konsequenzen haben.“

Bärbel Bas ließ keinen Zweifel daran, dass es ihr Ernst ist, wenn sie versichert: „Nur wer sich glaubwürdig zur Erinnerungskultur bekennt, kann in unserem Land politische Verantwortung übernehmen. Das sind wir allen Opfern des Nationalsozialismus schuldig.“ Und zum Abschluss zitierte sie noch einmal den Preisträger: „Die Erinnerung ist keine Sache, die wir irgendwann als abgeschlossen betrachten können, sie bleibt eine lebenslange, ja eine ewige Aufgabe.“

Sichtlich bewegt bedankte sich Daniel Libeskind für die ehrenvolle Auszeichnung, die von der Manfred Lautenschläger-Stiftung mit 15.000 Euro dotiert wird. „Schon früh in meiner Laufbahn habe ich mir geschworen, gegen die Auslöschung

Meisterhaft: Der spanische Pianist David Peña Dorantes begeisterte mit seinen Musikeinlagen.

der Erinnerung anzukämpfen und Architektur mit Gefühl und Hoffnung zu erschaffen“, berichtete er. „Mit dem Jüdischen Museum Berlin habe ich mich auf den Weg gemacht, um Raum für die anderen zu schaffen – für die Stimmen derer, die vertrieben, verfolgt, zum Schweigen gebracht und ermordet wurden. Das sind die Stimmen der Sinti und Roma – die Stimmen des ‚Vergessenen Holocaust‘.“

Der 77-Jährige machte aber auch deutlich, dass es bei dem Europäischen Bürgerrechtspreis nicht nur um Vergangenheit, sondern auch um die Bürgerrechte in der heutigen Gesellschaft gehe. „‚Nie wieder‘ ist nicht genug“, warnte er nachdrücklich. Aufmerksam habe er die jüngsten Wahlergebnisse in Deutschland und die steigenden Zustimmungswerte für die AfD beobachtet. „Die Alternative ist für mich klar. Es ist die Lizenz zum Vergessen, zu Bigotterie und Fremdenfeindlichkeit und zur Auslöschung der unverzeihlichen Verbrechen an den Juden und den Sinti und Roma aus dem Bewusstsein der neuen Generation.“ Und es bestehen für Daniel Libeskind keinerlei Zweifel: „Die Legitimierung dieser Partei untergräbt die Demokratie in Deutschland.“ Unüberhörbares Klatschen im Palaissaal bekräftigte diese Einschätzung.

Vor der Überreichung der bronzenen Kleinplastik bekräftigte Geschäftsführer Markus Lautenschläger: „Unsere Stiftungsarbeit fußt auch auf der Überzeugung, dass sich aus der Geschichte eine besondere Verantwortung für den Umgang mit der Minderheit der Sinti und Roma ergibt. Mit diesem Preis ist für uns daher auch ein Appell an die Gesellschaft verbunden, gegen jede Form des Antiziganismus einzutreten und diesen auf keinen Fall hinzunehmen.“ Den Preisträger würdigte er mit den Worten: „Die Arbeiten von Daniel Libeskind sind Ausdruck einer zunehmenden Anerkennung der historischen Tatsache, dass es ein gemeinsames Verfolgungsschicksal von Sinti und Roma und Juden gibt.“ Gerade für Deutschland seien seine Entwürfe auch deshalb so wichtig, „weil unsere Gedenkkultur noch immer stark durch ein Nebeneinander statt durch ein Miteinander geprägt ist“.



Auch Gastgeber Romani Rose mahnte angesichts der rechtsextremen Strömungen: „Mit Sorge beobachten wir wieder in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern Europas, einen neuen Nationalismus und ein Anwachsen von Antiziganismus und Antisemitismus. Dieser wendet sich nicht nur gegen Sinti und Roma und jüdische Menschen.“ Vielmehr müsse jeder und jedem klar sein: „Es ist eine Gefahr für unsere gesamte Gesellschaft und bedroht unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie.“

Der Vorsitzende des Zentralrates aber schloss mit einer herzlichen Gratulation an den Preisträger: „Lieber Daniel Libeskind, Sie haben mit Ihrer künstlerischen Arbeit einen großen Beitrag geleistet, dass auch der Holocaust von Sinti und Roma in das internationale Verantwortungsbewusstsein eingeht.“

Den wertschätzenden Reden folgte ein wohlmeinendes Schulterklopfen und Händeschütteln zahlreicher Anwesender mit dem US-amerikanischen Stararchitekten. Beim anschließenden Empfang wurden zudem viele gemeinsame Erinnerungen ausgetauscht. Die brutalen Angriffe auf fröhliche Menschen in Israel, die Angst um die verschleppten Geiseln und die schwierige Situation in Gaza aber wurden auch an diesem Abend nicht vergessen. ■

„ARCHITEKTUR IST EINE MUSIKALISCHE KUNST“

Der Bau des Jüdischen Museums in Berlin hatte „enormen Einfluss“ auf das Leben von Daniel Libeskind

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Sinti und Roma haben schon früh den Lebensweg von Daniel Libeskind gekreuzt. Lange bevor er von spitzen Winkeln und harten Kanten an monumentalen Bauwerken fasziniert war. Eher zu der Zeit, als er, noch fern von renommierten Universitäten und weltweiten Mahnmalen, dem Akkordeon sein Herz geschenkt hatte. Dabei konnte er insbesondere „die Bigotterie und den Hass“ gegenüber den Angehörigen der Minderheit spüren, die als „heimatlose Flüchtlinge“ in seiner Geburtsstadt Łódź lebten. „Im Angesicht der großen Not war ich beeindruckt von ihrer Liebe zum Gesang und

zur Musik“, blickte Daniel Libeskind zu Beginn seiner Dankesrede im Palaissaal des Berliner Hotels Adlon zurück. Und der grauhaarige Mann mit der markanten rot-schwarzen Brille fügte hinzu: „Ich konnte als Kind nicht verstehen, wie diese Menschen Zielscheibe einer so deutlichen Verachtung und Feindseligkeit sein konnten. Diese Bilder haben sich für immer in mein Gedächtnis eingebrannt.“

Und das offenkundig so nachdrücklich, dass sich der 77-Jährige in seinem künstlerischen Schaffen nach der Er-



Schicksal von neun Frauen und Männern im NS: Daniel und Nina Libeskind im Gespräch mit Jonathan Mack, dem Wissenschaftlichen Leiter des Zentralrats, an der Freilichtausstellung zu Sinti und Roma in Berlin.

innerung an das von den Nationalsozialisten ausgelöschte jüdische Leben auch dem „vergessenen Holocaust“ an den Sinti und Roma gewidmet hat. Damit stellt sich der US-amerikanische Stararchitekt dem Verleugnen des Menschheitsverbrechens an rassistisch verfolgten Kindern, Frauen und Männern entgegen. Und für dieses beeindruckende Engagement wurde Daniel Libeskind am 18. Oktober 2023 mit dem Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma in Erinnerung an Oskar und Vinzenz Rose ausgezeichnet.

„Mein Leben ist zweifellos geprägt von Krieg und Verlust“

Als Sohn von jüdischen Überlebenden des Holocaust kam Libeskind 1946 in Łódź zur Welt und wuchs „unter der Repression des Kommunismus in der Trostlosigkeit Nachkriegspolens“ auf, berichtete er. Seine Eltern Dora und Nachman Libeskind waren – unabhängig voneinander – nach dem deutschen Überfall auf Polen 1939 in die Sowjetunion geflohen. Es folgten für beide dramatische Jahre in menschenunwürdiger Internierung im Gulag, bevor sie sich 1942 in einem Flüchtlingslager in Kirgisistan wiederfanden.

Erst dort lernten sie sich kennen, heirateten und freuten sich mit Tochter Annette über ihr erstes Kind. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte die junge Familie in die polnische Heimatstadt des Malers und Druckers Nachman Libeskind zurück. Doch alsbald musste das Ehepaar erkennen, dass Dutzende Angehörige in den Konzentrationslagern der Deutschen ermordet worden waren. In seiner Dankesrede bekräftigte der Preisträger deshalb: „Mein Leben ist zweifellos geprägt von Krieg und Verlust.“ Seine Kindheit stand aber ebenso im Zeichen eines „täglichen Antisemitismus“. Trotz der unverkennbaren Ressentiments und zunehmender Übergriffe gegen Juden und Jüdinnen entschlossen sich die Libeskinds erst 1957, Polen zu verlassen und nach Israel zu emigrieren. Der kleine Daniel, der bereits in Łódź unglaubliches Talent am Akkordeon gezeigt hatte, setzte seine musikalische Ausbildung in Tel Aviv dank eines Stipendiums der renommierten America-Israel Cultural Foundation fort, befasste sich gleichzeitig nun aber auch mit Zeichnen.

Nach kaum zwei Jahren in Israel wanderte die Familie in die Vereinigten Staaten aus und erreichte New York mit einem Einwandererschiff. Dort konzentrierte sich die Leidenschaft



Ein Höhepunkt des künstlerischen Schaffens: Das „Namensmonument“ zum Gedenken an die deportierten niederländischen Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma in Amsterdam wurde im September 2021 enthüllt.

des heutigen Preisträgers weiterhin auf die professionelle Musik, während er an der Bronx High School of Science zudem einen Kurs für technische Zeichner besuchte. „Da wir uns damals auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges befanden, haben wir fast ausschließlich Waffen und Flugzeuge gezeichnet. Mein erster Entwurf galt einem Bunker für den Fall eines Atomkrieges – ein düsteres, apokalyptisches Projekt“, erinnerte sich Daniel Libeskind nach Jahren im Gespräch mit Zeit online.

Danach wechselte er beruflich endgültig zur Architektur. Wenngleich er in Interviews stets betont, dass Musik und Architektur schon immer verbunden gewesen seien, dass Architekt*innen Gebäude und ganze Stadtteile komponieren, dass Architektur eine „musikalische Kunst“ sei. Dazu passt, dass er häufig auch als „Virtuose der Architektur“ bezeichnet wird.

Im Jahr 1970 schloss Daniel Libeskind also das Studium der Architektur an dem New Yorker College Cooper Union ab und erlangte zwei Jahre später obendrein einen Master in Geschichte und Architekturgeschichte an der University of Essex in Großbritannien. In den folgenden Jahren wirkte Libeskind als Architekturtheoretiker und war von 1978 bis 1985 Dekan der Fakultät für Architektur an der Cranbrook Academy of Art in Bloomfield (Michigan/USA). Von 1986 bis 1989 leitete er ein von ihm gegründetes privates Institut für Architektur und Stadtplanung in Mailand. Zudem war er als Gastprofessor weltweit an den bedeutendsten Hochschulen tätig. Bis er sich im Alter von 52 Jahren erstmals an einem Architekturwettbewerb beteiligte – und ihn 1989 gewann.

Urplötzlich in die erste Riege der Stararchitekten katapultiert

„Der Bau des Jüdischen Museums Berlin hatte einen enormen Einfluss auf mein Leben“, bekannte er bei der Preisverleihung im Hotel Adlon. Und das nicht nur, weil er dank des „Zick-Zack-Baus aus Titanzink“ urplötzlich in die erste Riege der weltweit agierenden Stararchitekten katapultiert wurde oder weil er und seine Frau Nina den Lebensmittelpunkt der fünfköpfigen Familie nun für rund 13 Jahre an die Spree verlegten. „Mit dem Jüdischen Museum Berlin habe ich mich

auf den Weg gemacht, um Raum für die anderen zu schaffen – für die Stimmen derer, die vertrieben, verfolgt, zum Schweigen gebracht und ermordet wurden. Das sind die Stimmen der Sinti und Roma – die Stimmen des ‚Vergessenen Holocaust‘“, betonte Daniel Libeskind. Und dann zählte der zurückhaltend agierende Architekt selbst die Bauwerke auf, die – nach seinen Entwürfen – an die Ermordung von rund 500.000 Angehörigen der Minderheit im NS-besetzten Europa erinnern, eine „Geschichte von Hass und Vernichtung“.

„Die Gedenkstätte gibt diesen Menschen zum ersten Mal eine Grabstätte und einen Ort zum Trauern“

DANIEL LIBESKIND

Da wäre etwa das Nationale Holocaust-Denkmal in Kanadas Hauptstadt Ottawa, das im September 2019 eröffnet wurde. Das Mahnmal steht an äußerst prominenter Stelle:

neben dem Kriegsmuseum und gegenüber den Parlamentsgebäuden. „Der Blick auf die Parlamentsgebäude Kanadas, die von dem Denkmal eingerahmt werden, erinnert daran, dass Gräueltaten immer in den Hallen der Regierung beginnen“, erläuterte der 77-Jährige. „Das Design zeigt Dreiecke, die auf die dreieckigen Abzeichen hinweisen, die von Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuellen, politischen Gefangenen und anderen getragen wurden. Diese dreieckigen Abzeichen entmenschlichten – wie der sechszackige Stern – ihre Träger auf dem Weg in den Tod.“

Bereits ein Jahr später arbeitete er mit seinem Team, zu dem auch der Wissenschaftler Henri Lustiger Thaler gehört, in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau an der temporären Außeninstallation „Through the Lens of Faith“ („Durch die Linse des Glaubens“). Diese bestand aus 21 Farbporträts von Überlebenden des Vernichtungslagers: Juden und Jüdinnen, Sinti und Roma sowie polnische Katholik*innen. Aufgenommen von Caryl Englander, berichten die Männer und Frauen von der Stärke ihres Glaubens selbst angesichts ihrer schrecklichsten Erfahrungen.

Ein besonderer Höhepunkt des künstlerischen Schaffens von Daniel Libeskind war dann sicherlich der Entwurf für das niederländische Holocaust-Mahnmal in Amsterdam, das im September 2021 von König Willem-Alexander enthüllt wurde. Errichtet auf Initiative des niederländischen Auschwitz-Komitees, setzt sich das Monument aus rund 102.000



Moment des stillen Gedenkens: Daniel Libeskind und Romani Rose legten vor Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises Deutscher Sinti und Roma Kränze am Denkmal im Simsonweg nieder.

Ziegelsteinen mit den Namen der von den Nationalsozialisten getöteten Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma zusammen. „Die Gedenkstätte gibt diesen Menschen zum ersten Mal eine Grabstätte und einen Ort zum Trauern“, so Daniel Libeskind. Dieses „Labyrinth aus Namen“ ist 380 Meter lang und stellenweise bis zu sieben Meter hoch. Wer von oben auf die Backsteinmauern blickt, erkennt vier – aus spiegelnden, voluminösen Stahlelementen geformte – hebräische Buchstaben. Sie bedeuten „Im Gedenken“.

Schon wieder Freude auf Realisierung des nächsten Projektes

In seiner Dankesrede blickte der Architekt aber auch in die Zukunft: „Wir kehren nach Auschwitz zurück, um in der Baracke 17 eine Dauerausstellung einzurichten“, konkretisierte er. Das Projekt werde die Geschichten des Holocaust aus jüdischer und aus der Perspektive der Sinti und Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, das Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Slowenien, Montenegro, Kosovo und Kroatien umfasst, miteinander verweben. „Ich freue mich darauf, dieses nächste Projekt zu verwirklichen.“

Seine besondere Beziehung zur Geschichte der Minderheit hatte Daniel Libeskind bereits am Morgen des 18. Oktober eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Gemeinsam mit Romani Rose, dem Vorsitzenden des Dokumentations- und Kulturzentrums sowie des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, besuchte der 77-Jährige das Denkmal für die im Nationalso-

zialismus ermordeten Sinti und Roma Europas im Simsonweg. Dort legten beide einen Kranz für die verfolgten, deportierten und ermordeten Angehörigen der Minderheit nieder, bevor sie sich die nur wenige Schritte entfernte Freiluftausstellung mit Biographien von neun verfolgten oder ermordeten Sinti und Roma aus verschiedenen Staaten anschauten, die auch die europäische Dimension dieses Völkermords verdeutlicht.

Romani Rose verwies dabei auf den früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, der in seiner Rede zur Einweihung des Dokumentationszentrums am 16. Mai 1997 betont hatte: „Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden.“ Dieser Satz steht auch am Beginn der Dauerausstellung in Heidelberg und findet sich als Zitat ebenfalls am Berliner Denkmal. „Diese Inschrift wollte man damals verhindern, weil das das jüdische Schicksal relativieren würde“, schilderte Romani Rose dem Preisträger die historischen Hintergründe. „Aber das war natürlich keine Relativierung, weil Sinti und Roma genauso wie Juden vom Kind bis zum Greis dem Holocaust zugeführt wurden.“ Die Diskussion von damals sei jedoch heute kein Thema mehr. Und dazu, dass „der Holocaust an Sinti und Roma in das internationale Verantwortungsbewusstsein eingeht“, hätten auch die künstlerischen Arbeiten von Daniel Libeskind einen großen Beitrag geleistet. ■

„PFLICHT UND VERANTWORTUNG, UNS ZU ERINNERN“

Mit Vizepräsidentin Nicola Beer spricht erstmals eine hochrangige Vertreterin des EU-Parlaments am 2. August

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Die Kinder, kranken und alten Menschen hatten keine Chance zu überleben. Längst nämlich hatten die Nationalsozialisten ihren Tod vorbereitet. Zunächst waren die arbeitsfähigen Frauen und Männer zur Zwangsarbeit in andere Konzentrationslager abtransportiert worden. Und dann wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 diese letzten 4300 Sinti und Roma im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau – trotz heftigen Widerstands – von der SS in die Gaskammern getrieben und ermordet. Zum 79. Jahrestag der Auflösung des Lagerabschnitts B II e hat mit der damaligen Vizepräsidentin Nicola Beer nun erstmals eine hochrangige Repräsentantin des Europäischen Parlaments zum Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma am Ort des

Menschheitsverbrechens gesprochen. Zu der internationalen Gedenkveranstaltung hatten der Zentralrat sowie das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma gemeinsam mit dem Verband der Roma in Polen in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau eingeladen, um an die 500.000 ermordeten Angehörigen der Minderheit im NS-besetzten Europa zu erinnern.

„Es ist unsere Pflicht und Verantwortung, uns zu erinnern. Es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, die nächsten Generationen über den Holocaust an den Sinti und Roma aufzuklären“, betonte Nicola Beer am Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma auf dem Gelände der Ge-



denkstätte Birkenau. Und die damalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments fügte hinzu: „Zum Erinnern gehört auch, dass wir als Gesellschaft gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus kämpfen. Trotz jahrelanger Arbeit haben wir die Diskriminierung im heutigen Europa nicht beenden können: Antiziganismus ist nach wie vor eine weitverbreitete Form des Rassismus in unserer Gesellschaft.“ Nicola Beer rief das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten zu einem verstärkten Einsatz gegen Antiziganismus und alle Formen von Rassismus auf. Denn es müsse jeder und jedem klar sein: „Sinti und Roma sind europäische Bürger mit den gleichen Rechten, Freiheiten und Perspektiven.“

Warnung vor demokratiefeindlicher Haltung und Rechtsextremismus

Für die Sinti und Roma, die den Holocaust überlebten, sprach Gerda Pohl aus Bremerhaven, die zum ersten Mal überhaupt öffentlich vom Schicksal ihrer Familie berichtet hat. Sie wurde 1939 geboren und hat sich mit ihren Angehörigen vor der Deportation im Wald nahe Swinemünde verstecken können. Die Sinteza erinnerte auch an ihren verstorbenen Mann Horst Pohl, der mit Eltern und Geschwistern nach Auschwitz deportiert und in pseudo-medizinischen Versuchen misshandelt worden war. „Auch nach dem Krieg mussten wir in Deutschland als Sinti viele Demütigungen erleiden. Und diese Erfahrungen haben –



Eintauchen in die eigene Familiengeschichte: Romani Rose (rechts) führte Nicola Beer, damals Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, und Botschafter Dr. Robert Klinke, Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amts für Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Antisemitismusfragen, internationale Angelegenheiten der Sinti und Roma und Holocaust-Erinnerung, vor der internationalen Gedenkfeier durch die Dauerausstellung zum Völkermord an den Sinti und Roma im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau.

wie die NS-Zeit – mein späteres Leben dauerhaft geprägt“, schilderte sie. Eindringlich richtete sich Gerda Pohl auch direkt an die anwesenden Gäste: „Ich bitte Sie von ganzem Herzen, bekämpfen Sie den Rassismus, wo immer er Ihnen begegnet. Vor allem den jungen Menschen möchte ich zurufen: Ihr habt es in der Hand, wie die Zukunft von Deutschland, Europa und der ganzen Welt aussehen wird.“

Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, warnte in seiner Rede: „Mit großer Sorge beobachten wir in ganz Europa eine demokratiefeindliche Haltung und einen Rechtsextremismus, der sich wieder durch Gewalt gegen Sinti und Roma, gegen Juden und andere Minderheiten zeigt. Antiziganismus, Antisemitismus und Rassismus gehören in vielen Ländern Europas

Gedenken an die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma: Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Roman Kwiatkowski, Präsident des Verbands der Roma in Polen, und Michał Kamiński, Vizemarschall des Senats der Republik Polen (von links).

Farbenfrohe Zeichen der Erinnerung: Mit Kränzen und Blumengestecken zollten die Botschafter*innen zahlreicher Staaten und die Vertreter*innen verschiedener Organisationen den von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma ihren Respekt.

heute wieder zum Alltag.“ Doch es müsse der Anspruch der Europäischen Union und seiner Mitgliedsstaaten sein, den Antiziganismus genauso zu ächten wie den Antisemitismus. Denn die Lebenssituation von Sinti und Roma sei in vielen Staaten weiterhin geprägt von einem strukturellen und tief verwurzelten Antiziganismus, der die Angehörigen der Minderheit als Bürger*innen in ihren Heimatländern weiter ausgrenzt und ihnen die gleichberechtigte Teilhabe verweigert. „So lebt zum Beispiel in Osteuropa ein Großteil der Roma unter Apartheid-ähnlichen Bedingungen und wird in Bereichen der Bildung, Wohnsituation, Arbeit und im Gesundheitswesen ausgegrenzt.“

Der Zentralrat sieht es daher als einen positiven Umbruch und als wichtiges Signal des Rechtsstaats gegenüber den deutschen Sinti und Roma, dass das Bundeskriminalamt (BKA) durch seinen Präsidenten Holger Münch am 27. Januar 2023 die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der Internationalen Allianz zur Holocaust-Erinnerung (IHRA) unterzeichnet hat. Auf dieser Basis ächtet das BKA jede Form von Antiziganismus und wirkt diesem in seiner Behörde entschieden entgegen. „Ich appelliere heute von Auschwitz an alle Innenminister der deutschen Bundesländer, diesem Schritt zu folgen, die Unrechtsgeschichte der Polizei im NS-Staat und nach 1945 wissenschaftlich aufzuarbeiten und damit die rassistische und antiziganistische Sondererfassung und Kriminalisierung von Sinti und Roma durch die Polizei auf Grundlage der Abstammung endlich zu beenden“, forderte Romani Rose.

Treffen zum zweiten Mal im Schatten eines nicht weit entfernten Krieges

Roman Kwiatkowski, Präsident des Verbands der Roma in Polen, nahm in seiner Rede Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. „Zum zweiten Mal, und möge es das letzte Mal sein, treffen wir uns in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im Schatten eines nicht weit entfernten Krieges. Die Entschlossenheit der Verteidiger der



Ukraine, einschließlich der dortigen Roma, hätte nicht ausgereicht, um der bewaffneten Macht der russischen Invasoren zu widerstehen, wenn es nicht die Solidarität der Völker und Regierungen der freien Welt gegeben hätte“, betonte Roman Kwiatkowski. „Die gegenwärtige Situation hat mit großer Eindringlichkeit gezeigt, wie groß die Notwendigkeit der Zusammenarbeit, der Ablehnung nationaler Egoismen und der Aufgabe von Partikularinteressen ist, wenn man verhindern will, dass Europa die tragische Erfahrung von vor 80 Jahren wiederholt“, ergänzte er.

Im Namen der internationalen Jugendgedenkveranstaltung „Dikh he na bister“ (Romanes für „Schau hin und vergiss nicht“) wandte sich Georgina Laboda aus Ungarn als Vertreterin der dritten Generation persönlich an die Holocaust-Überlebenden: „Wir sind Ihnen zutiefst dankbar für Ihren Mut, Ihre Geschichten mit uns zu teilen. Sie haben uns die Augen geöffnet für das, was in der Vergangenheit geschehen ist. Ihr habt unseren Mut gestärkt, gegen Antiziganismus, Antisemitismus und alle Formen von Rassis-



mus aufzustehen, denen wir als junge Roma und Sinti auch heute noch ausgesetzt sind.“ Und das sei für Tausende von jungen Menschen aus ganz Europa eine große Verantwortung. „Wir versprechen, die Mission, die Ihr begonnen habt, weiterzuführen.“

Bei den Veranstaltungen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau nahmen zum ersten Mal auch mehrere für das Thema Antiziganismus zuständige Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie Vertreter*innen aus den Bundesländern teil. Damit waren sie der Einladung von Dr. Mehmet Daimagüler, dem Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma, und Doreen Denstädt, der Ministerin für Justiz und Landesbeauftragten gegen Antiziganismus des Landes Thüringen, gefolgt.

Rede des Vorsitzenden des Zentralrats der Jenischen

„Wenn wir in Auschwitz der 500.000 ermordeten Sinti und Roma Europas aufrichtig gedenken wollen, müssen wir

den Antiziganismus, unter dem die Nachkommen bis heute leiden, entschlossen bekämpfen. Dazu bedarf es gesellschaftlicher wie staatlicher Entschlossenheit, im Bund wie in den Ländern“, machte Mehmet Daimagüler am 1. August am ehemaligen Krematorium V deutlich. Dort haben Familien der Minderheit seit vielen Jahren in einem kleineren Rahmen die Gelegenheit, persönlich ihrer Angehörigen zu gedenken, Kränze und Blumen niederzulegen.

Mit Renaldo Schwarzenberger sprach – auf Einladung von Romani Rose – dabei erstmals auch der Vorsitzende des Zentralrats der Jenischen und bekräftigte, dass Angehörige dieser Minderheit ebenfalls zu den von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Menschen zählten. „Sinti, Roma und Jenische waren auch hier im Lager Brüder und Schwestern.“ Doch schon lange zuvor habe es eine gemeinsame Geschichte der Ablehnung und Ausgrenzung gegeben, so Renaldo Schwarzenberger. „Wir sind immer an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden, aber wir gehören in die Mitte der Gesellschaft.“ ■

Europäischer Holocaust- Gedenktag für Sinti und Roma

Der 2. August wurde 2015 vom Europäischen Parlament als Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma anerkannt. Neben Angehörigen der Minderheit aus vielen Ländern, Repräsentant*innen des polnischen Staates und anderer internationaler Institutionen und Organisationen waren auch diesmal die Botschafter*innen verschiedener Länder und weitere diplomatische Vertreter*innen anwesend. Zusammen mit dem Internationalen Roma-Jugendnetzwerk hat das Heidelberger Dokumentationszentrum zudem erneut in Krakau unter dem Titel „Dikh he nabister“ („Schau hin und vergiss nicht“) eine mehrtägige Bildungsveranstaltung mit über 200 jungen Sinti und Roma sowie Nicht-Angehörigen der Minderheit aus ganz Europa veranstaltet, die auch an dem Gedenktakt teilgenommen haben.



„BEKÄMPFEN SIE DEN RASSISMUS, WO IMMER ER IHNEN BEGEGNET“

Ansprache der Holocaust-Überlebenden Gerda Pohl
bei der internationalen Gedenkveranstaltung am 2. August



Berührende Rede: Die Sinteza Gerda Pohl spricht zum ersten Mal öffentlich über die Verfolgung ihrer Familie im Holocaust.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es bewegt und berührt mich sehr, dass ich heute – am Europäischen Holocaust-Gedenktag für die Sinti und Roma – als Vertreterin unserer Überlebenden zu Ihnen sprechen darf. Es ist das erste Mal überhaupt, dass ich öffentlich eine Rede halte. Bitte verzeihen Sie mir daher meine Aufregung. Mein verstorbener Mann Horst Pohl hat hier in Auschwitz um sein Leben gekämpft. Daher ist es mir besonders wichtig, gerade an diesem Ort an den Holocaust an uns Sinti und Roma zu erinnern.

Aufgewachsen bin ich mit fünf Geschwistern in Swinemünde in Westpommern. Mein Großvater Josef Grünholz war stolzer Besitzer einer Wanderbühne. Unsere ganze Familie hat mitgeholfen, das Publikum an vielen Orten mit Theaterstücken zu erfreuen und zu unterhalten. Dann aber kam der Krieg, mein Vater Martin Hoffmann wurde 1940 zur Wehrmacht eingezogen. 1942 wurde er – wie alle Angehörigen der Sinti und Roma – aus „rassischen Gründen“ aus der Wehrmacht ausgeschlossen.

Unterdessen durften wir Sinti Swinemünde nicht mehr verlassen. Die Nazis nannten das „Festsetzung“. Gleichzeitig wurden die Repressalien immer schlimmer – meine älteren Geschwister durften nicht mehr zur Schule gehen. Für meine Mutter war es zunehmend schwer, an Lebensmittel zu gelangen.

Wir lebten vier Jahre lang in ständiger Angst vor der Deportation. Nachts schliefen wir angezogen, legten Decken und das Notwendigste griffbereit, damit wir fliehen konnten, wenn es eine Razzia gab.

In dieser so schwierigen Zeit erhielten wir Unterstützung von unseren Nachbarn – der deutschen Familie Anasbach. Bei ihr konnten wir uns immer wieder vor der Gestapo verstecken. Viele unserer Verwandten waren schon im KZ, und uns drohte jede Minute das gleiche Schicksal. Das aber blieb uns dank Herrn Hilke erspart, der mit meinem Großvater befreundet war. Er hat auf einer Behörde gearbeitet. Dadurch hat er von der geplanten Deportation der Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau erfahren. Er hat die Unterlagen zu unserer Familie zurückgehalten. Ohne ihn würde ich ganz sicher nicht vor Ihnen stehen.

Eines Tages hat Herr Hilke uns gewarnt, dass wir uns verstecken müssten. Er könne nichts mehr für uns tun. Wir haben also schnell ein paar Sachen zusammengepackt und sind in die Wälder geflüchtet. Wir haben uns schrecklich gefürchtet und hatten großen Hunger. Im Herbst 1944 sind wir dann Richtung Westen geflohen, sechs Monate lang waren wir unterwegs – immer von der Angst begleitet, entdeckt und doch noch im Konzentrationslager ermordet zu werden.

Ich möchte auch an das Schicksal meines Mannes Horst Pohl erinnern. Seine Familie hat niemand gewarnt oder unterstützt. Er wurde 1934 in Masuren geboren. Im Januar 1942 wurde er mit Eltern und Geschwistern aus „rassischen Gründen“ verhaftet, zunächst im Gefängnis von Bialystok inhaftiert und dann in ein Arbeitslager deportiert. Von dort kam er im April 1944 mit seiner Familie nach Auschwitz-Birkenau – im Alter von zehn Jahren. An dem Ort, an dem wir heute stehen, wurden sein Vater und sein jüngster Bruder ermordet. Und er selbst wurde für pseudomedizinische Versuche misshandelt. Er konnte den Gaskammern entkommen und wurde nach Sachsenhausen, Mauthausen und Bergen-Belsen weitertransportiert.

Nach der Befreiung hatte seine Mutter Angst, ihren halb verhungerten Sohn zum Arzt zu bringen, weil sie keinem Mediziner mehr trauen konnte. Und er selbst hatte geradezu panische Furcht vor Krankenhäusern. Womöglich hätte

seine schwere Erkrankung, an der er 1988 im Alter von nur 54 Jahren verstarb, geheilt werden können. Gutachter haben später abgestritten, dass es einen Zusammenhang geben könnte mit den Misshandlungen durch die SS in den Konzentrationslagern.

Auch nach dem Krieg mussten wir in Deutschland als Sinti viele Demütigungen erleiden. Schon gleich nach Ende des Krieges wollte uns meine Mutter Marie Hoffmann in der Schule in Bremerhaven anmelden. Doch die Eltern der anderen Kinder lehnten das ab, und erst nach langen Diskussionen wurden wir – zunächst nur zur Probe – aufgenommen. Wir waren fleißig, aber wurden von Mitschülern und Lehrern drangsaliert. Auch diese Erfahrungen haben – wie die NS-Zeit – mein späteres Leben dauerhaft geprägt.

„Auch nach dem Krieg mussten wir in Deutschland als Sinti viele Demütigungen erleiden.“

GERDA POHL

In den letzten Jahren ist es vielleicht etwas besser geworden. Es gibt ein bisschen weniger Diskriminierung und Ausgrenzung – auch weil Einrichtungen wie der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma unermüdlich dagegen ankämpfen. Aber wir müssen vorsichtig sein, dass es nicht wieder losgeht. Die Wahlerfolge der rechten Parteien in vielen Ländern Europas und das massive Auftreten von gewalttätigen Rechtsradikalen machen mir Angst.

Deshalb bitte ich Sie von ganzem Herzen, bekämpfen Sie den Rassismus, wo immer er Ihnen begegnet. Vor allem den jungen Menschen möchte ich zurufen: Ihr habt es in der Hand, wie die Zukunft von Deutschland, Europa und der ganzen Welt aussehen wird. ■

Vielen Dank.

 www.roma-sinti-holocaust-memorial-day.eu





„HASS IST NICHT GUT. ABER WIR HABEN NIE VERGESSEN“

Bei „Dikh he na bister“ spricht die Holocaust-Überlebende Gerda Pohl mit jungen Leuten aus aller Welt

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Zum Schluss hält es die jungen Leute nicht mehr auf ihren Plätzen. Berührt, fasziniert, vor allem aber dankbar springen sie auf und applaudieren lautstark der alten Dame auf dem kleinen Podium. Auch Gerda Pohl scheint ergriffen von der warmherzigen Zuneigung im Garten der internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim. Nach dem zentralen Gedenken im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau hat die Holocaust-Überlebende und Hauptrednerin den Nachmittag des 2. August mit den jugendlichen Teilnehmer*innen der Erinnerungsveranstaltung „Dikh he na bister“ (Romanes für „Schau hin und vergiss nicht“) verbracht. Dabei hat sie erst zum zweiten Mal öffentlich über das Schicksal ihrer Familie sowie der Angehörigen ihres verstorbenen Mannes Horst Pohl gesprochen.

„Nun bin ich doch etwas erschöpft“, bekennt die 84-Jährige freimütig. Dennoch gesellt sie sich sanft lächelnd zu einer kleinen Gruppe junger Frauen und Männer in auffälligen lila T-Shirts, die offensichtlich noch etwas loswerden möchten. Zunächst aber muss Gerda Pohl Hände schütteln und wird

unterdessen mit überwältigenden Danksagungen überhäuft. Sagie Sharon aus Tel Aviv traut sich schließlich als Erster. „Die Eltern meiner Großmutter Rocha waren auch in Auschwitz“, sagt er mit leiser Stimme auf Englisch. Nur ihre Mutter Rivka Holender habe überlebt. Und auch sein Großvater Hilel Apple war der Einzige der Familie, der dem entfesselten Morden entkommen konnte.

Die Eltern seines Großvaters Yossi wiederum überlebten Auschwitz, die Eltern von Oma Racheli konnten vor dem Krieg aus Polen fliehen. Alle vier kamen nach Israel. „Wie schaffen Sie es, nicht zu hassen?“, möchte er von Gerda Pohl wissen. Diese Frage treibt etliche der Teilnehmer*innen von „Dikh he na bister“ um. Denn sie stammen teilweise selbst aus Familien, in denen während des Holocaust Opfer zu beklagen waren – Jüdinnen und Juden, Sinti oder Roma.

Für eine Woche haben sich rund 200 junge Menschen aus aller Welt zu der Bildungsveranstaltung „Dikh he na bister“ in Krakau und Auschwitz versammelt. Unter ihnen Angehö-

Gebannte Zuhörerschaft: Die persönliche Begegnung mit einer Holocaust-Überlebenden ist für die jungen Frauen und Männer von tiefer emotionaler Bedeutung.

rige der Minderheit, aber auch der Mehrheitsgesellschaft. Organisiert wird das Treffen seit 2010 vom Heidelberger Dokumentationszentrum gemeinsam mit dem Internationalen Roma-Jugendnetzwerk ternType und in Zusammenarbeit mit dem Europarat. Geschaffen wird dabei jedes Jahr ein Ort des Lernens über die Vergangenheit, in dem sich die jungen Leute mit ihrer Rolle in der Erinnerungskultur an den Holocaust auseinandersetzen. Das Programm ist stets umfangreich und vielseitig, umfasst historische Hintergrundinformationen und Diskussionen über unterschiedliche Themen. Intensiv vorbereitet wird der Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Denn die meisten betreten zum ersten Mal den Ort des Menschheitsverbrechens.

Eine eigene Zeremonie am Krematorium V gehört ebenso zum Bildungskonzept wie die Teilnahme am zentralen internationalen Gedenken am 2. August am Mahnmal für die Sinti und Roma. Gefolgt von der persönlichen Begegnung mit Holocaust-Überlebenden. Für die jungen Frauen und Männer ist gerade dieses Beisammensein von tiefer emotionaler Bedeutung.

„Wie konnten Sie in Deutschland leben?“

Das ist im Gespräch mit Gerda Pohl nicht nur Sagie Sharon, sondern auch Victor Moissis deutlich anzumerken. Er ist als Mitglied einer Delegation der Europäischen Union Jüdischer Studenten zu „Dikh he na bister“ gestoßen. „Auch meine Großmutter mütterlicherseits wurde deportiert“, erzählt der Pädagoge aus Griechenland. Im Jahr 1944 mit einem Deportationszug von der nordgriechischen Stadt Larissa aus nach Auschwitz-Birkenau. Auch Moissis beschäftigt die Frage, wie Gerda Pohl es geschafft hat, nach dem Krieg in Deutschland leben zu können, ohne zu hassen. „Wenn wir auch nicht viel hatten, so hatten wir aber gute Eltern“, betont die 84-Jährige. Mutter und Vater sei eine gute Erziehung der Kinder besonders wichtig gewesen. „Unsere Eltern hätten uns nicht durchgehen lassen, weiter zu hassen.“ Und sie fügt hinzu: „Wir haben aber nie vergessen.“



Nahbare Zeitzeugin: Gerda Pohl hat die Schrecken der Verfolgung als Kind erdulden müssen.

Schon zuvor im Gespräch mit allen Teilnehmer*innen von „Dikh he na bister“ hat die Holocaust-Überlebende gemahnt: „Hass ist nicht gut.“ Obendrein erinnert sie daran, dass ihre Familie überhaupt nur entkommen konnte, weil ein deutscher Freund ihres Großvaters Josef Grünholz ihn mehrfach beschützt hatte. „Herr Hilke hat in unserer Heimatstadt Swinemünde auf dem Amt gearbeitet.“ Als die Deportationen anfangen, habe er ihre Unterlagen ihrer Familie zunächst zurückgehalten. „Eines Tages hat er uns gewarnt, dass wir uns verstecken müssten.“ Er könne nichts mehr für sie tun. „Wir haben also schnell ein paar Sachen zusammengepackt und sind in die Wälder geflüchtet.“ Nach dem Einmarsch der Roten Armee hat sich die Familie dann Richtung Westen bis nach Bremerhaven durchgeschlagen.

Gebannt hören die jungen Leute der Schilderung von Gerda Pohl zu, bevor sie auch in großer Runde nachfragen können. Eine junge SinteZZa möchte vor allem eines wissen: „Wie haben Sie Ihren Mann nach dem Krieg kennengelernt?“ Die alte Dame schmunzelt: „Wir haben uns beim Tanzen zum ersten Mal gesehen.“ Eher zufällig, denn Horst Pohl, der als Kind pseudomedizinische Versuche über sich hatte ergehen lassen müssen, habe an jenem Abend seine in Bremerhaven lebende Schwester besucht. Einen Moment überlegt Gerda Pohl und ergänzt: „Er sah wirklich sehr gut aus.“ Dann beginnt sie zu lachen, so ansteckend, dass alle im Garten der Jugendbegegnungsstätte herzlich miteinstimmen. ■

„UNSEREN RECHTSSTAAT JEDEN TAG AUFS NEUE VERTEIDIGEN“

Zum 78. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald standen Schicksale von Sinti und Roma im Mittelpunkt

„Es gibt bei den deutschen Sinti und Roma keine Familie, die nicht vom nationalsozialistischen Verbrechen des Völkermords in existenzieller Weise betroffen war“, betonte Jacques Delfeld Sr. am 16. April 2023 zum 78. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald. Dabei erinnerte der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma insbesondere an das Schicksal von Rudolf Steinbach, der die Schrecken des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau und des KZ Buchenwald noch selbst erlebt hat. Als 15-Jähriger wurde er mit seiner Familie von Koblenz aus zunächst in den Lagerabschnitt B II e deportiert. „Hier wurde mir die Häftlingsnummer Z-2201 in den Arm tätowiert“, beschrieb der Sinto in einem Zeitzeugeninterview. „Von meiner Familie kam nur ich aus dieser Hölle raus.“

Anfang August 1944 wurde Rudolf Steinbach, der wenige Wochen vor der Gedenkveranstaltung verstorben ist, nach Buchenwald abtransportiert. „Er und die anderen aus Auschwitz verschleppten Sinti und Roma mussten hier Zwangsarbeit unter unmenschlichen Bedingungen, vor allem in der Rüstungsindustrie und im Steinbruch, leisten“, fasste Delfeld zusammen. Kurz vor der Befreiung durch die Alliierten wurde der Sinto noch mit Tausenden Häftlingen in Todesmärschen in Richtung der KZ Flossenbürg und Dachau getrieben, wo ihn schließlich die Amerikaner befreiten. „Sein Schicksal und das Schicksal seiner Familie stehen stellvertretend für den Holocaust an 500.000 Angehörigen unserer Minderheit im NS-besetzten Europa“, so Delfeld bei seiner Ansprache auf dem ehemaligen Appellplatz.

In das 1937 errichtete KZ Buchenwald bei Weimar und seine 139 Außenlager hatten die Nationalsozialisten fast 280.000 Menschen aus 50 Ländern verschleppt. Darunter etwa

3500 Sinti und Roma. Mehr als 56.000 Inhaftierte wurden ermordet oder starben an Hunger und Krankheiten, durch Zwangsarbeit oder medizinische Versuche – unter ihnen auch rund 400 Angehörige der Minderheit. In der Erinnerung an das Konzentrationslager blieben Sinti und Roma jedoch lange ausgeklammert. Das Mahnmal auf dem Grundriss von Block 14 mit hundert schwarzen Basaltstelen war bei seiner Enthüllung im Jahr 1995 noch eine Ausnahme. Am Gedenkstein für die inhaftierten Frauen wurde an Hildegard Reinhardt erinnert. Die Sinteza kehrte als Überlebende zurück, doch ihre drei kleinen Töchter waren zuvor in Auschwitz ermordet worden.

Holocaust-Überlebender durch russische Bomben getötet

Das Leiden der Minderheit wurde nun auch 2023 in den Mittelpunkt des Gedenkens in Buchenwald gerückt. Anlass dafür war die Deportation der deutschen Sinti und Roma nach Auschwitz zwischen März und Mai 1943 – vor genau 80 Jahren.

Die Veranstaltung stand zudem unter dem Einfluss des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Es sei eine Schande, dass Überlebende des Nazi-Terrors und ihre Angehörigen heute in der Ukraine fürchten müssten, Opfer russischer Bomben zu werden, sagte Prof. Dr. Jens-Christian Wagner. Der Direktor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora erinnerte dabei an den Holocaust-Überlebenden Borys Romantschenko, der im März 2022 zu Beginn des russischen Überfalls auf seine Heimat im Alter von 96 Jahren getötet worden war. Er war in Buchenwald und Mittelbau-Dora inhaftiert und durch die britische Armee im April 1945 in Bergen-Belsen befreit worden.



Würdevolle Erinnerung: Jacques Delfeld Sr., stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats (links), Doreen Denstädt, Justizministerin und Beauftragte gegen Antiziganismus in Thüringen, und Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, bei der Veranstaltung auf dem ehemaligen Appellplatz.

Der Gedenkstättenleiter wünschte sich ein stärkeres Engagement der Gesamtgesellschaft, auch im Angesicht schwindender Zeitzugenschaft – elf hochbetagte Überlebende konnten noch an der Gedenkfeier teilnehmen. Ferner hob auch er die Bedeutung Buchenwalds für die Erinnerungskultur von Sinti und Roma hervor. Ministerpräsident Bodo Ramelow würdigte schließlich insbesondere die Verdienste der Bürgerrechtsbewegung: „Dass wir heute eine ebenso aufgeklärte wie lebendige Erinnerungskultur zur NS-Terrorherrschaft pflegen, verdanken wir auch dem unerschütterlichen Engagement und Selbstbehauptungswillen der Sinti und Roma.“

Jacques Delfeld machte aber auch deutlich: „Die Erfahrung absoluter Rechtlosigkeit hat sich tief in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt und unsere Identität als Minderheit

geprägt.“ Und er zitierte nochmals Rudolf Steinbach: „Die Zeit des Nationalsozialismus könnte aus meiner Sicht jederzeit wiederkommen. Meines Erachtens entwickelt sich die Gesellschaft schon wieder in diese Richtung.“

Deshalb sei die Erinnerung an die Geschichte der NS-Diktatur eine bedeutende Voraussetzung, damit die Gefahren für unseren Staat rechtzeitig erkannt werden. Es sei aber gleichzeitig ebenfalls wichtig, dass die staatlichen Institutionen den Antiziganismus als Gefahr ernst nehmen und diesem entgegenwirken. Im Namen des Zentralrates mahnte dessen stellvertretender Vorsitzender: „Unser Rechtsstaat ist keine Selbstverständlichkeit; er muss jeden Tag aufs Neue durch seine Bürgerinnen und Bürger verteidigt werden.“ ■

ÜBERLEBENDE UND ANGEHÖRIGE ZUM SPRECHEN BRINGEN

Heidelberger Bündnis „Zeitzeugenschaft im Generationenwechsel begegnen“ vereint Sinti, Roma und Juden

Von Dr. Dina von Sponeck, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Erstmals hat das Bündnisprojekt „Gemeinsam Zeitzeugenschaft im Generationswechsel begegnen“ Holocaust-Überlebende der Sinti und Roma sowie Jüdinnen und Juden aus dem Raum Heidelberg zusammengebracht. Doch nicht nur die wenigen verbliebenen Zeug*innen des Menschheitsverbrechens kamen dabei miteinander ins Gespräch, auch die Angehörigen der zweiten und dritten Generation konnten sich über die Verfolgungsschicksale der Eltern und Großeltern austauschen. Beide Gruppen haben zudem Erfahrungen mit Antiziganismus und Antisemitismus, die auch heute noch spürbar sind. Die Grundidee des Bündnisses ist es, durch regelmäßige Treffen einen neuen Zugang zur Aufarbeitung und auch zur Verarbeitung biografischer Inhalte zu schaffen. Gefördert wurde das Projekt von 2021 bis 2023 von der Stiftung „Erinnerung Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) und durch das Kompetenznetz „Plurales Heidelberg“.

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma und die Jüdische Kultusgemeinde Heidelberg sorgten als Hauptpartner*innen für den direkten Zugang zu den Überlebenden und ihren Angehörigen. Weitere Bündnispartner*innen steuerten ihre jeweilige Expertise bei: Mosaik Deutschland, das Amt für Chancengleichheit, die Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg, die Theaterpädagogin und Schauspielerin Nedjma Schreiner sowie Dr. Kurt Grünberg vom Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt.

Die Überlebenden in beiden Gruppen sind hochbetagt. Nur wenige können und wollen angesichts altersbedingter und gesundheitlicher Einschränkungen aktiv teilnehmen. Und

schon gar nicht haben alle das Bedürfnis, über das Erlebte zu sprechen. Viele haben auch gegenüber ihren Angehörigen zeitlebens geschwiegen. Dennoch kamen eine jüdische Überlebende im Alter von 87 Jahren und eine ein Jahr jüngere Sinteza zu den Zusammenkünften. Die jüngsten Teilnehmerinnen waren 15 und 17 Jahre alt.

Schon beim ersten Workshop im Mai 2022 wurde deutlich, dass beide Gruppen gern mehr über die ihnen noch unbekanntere Geschichte und Kultur der anderen erfahren wollten. Seitdem haben zwölf Begegnungen mit unterschiedlichen



Schwerpunkten stattgefunden. Unterstützt von Vertrauenspersonen aus beiden Communities, wurden Treffen in Cafés und abwechselnd in den Räumen des Dokumentationszentrums und der Jüdischen Kultusgemeinde, eine Führung durch die Synagoge sowie eine Führung durch die Dauerausstellung zum NS-Völkermord an den Sinti und Roma organisiert. Im Sommersemester 2023 wurde von der Forschungsstelle Antiziganismus und vom Verein Heidelberger Lupe eine Übung „Oral History“ angeboten. Dabei hatten die Studierenden die Möglichkeit zu Interviews mit den Teilnehmenden.

Trauer und Wut am einstigen Ort der Verfolgung

Zwei Treffen sind besonders hervorzuheben: Ein Filmabend im Dokumentationszentrum, bei dem „Gibsy – Die Geschichte des Boxers Johann Rukeli Trollmann“ gezeigt wurde. Durch das konkrete Verfolgungsschicksal des Sinto verdeutlicht dieser Film das gemeinsame Schicksal von Sinti und Roma sowie Jüdinnen und Juden in Europa unter der NS-Diktatur, wie die Anwesenden einstimmig feststellten. Bei der Fahrt zur KZ-Gedenkstätte Natzweiler-Struthof wurden die Trauer und Wut angesprochen, die ein solcher unmittelbarer Kontakt mit dem einstigen Ort der Verfolgung

auslöst. Gemeinsam wurden Blumen und Steine an der Gedenktafel niedergelegt. Durch den Besuch sind die Teilnehmenden einander auch auf einer unmittelbar emotionalen Ebene nähergekommen.

Ein Workshop mit Kurt Grünberg behandelte die „Transgenerationale Tradierung eines extremen Traumas“. Grünberg hat sich auf das Forschungsgebiet „Psychosoziale Spätfolgen der nationalsozialistischen Judenvernichtung in Deutschland“ sowie „Szenisches Erinnern der Shoa“ spezialisiert. Im Workshop berichtete er eindrücklich über die Übermittlung von Verfolgungserfahrungen an Nachkommen.

Am 22. November 2023 fand im Heidelberger Rathaus die Abschlussveranstaltung „Erinnerungen im Dialog – Lebendige Erinnerungskultur durch Bündnisse schaffen“ statt. Bei einer Podiumsdiskussion wurde die Bedeutung von Bündnissen als wegweisende Modelle für eine lebendige Erinnerungskultur beleuchtet. Die Projektteilnehmerinnen Tashina Adolf und Halyna Dohayman (stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde) betonten die ermöglichte Auseinandersetzung mit der eigenen Verfolgungsgeschichte und der ihrer Vorfahren. Insbesondere seien ihnen erstmals die Gemeinsamkeiten der rassistischen Verfolgung der beiden Gruppen bewusst geworden. Ergänzend sprachen Alina Marotta vom Verein Heidelberger Lupe und die Expertin Dr. Juliane Solf, Geschäftsführerin von AMCHA Deutschland, einem Verein, der sich mit den psychischen Folgen der NS-Verfolgung und der Förderung seelischer Gesundheit beschäftigt, über neue Herausforderungen der Vergangenheitspolitik und die psychischen Schwierigkeiten der wenigen noch verbliebenen Zeitzeug*innen.

Insgesamt ist mit diesem beispielgebenden Bündnis ein Modell entstanden, das die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen verschiedenen Gruppen und Generationen stärkt. Es bleibt zu hoffen, dass sich die entstandenen Freundschaften und der kulturelle Austausch vertiefen und das Bündnis weiter gefördert werden kann. ■



Abschluss des Projekts, aber kein Abschied: Das Gruppenfoto im Heidelberger Rathaus macht deutlich, dass das Bündnis vielfältig und generationsübergreifend zusammengesetzt ist.

„WAR NICHT EINFACH, MICH ALS FRAU DURCHZUSETZEN“

Ilona „Koralla“ Lagrene (1950–2023): Pionierin der Bürgerrechtsarbeit und Mitstreiterin in Heidelberger Bündnis



Nah bei den Menschen: Ilona Lagrene war eine warmherzige Frau und hat – wie bei ihrer letzten Stadtführung am 16. Mai 2023 – die Zuhörer*innen stets in ihren Bann gezogen.

„Power hatte ich genug, aber wenn du nicht selbstsicher und frech warst, konntest du nichts erreichen. Man brauchte Courage.“ Und Courage hatte sie: Ilona Lagrene, unter Sinti und Freunden „Koralla“ genannt. Als Aktivistin der ersten Stunde kämpfte sie in der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma jahrzehntelang für die Anerkennung und Gleichberechtigung ihrer Minderheit. Und bis zuletzt hat sie im Heidelberger Bündnis „Zeitzeugenschaft im Generationswechsel begegnen“ entscheidend mitgewirkt. Zwei

Tage nach ihrem 73. Geburtstag ist Ilona Lagrene am 13. November 2023 verstorben.

Ilona Marchal erblickte am 11. November 1950 in Heidelberg das Licht der Welt und wuchs in der Pfaffengasse auf, ganz in der Nähe des Geburtshauses von Friedrich Ebert. Wie viele andere Sinti ihrer Generation wurde sie schon früh mit den Nachwirkungen des nationalsozialistischen Völkermords an den Sinti und Roma konfrontiert, den ihre Eltern

und älteren Geschwister überlebt hatten. Sie waren 1940 im Rahmen der „Mai-Deportationen“ ins besetzte Polen verschleppt worden. Wenn Verwandte und Freunde die Eltern besuchten, wurde immer von den Erlebnissen in den Gettos und Lagern gesprochen. Der Schmerz, die Angst und die traumatischen Erfahrungen der Überlebenden brannten sich in ihre Seele ein und bewegten sie schließlich zu ihrem Engagement in der Bürgerrechtsbewegung.

Mit ihrem Ehemann, Freund und Mitstreiter Reinhold Lagrene hatte sie vier Kinder und teilte bis zu dessen frühem Tod im Jahr 2016 das Engagement für die Rechte der Sinti. Gemeinsam trieben sie unter anderem die Gründung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma voran. 1986 war Ilona Lagrene Gründungsmitglied des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg und wurde von 1989 bis 1995 dessen Vorsitzende. Ihre Arbeit kann zu Recht als Pionierarbeit gewürdigt werden und umfasste neben der laufenden politischen und öffentlichen Arbeit auch die Beratung und Unterstützung aller in Baden-Württemberg lebenden Angehörigen der Minderheit.

Intensive persönliche Kontakte mit den Überlebenden

Ilona Lagrene schilderte bei einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2017: „Am Anfang fiel es mir nicht leicht, mich durchzusetzen. Doch mit der Zeit merkten unsere Leute, was für eine Arbeit ich machte. Die Sinti, die zu mir kamen, sollten nicht das Gefühl haben, sich mit ihren Sorgen an ein anonymes Amt zu wenden, sondern sich ernst genommen fühlen.“ Und sie fügte hinzu: „Anfang der 1990er-Jahre war es zudem nicht einfach, mich als Frau durchzusetzen. In einer von Männern dominierten Politik musste ich mir erst einmal eine Stimme verschaffen: ob bei der Landesregierung, den Behörden, den Ämtern, bei Entschädigungsangelegenheiten oder bei Gesprächen mit Schulen: Ich musste mir erst alles erkämpfen.“

Der intensive persönliche Kontakt mit den Überlebenden regte Ilona Lagrene dazu an, gemeinsam mit ihrem Mann Interviews zu führen, das erlittene Unrecht zu dokumentieren und öffentlich zu machen. Die Gespräche auf Romanes gelten als herausragendes frühes Oral-History-Projekt zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma. 2002 wurden

sie im Buch „... weggekommen. Berichte und Zeugnisse von Sinti, die die NS-Verfolgung überlebt haben“ publiziert.

Ilona Lagrenes unermüdlichem politischem Engagement ist es zu verdanken, dass im Land Baden-Württemberg eine Reihe bedeutender Gedenkorte zur Erinnerung an die NS-Verfolgung von Sinti und Roma entstanden, so in Asperg, Heidelberg und Tübingen. Der Weg dorthin war nicht einfach, denn die öffentliche Erinnerung an die Verfolgung der Sinti und Roma war damals alles andere als selbstverständlich. Gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und vielen Überlebenden forderte Ilona Lagrene auch die Errichtung eines zentralen nationalen Erinnerungsortes, der schließlich im Oktober 2012 in unmittelbarer Nähe zum Reichstagsgebäude mit dem Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas eingeweiht werden konnte.

Seit 2007 war Ilona Lagrene im Vorstand des Landesverbands Rheinland-Pfalz tätig. 2020 wurde sie dort stellvertretende Vorsitzende. Nach dem Tod ihres Mannes veröffentlichte Ilona Lagrene 2018 seine ins Romanes übersetzten klassischen Gedichte in Buchform unter dem Titel „Djiparmissa“ und gründete im Dezember desselben Jahres mit ihren Kindern in Mannheim den gleichnamigen Verein als Literatur- und Kulturverein Deutscher Sinti. Ein lang gehegter Wunsch von Reinhold Lagrene ging damit posthum in Erfüllung. In ihrer Geburtsstadt führte sie regelmäßig in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum Stadtrundgänge zur Geschichte der Heidelberger Sinti durch, die auf breites Interesse stießen und ein wenig bekanntes Kapitel der Stadtgeschichte zurück ins öffentliche Bewusstsein holten. Für ihr Engagement wurde sie 2018 mit dem Hildegard-Lagrenne-Preis der Stadt Mannheim und am 24. April 2023 mit der Staufermedaille des Landes Baden-Württemberg in Gold ausgezeichnet.

Trotz ihrer schweren Erkrankung blieb Ilona Lagrene zuversichtlich und schöpfte, wie zeitlebens, Kraft aus ihrem Glauben. Umsorgt von ihrer Familie, verstarb sie in ihrer Wohnung in Mannheim-Waldhof. Ihre Warmherzigkeit wird allen Menschen, die mit ihr zusammentrafen, in wertvoller Erinnerung bleiben. Ihre Courage spornt dazu an, das Engagement gegen Antiziganismus nach ihrem Vorbild weiterzuführen. ■



Haus des deutschen Parlaments: Mit deutlichen Worten bekennt der Bundestag seine Verantwortung für den Kampf gegen Antiziganismus.

„WICHTIGES SIGNAL AN ALLE SINTI UND ROMA IN DEUTSCHLAND“

Bundestag stellt sich nach historischer Debatte in Entschließungsantrag hinter die Forderungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus

Von Alexander Cramer, Politischer Referent

„Der Deutsche Bundestag verurteilt und wendet sich gegen jede Form von Antiziganismus. Der Deutsche Bundestag erkennt das Unrecht an, das Sinti und Sintize sowie Roma und Romnja in der Zeit des Nationalsozialismus angetan wurde. Die nationalsozialistischen Verbrechen an Sinti und Roma wurden noch lange Jahre nach dem Ende des Zwei-

ten Weltkriegs geleugnet. Die Bundesrepublik Deutschland trägt vor dem Hintergrund des Holocaust, der Entrechtung und der Ermordung von bis zu einer halben Million Sinti und Roma im NS-besetzten Europa, eine besondere Verantwortung im Kampf gegen den Antiziganismus sowie für eine gleichberechtigte Teilhabe der Überlebenden und ihrer

Nachkommen.“ Mit diesen deutlichen Worten beginnt der gemeinsame Entschließungsantrag aller demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag zum Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA). Nach einer ersten und mitunter bewegenden 45-minütigen Debatte, die eine große Delegation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma von der Besuchertribüne aus verfolgte, wurden die 27 Forderungen des Parlaments an die Regierung zur Verbesserung der Lage der Sinti und Roma mit großer Mehrheit angenommen. In teilweise sehr persönlichen Reden setzten sich die Abgeordneten mit der aus der deutschen Geschichte resultierenden Verantwortung auseinander, vielfach unterbrochen vom Applaus der Kolleg*innen im Plenum.

„Vor allem auf gesellschaftlicher Ebene muss zur Bekämpfung von Antiziganismus noch viel passieren.“

FILIZ POLAT

Für Romani Rose, den Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, bedeutet die Beratung und Verabschiedung des Antrags am 14. Dezember 2023 einen großen Schritt in der politischen Auseinandersetzung mit der „Zweiten Verfolgung“, die von Beginn an ein zentrales Element der Bürgerrechtsarbeit der Minderheit war: „Wir sehen in dieser Debatte die Chance für den demokratischen Rechtsstaat, die Versäumnisse der historischen Aufarbeitung und Bewusstseinsbildung nach 1945 politisch anzuerkennen und den Willen auszudrücken, dem tief sitzenden Antiziganismus durch Aufklärung entgegenzuwirken.“

Die UKA war 2019 von der Bundesregierung nach langen, intensiven Gesprächen mit dem Zentralrat eingesetzt worden. Über zwei Jahre hinweg untersuchten die beteiligten Wissenschaftler*innen die historischen Formen der Stigmatisierung, Diskriminierung und Verfolgung der Sinti und Roma und deren Auswirkungen in der Gegenwart. Die Kommission erarbeitete einen 800 Seiten umfassenden Bericht, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Antiziganismus unter anderem in den Bereichen Bildungswesen, Wissenschaft, Politik, kommunale Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Soziale Arbeit skizzierte. Im Juli 2021 wurden die Ergebnisse in der Bundespressekonferenz gemeinsam von dem damaligen Innenminister Horst Seehofer und Romani Rose vorgestellt. Auf Grundlage der UKA-Empfehlungen wurde

die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus geschaffen und Rechtsanwalt Dr. Mehmet Daimagüler zum 1. Mai 2022 als erster Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland eingesetzt.

Der Entschließungsantrag der demokratischen Fraktionen griff die Arbeit der UKA nun auf und bat die Bundesregierung ebenso wie die Landesregierungen, aktiv zu werden. Im Antrag hielten die Parlamentarier*innen fest: „Eine starke und vielfältige Gemeinschaft der Sinti und Roma bereichert das Zusammenleben und festigt den Zusammenhalt in unserem Land und Europa.“ Zahlreiche der in der Debatte

und der Beschlussvorlage aufgegriffenen Aspekte zielen auf die gleichberechtigte Teilhabe der Angehörigen der Minderheit in allen Lebensbereichen, so etwa die Förderung der gesellschaftlichen Partizipation der Sinti und Roma und die Stärkung der Selbstorganisationen oder die Verbesserung der Zugänglichkeit von Begabtenförderwerken.

Eine besonders dringliche Forderung für die Holocaust-Überlebenden der Minderheit brachte der Abgeordnete Christoph de Vries in die Debatte ein. Der CDU-Politiker unterstrich mit großer Verve, dass die Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus viel zu lange unzureichend gewesen sei und eine Neuausrichtung daher Priorität habe: „Die Entschädigung der wenigen heute noch lebenden Sinti und Roma, die den nationalsozialistischen Völkermord überlebt haben, muss rasch erfolgen und für die durchweg hochbetagten Betroffenen unbürokratisch gestaltet werden.“ Seit seiner Gründung haben der Zentralrat und seine Mitgliedsverbände Überlebende des Menschheitsverbrechen in Hunderten Gerichtsverfahren unterstützt, begleitet und mit ihnen für die Anerkennung des erlittenen Unrechts gekämpft. Diese klare Formulierung aus der Politik ist auch eine Anerkennung und Würdigung der jahrzehntelangen Arbeit des Zentralrats und ein Bekenntnis zur besonderen Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber den Sinti und Roma. Und das wurde mit unüberhörbarem Beifall auf der Besuchertribüne aufgenommen.

Gleich mehrere Politiker*innen bekannten sich in ihren Beiträgen zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem weiterhin verbreiteten Antiziganismus, etwa die Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik (SPD): „Die Bundesrepublik Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung für den Schutz von Sinti und Roma. Diskriminierung und antiziganistische Ressentiments haben in Deutschland eine jahrhundertelange Tradition.“ Und weiter sagte sie: „Die Bekämpfung von Antiziganismus darf nicht nur punktuell erfolgen; sie muss fester und dauerhafter Bestandteil der gesellschaftlichen und politischen Agenda sein.“

Um diese Verlässlichkeit zu gewährleisten, forderte der Bundestag sowohl die Stärkung bestehender Strukturen durch die dauerhafte finanzielle Absicherung der Position

des Beauftragten gegen Antiziganismus als auch neue Instrumente wie eine ständige Bund-Länder-Kommission Antiziganismus, um eine einheitliche Vorgehensweise im föderalen System sicherzustellen. Für den Zentralrat ist eine solche Kommission ein wichtiger Schritt, um die bisherigen politischen Erfolge wie die gemeinsame Erklärung mit der Kultusministerkonferenz zur Vermittlung der Geschichte und Kultur der Sinti und Roma im Schulunterricht abzusichern und auszubauen.

Vor allem auf der gesellschaftlichen Ebene müsse zur Bekämpfung des Antiziganismus noch viel passieren, so Filiz Polat. Mit der Anerkennung der „Zweiten Verfolgung“ und dem Zeichen des gemeinsamen Willens aller Demokrat*innen im Bundestag sei aber immerhin ein elementares Signal der Bereitschaft zur weiteren Aufarbeitung der deutschen



Historisches Zusammenwirken: Sandra Bubendorfer-Licht (FDP), Antiziganismusbeauftragter Dr. Mehmet Daimagüler, Christoph de Vries (CDU/CSU), Romani Rose (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma), Natalie Pawlik (SPD), Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen), Simona Koß (SPD), Stefan Seidler (SSW) und Oswald Marschall (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, von links).

Geschichte gegeben worden. Die Grünen-Abgeordnete strich heraus: „Der Diskriminierung von Sinti und Roma in nahezu allen Lebensbereichen und einer selbstkritischen umfassenden Aufarbeitung deutscher Politik und unserer Gesellschaft messen wir mit unserem interfraktionellen Antrag endlich die Bedeutung zu, die notwendig ist.“ Dass es dabei um mehr geht als um eine Selbstvergewisserung der gesellschaftlichen Mitte brachte der CSU-Abgeordnete Alexander Hoffmann auf den Punkt: „Die Frage, wie wir mit [Sinti und Roma] umgehen – wie mit allen Minderheiten –, ist immer auch eine Frage des Charakters unseres Landes und eine Frage des Charakters unserer Demokratie.“

Alle Maßnahmen haben das Potenzial, in unterschiedlichen Bereichen die Lebenssituation von Sinti und Roma in Deutschland und Europa positiv zu verändern, so Romani Rose. Ein besonders wichtiges Anliegen seien für den Zentralrat die Hinweise zur Erinnerungsarbeit: „Der Bundestag fordert von unserer Regierung sowohl die Förderung der erstmals stattfindenden Aktionswochen gegen Antiziganismus im Jahr 2024 als auch die Unterstützung der Anerkennung des 2. August als Holocaust-Gedenktag der Sinti und Roma in allen Ländern Europas. Vor dem Hintergrund des 80. Jahrestags der Ermordung der letzten Angehörigen unserer Minderheit im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ist das ein Zeichen, das mir auch persönlich viel bedeutet.“

Romani Rose hob hervor, dass der Bundestag explizit die europäische Ebene in den Blick nahm und dabei sowohl die besonderen Bedürfnisse der Roma in der Ukraine aufgezeigt als auch „die Bedeutung der gleichberechtigten Teilhabe der Minderheit und der Bekämpfung des Antiziganismus im Rahmen der EU-Beitrittsprozesse der Länder im Westlichen Balkan“ unterstrichen wurden. „Hier zeigt sich ganz praktisch, dass es eine Lehre aus unserer Geschichte ist, die apartheidähnlichen Lebensbedingungen der Roma in Osteuropa nicht weiter hinzunehmen“, so der Vorsitzende.

Den Abgeordneten, die am 14. Dezember sprachen, war anzumerken, dass die Situation der Sinti und Roma für sie ein persönlich drängendes Thema ist. Etliche von ihnen fühlen sich der Minderheit seit Jahren verbunden, etwa der CDU-



Große Beteiligung stets erwünscht: Abgeordnete werfen im Bundestag Wahlkarten bei der Abstimmung über einen Entschließungsantrag in die Urne.

Abgeordnete Michael Brand, der Mitglied in der Gesellschaft für bedrohte Völker ist, oder Stefan Seidler, der Vertreter der dänischen Minderheit im Deutschen Bundestag. In seiner Rede blickte Letzterer auch auf die Einflussmöglichkeiten des Beschlusses auf die zukünftige Gestaltung der Bundespolitik: „Als Abgeordneter einer nationalen Minderheit freut es mich besonders, dass dieser Entschließungsantrag so viel Rückenwind bekommen hat. Allerdings ist dies nur der erste Schritt in die richtige Richtung. Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Auch in den kommenden Jahren müssen wir die Forderungen des UKA-Berichts in Erinnerung rufen. Das gilt für die jährlichen Haushaltsverhandlungen und für alle anstehenden Gesetzesvorhaben. Nur so können wir langfristig verpflichtende Maßnahmen sichern.“

Und schließlich fasste die SPD-Abgeordnete Simona Koß, die eine entscheidende Rolle in der Erarbeitung des Antrags hatte, den Konsens unter großem Applaus zusammen: „Erstmals fasst der Deutsche Bundestag heute einen so umfangreichen gemeinsam Beschluss zum Leben von Sinti und Roma in Deutschland.“ Mehr noch: „Das ist ein Meilenstein in der Aufarbeitung und Bekämpfung des Antiziganismus und ein wichtiges Signal an alle Sinti und Roma in Deutschland.“ ■

NEBEN HETZE AUCH EXTREME GEWALT MIT VERLETZTEN

Erster Jahresbericht vorgelegt: MIA dokumentiert bundesweit 621 antiziganistische Vorfälle für 2022

Von Sofia Erto, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei MIA

Körperliche Übergriffe, Bedrohung, Sachbeschädigung, Diskriminierung: Antiziganismus äußert sich ganz unterschiedlich und ist in der deutschen Gesellschaft weitverbreitet. Das belegt der erste Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA), der im September 2023 in der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde. Schließlich konnten für das Jahr 2022 bundesweit insgesamt 621 Vorfälle erfasst werden. Dabei zeigt sich, dass die Betroffenen mit dieser Form des Rassismus insbesondere in alltäglichen Situationen konfrontiert sind. Jede vierte Meldung (exakt 158 Fälle) lässt sich entsprechend zuordnen. Erfasst wurde zudem ein Ereignis von extremer Gewalt, das sich Anfang September 2022 im Saarland ereignet hatte. Dort campen Personen auf einem Privatgelände. Aus einem vorbeifahrenden Fahrzeug wurden sie zunächst antiziganistisch beschimpft und anschließend mit Stahlkugeln beschossen. Dadurch kam es zu mehreren Verletzten.

„Der Bericht von MIA zeigt deutlich die Gefahren des zunehmenden Nationalismus und Rechtsextremismus auf, der auch wieder mit Aggression und Gewalt gegen Sinti und Roma und andere Minderheiten auftritt“, fasste Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, die Ergebnisse zusammen. Und er fügte hinzu: „Die Alltagserfahrungen der gesellschaftlichen Ausgrenzung sind in der Vergangenheit bisher nicht wahrgenommen worden. Der Bericht von MIA zeigt diese Mechanismen und Erscheinungsformen auf, wie sich Antiziganismus bei der Wohnungssuche, am Arbeitsplatz oder in der Schule im täglichen Leben auswirkt.“

Bei der Gesamtauswertung stechen zwei Aspekte hervor: Bei mehr als der Hälfte aller Fälle handelte es sich um Dis-

kriminierungen. Besonders erschreckend ist, dass davon wiederum 50 Prozent durch staatliche Stellen wie Jobcenter, Polizei sowie andere Behörden erfolgt sind. Auffällig ist außerdem die Benachteiligung von geflüchteten Roma aus der Ukraine. Angehörige der Minderheit, die sich in Deutschland vor dem russischen Angriff in Sicherheit bringen wollten, waren bei jedem siebten Vorfall betroffen. Diese Zahl verdeutlicht, wie die Situation von Kriegsflüchtlingen zum Anlass genommen wurde, um antiziganistische Einstellungen auszuleben.

Aufklärungsarbeit intensiviert: Die MIA-Bundesgeschäftsstelle hat 2023 mehrere Maßnahmen zur Sensibilisierung- und zum Empowerment, wie Trainings und Workshops, angeboten.



Roma aus der Ukraine bekamen mitunter weniger Unterstützung bei der Erstversorgung oder in Unterkünften. So verweigerte etwa Sicherheitspersonal in Bahnhöfen den Zugang zu Aufenthaltsräumen. In den Wohnquartieren händigten Mitarbeiter*innen und freiwillige Helfer*innen immer wieder Roma-Familien weniger Sachspenden aus als den anderen Bedürftigen.

Ein weiteres Beispiel: Eine Grundschule hatte zwei sogenannte Vorklassen eingerichtet, in denen geflüchtete Kinder aus der Ukraine auf das deutsche Schulsystem vorbereitet werden. Während die eine Gruppe in einem kleinen Raum direkt an der Schule betreut wurde, war für rund 20 Schüler*innen eine nicht kind- und schulgerechte Wohnung rund



drei Kilometer entfernt zur Verfügung gestellt worden. Diese Mädchen und Jungen gehörten alle der Roma-Minderheit an. Im MIA-Bericht heißt es dazu, das entsprechende Schulamt habe auf Nachfrage zu dieser Segregation – also der räumlichen Aufteilung – den Vorwurf des Antiziganismus zurückgewiesen. Begründet wurde die getrennte Unterbringung damit, dass die meisten Roma-Kinder Analphabeten seien. Sie „können nicht optimal gefördert werden, wenn sie gemeinsam mit anderen Schulkindern unterrichtet werden“. Dieses Vorgehen verdeutlicht nachdrücklich die Benachteiligung von Angehörigen der Minderheit durch Behörden.

Dr. Mehmet Daimagüler, Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, fordert daher: „Die Politik ist aufgerufen, Vorhaben zum Schutz vor Rassismus, Diskriminierung und für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts voranzutreiben. Dazu gehört unter anderem eine strukturelle Unterstützung der Betroffenen von Hasskriminalität durch Rechtshilfefonds und Beratungsnetzwerke.“

Der Jahresbericht zeigt obendrein, wie üblich das Nutzen antiziganistischer Aussagen ist. Dokumentiert ist der Fall aus dem Bordrestaurant eines Fernzuges, bei dem ein Fahrgast sein Portemonnaie auf einem der Tische vergaß. Eine



Großes Interesse: Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus lud zu ihrem ersten Jahreskongress nach Berlin ein und mehr als 150 Gäste aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, Aktivist*innen und Expert*innen kamen.

Schaffnerin habe daraufhin gesagt, hier dürfe man nichts liegen lassen, es seien so viele „Z****“ unterwegs. Ein anderes Ereignis betrifft eine Sinteza, die beim Apotheken- nachtdienst physisch bedroht wurde. Der dortige Mitarbeiter meinte, er habe genug von Leuten ihrer Art. Sie solle verschwinden oder er würde sie die Treppe runterschubsen. Der Nachname (bekannter Sinti-Name in der Region) auf dem ausgestellten Rezept outete die Frau als Angehörige der Minderheit.

Ein ebenfalls beschämender Befund ist die Altersstruktur der Betroffenen. Etwa jeder sechste Vorfall richtete sich nämlich unter anderem gegen junge Menschen: „Durch die Erfahrung von Antiziganismus in der Kindheit und Jugend werden bereits früh gleichberechtigte Teilhabe verwehrt, soziale Unge-

rechtigkeit verstärkt und damit das Risiko von lebenslanger Benachteiligung und immer wiederkehrenden Diskriminierungserfahrungen erhöht“, bewertet MIA dieses Ergebnis.

Im ersten Jahr der Erfassung bundesweiter Vorfälle fehlt es noch an Vergleichsdaten, um Entwicklungen abbilden zu können. Mit den von MIA dokumentierten Zwischenfällen wird auch nur ein kleiner Teil des immensen Dunkelfeldes von antiziganistischen Vorkommnissen erhellt. Dennoch geben die Daten einen ersten Überblick über die Dimensionen des Problems in Deutschland. Ihren Jahresbericht zu antiziganistischen Vorfällen in Deutschland aus dem Jahr 2023 wird die bundesweite Organisation am 17. Juni 2024 in Berlin vorstellen; daraus lassen sich im Vergleich zum Vorjahr sicherlich bereits Tendenzen ableiten.



Darüber hinaus hat MIA zwei neue regionale Meldestellen aufgebaut – in Bayern und Hessen. Die Bedeutung dieser Anlaufstellen in den Bundesländern, die immer auf vorhandenen Strukturen von Selbstorganisationen aufbauen, für die nachhaltige Bekämpfung des Antiziganismus in unserer Gesellschaft ist zu unterstreichen. Denn mit lokalen Beratungsangeboten können Betroffene besser unterstützt und Diskriminierung sowie Ungerechtigkeiten leichter erkannt werden.

Insgesamt konnten seit Anfang des Projekts damit fünf regionale Meldestellen ihre Arbeit aufnehmen: Berlin, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen. Jede Meldestelle ist für die Erfassung im jeweiligen Bundesland zuständig sowie für die Unterstützung der Betroffenen vor Ort. In den übrigen Bundesländern agiert bis zum Aufbau regionaler Strukturen die MIA-Bundesgeschäftsstelle, indem sie mit lokalen Beratungsstellen sowie Selbstorganisationen von Sinti und Roma kooperiert.

Eigenständige Struktur für MIA bundesweit aufgebaut

Auch das Netzwerk von Kooperationspartner*innen wird stetig erweitert. Bis Ende 2023 hat MIA mit 252 Einrichtungen Kontakt aufgenommen. Dazu zählen Antidiskriminierungs- und Opferberatungsstellen sowie staatliche Stellen und weitere Akteur*innen. Diese Partnerschaften sind entscheidend für die Bekämpfung von Vorurteilen gegenüber den Sinti- und Roma-Communitys. Durch die vielseitige Zusammenarbeit kann MIA effektiver auf antiziganistische Vorfälle reagieren und Opfern Unterstützung bieten.

Inzwischen wurde für die bundesweite Melde- und Informationsstelle Antiziganismus eine eigenständige Struktur aufgebaut. Deren Gründung geht auf eine langjährige Forderung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zurück und

Jeden Vorfall von Antiziganismus melden

Bitte melden Sie sich, wenn Sie einen antiziganistischen Vorfall erlebt oder beobachtet haben. Alle Meldungen werden anonymisiert und vertraulich behandelt. Verifizierte Vorfälle werden systematisiert und ausgewertet. Einige davon dokumentieren wir zudem auf unseren Social-Media-Kanälen – selbstverständlich in anonymer Form.

Vorfälle können in jeglicher Sprache sowohl über www.antiziganismus-melden.de als auch per Anruf, WhatsApp und Sprachnachricht unter der Nummer: +49 179 6632954 eingereicht werden.

sie war anfänglich institutionell dort auch angesiedelt. Am 1. September 2023 wurde MIA offiziell in die unabhängige Trägerschaft des Vereins Melde- und Informationsstelle Antiziganismus übergeben. Damit ging die Meldestelle einen entscheidenden Schritt, um ihre Strukturen zu stärken und zusammen mit der Zivilgesellschaft das Ausmaß und die vielschichtigen Erscheinungsformen des Antiziganismus sichtbar zu machen.

Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit von MIA wurde ebenfalls intensiv vorangetrieben: die Aufklärungsarbeit. Die MIA-Bundesgeschäftsstelle führte im Jahr 2023 mehrere Maßnahmen zur Sensibilisierung und zum Empowerment, wie Trainings und Workshops, durch. Diese richteten sich sowohl an zivilgesellschaftliche Organisationen wie Antidiskriminierungs- und Beratungsstellen als auch an Betroffene und staatliche Akteur*innen. Nur durch Sensibilisierung kann das Bewusstsein für Antiziganismus in all seinen Ausprägungen gestärkt werden. Denn Antiziganismus muss genauso wie Antisemitismus bekämpft werden. ■

„ENDLICH SONDERERFASSUNG UND KRIMINALISIERUNG BEENDEN“

Der Zentralratsvorsitzende Romani Rose fordert die Bundesländer auf, die Unrechtsgeschichte der Polizei im NS-Staat und nach 1945 wissenschaftlich aufzuarbeiten

Von Aert van Riel, Politischer Referent

Am 2. August 2023 richtete Romani Rose einen Appell an alle Innenminister*innen und Innensenator*innen der deutschen Bundesländer. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma forderte am Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, „die Unrechtsgeschichte der Polizei im NS-Staat und nach 1945 wissenschaftlich aufzuarbeiten und damit die rassistische und antiziganistische Sondererfassung und Kriminalisierung von Sinti und Roma durch die Polizei auf Grundlage der Abstammung endlich zu beenden.“

Als Vorbild nannte Romani Rose bei der Veranstaltung am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma das Bundeskriminalamt, mit dem der Zentralrat im Januar 2023 eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet hatte. Die deutsche Polizei spielte eine zentrale Rolle bei der Erfassung, Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma. Noch heute werden Menschen aus der Minderheit in Datenbanken der Ermittlungsbehörden gesondert gespeichert und stereotypisierend behandelt. Darauf bezog sich der Zentralratsvorsitzende in seiner Rede in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.

Aktueller Anlass für seine Forderung war das „Lagebild zur Clankriminalität 2022 in Niedersachsen“, das am 26. Juni 2023 von der Ministerin für Inneres und Sport Daniela Behrens und der Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann vorgestellt wurde. Darin heißt es vonseiten der Strafverfolger*innen, dass eine Reihe von Eigentumsdelikten von

einer „Großfamilie aus der Ethnie der Roma“ begangen worden sei. Nach Ansicht des Zentralrats müssen Straftaten selbstverständlich verfolgt und bestraft werden – ohne Ansehen der Person. Allerdings wehrt sich der Zentralrat dagegen, dass in dem niedersächsischen „Lagebild“ Straftaten, die Angehörigen der Minderheit zugeordnet werden, zusätzlich mit dem Hinweis auf ihre Abstammung und neuerdings mit dem Vermerk „Clankriminalität“ versehen werden.

Fassungslosigkeit zum Ausdruck gebracht

Romani Rose bewertet dieses Vorgehen „als eine ungebrochene Praxis der tief eingewurzelten rassistischen Sondererfassung durch Polizei- und Ermittlungsbehörden gegenüber der Minderheit, die ganze Familien in den Blick einer polizeilichen Prävention und Strafverfolgung nimmt“.

Auch nach dem Holocaust an Sinti und Roma wurde diese grundgesetzwidrige Sondererfassung in der Bundesrepublik Deutschland mit Begriffen wie „Häufig wechselnder Aufenthaltsort“ (HWAO), „Mobile ethnische Minderheit“ (MEM) oder „Landfahrer“ als Synonyme für Sinti und Roma fortgesetzt.

Bereits im Juli 2023 wandte sich Romani Rose deshalb an die Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), die Berliner Innensenatorin Iris Spranger. In seinem Schreiben brachte er seine Fassungslosigkeit darüber zum Ausdruck, dass mit der willkürlichen polizeilichen Zuordnung wie „Roma-Clankriminalität“ wieder eine präventive und systematische Erfassung der gesamten Minderheit ge-



„Straftaten ohne Ansehen der Person verfolgen“: Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma übt scharfe Kritik an der Methode der statistischen Erfassung der Clan-Kriminalität in Niedersachsen.

rechtfertigt und fortgesetzt werde. Außerdem forderte der Vorsitzende des Zentralrates die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens dazu auf, mit ihm ein Gespräch über dieses Thema zu führen.

Der Fall erinnert an die Berliner Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) von 2017. Darin war zu lesen, dass Trickdiebstähle in Wohnungen „überwiegend“ von „Angehörigen der Volksgruppe der Sinti und Roma“ begangen würden. Der Berliner Innensenator Andreas Geisel verweigerte zunächst ein persönliches Treffen, musste dann aber aufgrund des Drucks des Zentralrates einlenken. Im Januar 2020 traf er

sich schließlich doch mit Romani Rose zu einer ausführlichen Unterredung.

Seit der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 wird eine gesonderte Benennung von Angehörigen der Minderheit nicht mehr vorgenommen. Außerdem sicherte Innensenator Andreas Geisel zu, dass die Online-Version der PKS 2017 entsprechend geändert werde. Die rechtswidrige Erfassung und Stigmatisierung von Sinti und Roma durch die Berliner Polizei wurde darüber hinaus von der damaligen Berliner Datenschutzbeauftragten Maja Smoltczyk geprüft und soll endgültig beendet werden. ■

„UMBRUCH IM UMGANG DER POLIZEI MIT UNSERER MINDERHEIT“

Bundeskriminalamt und Zentralrat unterzeichnen Kooperationsvereinbarung gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma in Deutschland

Von Aert van Riel, Politischer Referent



Gemeinsame Sache: Romani Rose (links) und Holger Münch unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung, die durchaus als historisch gelten kann.

Der 27. Januar 2023 war für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ein historischer Tag. Nach den Worten des Vorsitzenden Romani Rose markiert dieses Datum nämlich „einen Umbruch im Umgang der Polizeibehörden mit unserer Minderheit nach 1945“. Denn am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust und dem

78. Jahrestag der Befreiung des NS-Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau unterzeichneten Romani Rose und der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA) Holger Münch die Vereinbarung „Gemeinsam gegen Antiziganismus – Erklärung des Bundeskriminalamts und des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zur künftigen

Zusammenarbeit“. Grundlage dafür ist die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die das BKA nun anerkannt hat. Diese ist ein wichtiges Werkzeug, um die spezielle Form des Rassismus, der sich gegen Sinti und Roma richtet, zu identifizieren und ihr entschieden entgegenzutreten. Nach der Unterzeichnung bei einer Feierstunde in Berlin dankte Romani Rose „dem BKA und allen am Zustandekommen dieser Kooperationsvereinbarung beteiligten Personen“.

Neben Rose und Münch nahmen auch Innenministerin Nancy Faeser, der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, Dr. Mehmet Daimagüler, der Sonderbeauftragte im Auswärtigen Amt für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Antisemitismusfragen, Holocaust-Erinnerung und Internationale Angelegenheiten der Sinti und Roma, Dr. Robert Klinke, sowie der ehemalige BKA-Präsident Jörg Ziercke an der Veranstaltung teil.

Sinti und Roma werden regelmäßig zu Unrecht kriminalisiert

Nancy Faeser sagte: „Die deutschen Polizeibehörden registrieren jedes Jahr mehr als 100 antiziganistische Straftaten. Leider müssen wir davon ausgehen, dass es ein erhebliches Dunkelfeld gibt. Wir müssen alles daransetzen, diese Straftaten ebenso wie auch Angriffe unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu verhindern.“

Mehmet Daimagüler betonte: „Die Annahme der IHRA-Arbeitsdefinition durch das BKA ist ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Auch der Gesetzgeber ist gefordert. Sinti und Roma werden regelmäßig zu Unrecht kriminalisiert und ebenso regelmäßig als Opfer von Hasskriminalität übersehen.“ Daimagüler plädierte dafür, dass der Gesetzgeber bei den Kriterien für die Strafzumessung neben Antisemitismus auch Antiziganismus explizit im Strafgesetzbuch benennen sollte.

Ein wichtiger Aspekt in der gemeinsamen Erklärung von Zentralrat und BKA ist das Bekenntnis, die Sondererfassung von Sinti und Roma zu beenden. Die deutsche Polizei hat über 250 Jahre hinweg eine zentrale Rolle bei der Erfassung und Verfolgung der Minderheit gespielt und

die NS-Vernichtungspolitik maßgeblich organisiert. In der Erklärung heißt es ausdrücklich, dass die „Staatsbürgerschaft eines jeden Bürgers nicht dadurch in Frage gestellt werden darf, dass die Abstammung zum Kriterium der polizeilichen Arbeit gemacht wird“.

Die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma hatte sich jahrzehntelang dagegen gewehrt, dass bei der deutschen Polizei die Erfassung aufgrund einer zugesprochenen abstammungsbedingten Kriminalität nach 1945 fortgesetzt wurde. Diese Registrierung erfolgte unter verschiedenen Pseudonymen wie „Häufig wechselnder Aufenthaltsort“ (HWAO) und „Zigeunername“ (ZN). Somit wurde Kriminalität zu einem Merkmal der gesamten Minderheit gemacht. Es gab nur ein Bild der Sinti und Roma in der Gesellschaft. Und das war nach den Worten von Romani Rose „ein heimliches, kriminalisierendes“.

Genau das war auch ein Grund dafür, dass eine Gruppe deutscher Sinti und Roma, darunter Romani Rose, im Januar 1983 vor dem Sitz des BKA in Wiesbaden demonstrierte. Es folgten ein Gespräch mit einem Vertreter des damaligen Präsidenten Heinrich Boge sowie ein Austausch von Argumenten per Brief.

Im Jahr 2011 lud Jörg Ziercke, zu diesem Zeitpunkt Präsident des BKA, den Zentralratsvorsitzenden Romani Rose zur Kolloquienreihe zur Aufarbeitung der Geschichte des Bundeskriminalamtes ein. Dabei ging es auch um „den Umgang des BKA mit Minderheiten unter besonderer Berücksichtigung der Minderheit der Sinti und Roma“.

Rückblickend sagt Romani Rose, dass er nach dem Kolloquium das Gefühl hatte, dies sei ein echter Neuanfang gewesen. Diese positive Entwicklung soll nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung von Zentralrat und BKA nun fortgesetzt werden.

Ein wichtiger Baustein dafür ist die Verstetigung der Zusammenarbeit mit der Hochschule des Bundeskriminalamtes. Im Rahmen der Ausbildung nehmen alle Studierenden vor ihrem Länderpraktikum an einer ganztägigen Veranstaltung zum Thema Antiziganismus teil. ■

„AN VIELEN STELLEN SCHULD AUF SICH GELADEN“

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht Erklärung zur Zusammenarbeit mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma



Besuch im Dokuzentrum: Die damalige Ratsvorsitzende, Präses Annette Kurschus, hat 2022 die Dauerausstellung in Heidelberg besucht und sich mit Romani Rose ausgetauscht.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma vereinbart, den Antiziganismus zu bekämpfen sowie künftig enger zusammenzuarbeiten. „Gemeinsam mit Sinti und Roma wollen wir der Diskriminierung im Alltag von Kirche und Gesellschaft entgegenwirken“, betonte die damalige Ratsvorsitzende, Präses Annette Kurschus. Gleichzeitig nahm der Rat der

EKD am 29. Januar 2023 die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA) an.

Die Abwertung und Ausgrenzung von Angehörigen der Sinti und Roma habe eine lange Geschichte, so Kurschus. „Die Evangelische Kirche hat an vielen Stellen in der Geschichte Schuld auf sich geladen. Sie war daran beteiligt, Menschen zu verraten und der Verfolgung und Vernichtung auszuliefern.“ Zudem seien auch in der Kirche antiziganistische Stereotypen unreflektiert weitergetragen und Menschen dadurch erneut und fortwährend in ihrer Würde verletzt worden.

Die anlässlich des Internationalen Holocaust Gedenktages veröffentlichte Erklärung der Evangelischen Kirche ist für den Zentralrat historisch: „Die Evangelische Kirche bekennt sich darin erstmalig in dieser offiziellen Form zu ihrer Verantwortung auch für unsere Minderheit. Die EKD setzt damit ein starkes Zeichen, um den tief in unserer Gesellschaft verankerten Antiziganismus zu ächten und um das Bewusstsein in Kirche und Gesellschaft über den Holocaust an unserer Minderheit zu stärken“, sagte Romani Rose.

Die EKD wird sich deshalb mit Projekten im Bildungsbereich gegen antiziganistische Zerrbilder und für eine inklusive Praxis einsetzen. Dazu sucht sie weiter die Kooperation sowohl mit dem Zentralrat als auch mit dem Netzwerk Sinti, Roma, Kirchen. Außerdem versprach die EKD, die institutionelle Partizipation von Sinti und Roma in Politik und Gesellschaft nach Kräften zu unterstützen. ■

„KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG“

Deutsche Bahn kooperiert mit dem Bildungsforum gegen Antiziganismus in Berlin

Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die Diskriminierung von Sinti und Roma verschärft. Zahlreiche Angehörige der Minderheit haben geschildert, dass sie auf der Suche nach Schutz Rassismus ausgesetzt waren. So wurde etwa einer ukrainischen Roma-Familie in der Nacht zum 24. März 2022 der Zugang zur Notunterkunft am Hauptbahnhof Mannheim aus antiziganistischen Gründen verwehrt. Eine Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes der Deutschen Bahn hat – so wurde berichtet – die müden und entkräfteten Menschen mit einem Dobermann eingeschüchtert. Erst auf private Initiative hin wurde den Geflüchteten geholfen. Dass dies offenbar kein Einzelfall war, belegen vergleichbare Vorfälle an den Hauptbahnhöfen in Berlin und Dresden.

Auf Bitten des Zentralratsvorsitzenden Romani Rose machte der Vorstandsvorsitzende Dr. Richard Lutz deutlich: „Für Rassismus und Diskriminierung ist kein Platz in der Deutschen Bahn.“ Aus diesen klaren Worten resultierten verschiedene Maßnahmen gegen Antiziganismus. Die Deutsche Bahn hat die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen. Führungskräfte und das Diversity-Team besuchten Workshops beim Bildungsforum gegen Antiziganismus in Berlin. Und die Ausstellung „Hinterfragen. Sinti & Roma – eine Minderheit zwischen Verfolgung und Selbstbestimmung“ wurde in den Hauptbahnhöfen von Dresden, Nürnberg und Wiesbaden gezeigt.



Großes Interesse: Die Ausstellung „Hinterfragen. Sinti & Roma – eine Minderheit zwischen Verfolgung und Selbstbestimmung“ wurde am 25. September 2023 im Dresdner Hauptbahnhof eröffnet.

In Kooperation mit der ZEIT-Akademie, dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie dem Bildungsforum ist zudem ein Online-Grundlagenkurs über die Geschichte der Sinti und Roma sowie des Antiziganismus entstanden, den alle Auszubildenden des Unternehmens absolvieren werden. Das Bildungsforum hat gemeinsam mit André Raatzsch, Referatsleiter im Dokumentationszentrum, Inhalte erarbeitet, die sensibilisieren sollen – darunter ein Lehrvideo, das in der Dauerausstellung zur Verfolgung der Minderheit zwischen 1933 und 1945 in Heidelberg gedreht worden ist. ■



Ein emotionaler Moment: Rita Prigmore hält das Straßenschild, das von nun an in Würzburg an ihre Mutter Theresia Winterstein erinnert.

SINTEZZA STATT KOMPONIST MIT NS-VERGANGENHEIT

Stadt ehrt Holocaust-Überlebende und Bürgerrechtlerin: Straße nach Theresia Winterstein benannt

Von Alexander Cramer, Politischer Referent

Theresia Winterstein war in ihrer Stadt beinahe ein Star. Schon mit 16 Jahren trat die 1921 geborene SinteZZa am Stadttheater Würzburg als Sängerin und Tänzerin auf – unter anderem in Georges Bizets Oper „Carmen“ und Emmerich Kálmáns Operette „Gräfin Mariza“. Die Nationalsozialisten aber beendeten ihre junge Karriere aus „rassischen Gründen“ alsbald wieder: Theresia Wintersteins Vertrag wurde 1940 nicht verlängert. Wie viele Angehörige der Minderheit war auch sie beruflich

in Deutschland integriert, bevor die NS-Ideologie sie aus der sogenannten „Volksgemeinschaft“ drängte. An ihr Schicksal wird nun in Würzburg dauerhaft erinnert. Denn ihre Heimatstadt hat die beschlossene Umbenennung einer Straße nach der Holocaust-Überlebenden Theresia Winterstein vollzogen.

Die SinteZZa konnte der Deportation in die Gettos und Konzentrationslager im NS-besetzten Polen zwar entkommen,

wurde aber 1941 von der Gestapo dazu gezwungen, ihrer Sterilisierung zuzustimmen. Danach konnte Theresia Winterstein dem Eingriff zunächst entgehen, weil sie – nach Auffassung der Nazis unerlaubt – schwanger wurde. Und nur weil die junge Frau Zwillinge erwartete, blieb ihr auch ein erzwungener Abbruch erspart. Die beiden Mädchen wurden allerdings gleich nach ihrer Geburt von dem Würzburger Psychiater Werner Heyde, einem Schüler Josef Mengeles, pseudowissenschaftlichen Menschenversuchen ausgesetzt. Die kleine Rolanda Winterstein überlebte die Experimente an der Würzburger Universitätsklinik nicht, doch zumindest ihre schwer verletzte Tochter Rita konnte die junge Mutter retten.

Der Kampf um Anerkennung der erlittenen Grausamkeiten zog sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs über Jahrzehnte hin und machte Theresia Winterstein ebenso wie ihre – inzwischen verheiratete – Tochter Rita Prigmore zu entschlossenen Bürgerrechtsaktivistinnen. Theresia Winterstein trat für die Anerkennung der Sinti und Roma als Opfer des nationalsozialistischen Völkermords sowie die Entschädigung für das von Deutschen zugefügte Unrecht ein, sowohl als Expertin in Gerichtsverfahren als auch mit der Gründung eines eigenen Vereins.

Immer für Verständigung und Versöhnung ausgesprochen

Bei der Enthüllung des neuen Straßenschildes würdigte Romani Rose das Engagement der Sintezza: „Sie hat sich unermüdlich für die Anerkennung und Erinnerung an die NS-Verbrechen eingesetzt. Theresia Winterstein war es bei der Aufklärung über die NS-Verbrechen immer wichtig, die Hand auszustrecken an die Nachkriegsgenerationen. Sie sprach sich immer für Verständigung und Versöhnung aus.“ Der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma hob zudem hervor, dass sich die Stadt Würzburg mit der Umbenennung ihrer Geschichte stelle.

Denn die Hermann-Zilcher-Straße trägt seit März 2023 den Namen Theresia-Winterstein-Straße. Damit tilgt die Stadt Würzburg nicht nur die Erinnerung an einen NS-belasteten Komponisten; sie ehrt vielmehr die Lebensleistung einer bekannten Würzburger Persönlichkeit, Künstlerin und Bürgerrechtsaktivistin.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt erklärte bei dem feierlichen Anlass: „Indem wir der NS-Opfer ehrend gedenken, geben wir ihnen die Würde zurück, die ihnen von den Nazis brutal genommen wurde.“

Bereits seit einigen Jahren übernimmt die Stadt Würzburg bewusst die Verantwortung für eine würdige Erinnerung an ihre im Nationalsozialismus verfolgten Bürger*innen. So wurde etwa im Jahr 2008 in Kooperation mit dem Stadtarchiv die umfangreiche Dokumentation „Dieselben Augen, dieselbe Seele. Theresia Winterstein und die Verfolgung einer Würzburger Sinti-Familie im Dritten Reich“ von Roland Flade herausgegeben.

Im Rahmen der Straßenumbenennung organisierte die städtische Gleichstellungsstelle zudem gemeinsam mit dem Zentralrat und dem Würzburger Ombudsrat eine Diskussionsveranstaltung mit Berufschüler*innen, an der auch Rita Prigmore teilnahm. Die Tochter Theresia Wintersteins ist nämlich nicht nur seit Jahrzehnten als Bürgerrechtlerin aktiv, sondern tritt obendrein weltweit als Zeitzeugin auf. Obwohl sie ihr Leben lang körperlich unter den medizinischen Experimenten leidet, die an ihr durchgeführt wurden. Auf bewegende Art und Weise erzählte die Holocaust-Überlebende die Geschichte ihrer Familie und warnte eindringlich vor den aktuellen Gefahren durch Antiziganismus, Rassismus und Diskriminierung.

Anlässlich der vom Zentralrat organisierten Gedenkveranstaltung zum Europäischen Holocaust-Gedenktag der Sinti und Roma im früheren Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau hatte Rita Prigmore auch am 2. August 2020 über die größten Herausforderungen in dieser so polarisierten Zeit gesprochen: „Der Rassismus hat gegen uns, gegen die Roma, Sinti und Juden, von Neuem begonnen. Wir müssen überleben und zusammenhalten gegen jede Art von Rassismus, gegen jede Art von Hass. Es spielt keine Rolle, wo man herkommt, wir sind alle Menschen, und wir sind alle Kinder Gottes. Aber manchmal hilft Gott nicht. Also müssen wir uns selbst helfen und uns gegenseitig beistehen.“ Ihr Motto für die Erinnerung an den Holocaust an Sinti und Roma sei einfach: „Erinnert euch an die Vergangenheit, handelt in der Gegenwart, verändert die Zukunft.“ ■

„VERGESSENE OPFER“ SICHTBAR MACHEN

Gedenk- und Lernort für Sinti und Roma auf dem Stadtfriedhof Bayreuth eingeweiht



Staatssekretär Sandro Kirchner, der Zentralratsvorsitzende Romani Rose, Regionalbischöfin Dorothea Greiner, Dekan Jürgen Hacker, Oberbürgermeister Thomas Ebersberger und der Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes deutscher Sinti und Roma, Erich Schneeberger (links).

Die Ausstrahlung der US-amerikanischen Serie „Holocaust“ gab vor rund 40 Jahren den Anstoß für viele Menschen in der Bundesrepublik, sich endlich auch mit den lokalen Auswirkungen der NS-Geschichte zu beschäftigen. Damit wurden vor allem die Namen und Schicksale zahlreicher jüdischer Männer, Frauen und Kinder dem Vergessen entrissen. Die entrechteten und ermordeten Sinti und Roma aber blieben – wie stets in Politik und Erinnerungskultur – weiterhin „vergesse- ne Opfer“. Geändert hat sich das erst seit einigen Jahren. Insbesondere auf Initiative des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma sind Gedenkort und Mahnmale entstanden, die den Völkermord an der Minderheit nun ebenfalls sichtbar machen.

Auch auf dem Stadtfriedhof in Bayreuth wurde Mitte November 2023 ein Gedenk- und Lernort eingeweiht, für den sich die Sinteza Peni Rose jahrelang mit großem Nachdruck eingesetzt hat. Zu ihrer Bayreuther Familie gehörten Max und Wilhelm Rose, die im Konzentrationslager Dachau ermordet wurden. Ihre angebliche Asche war den Eltern Henriette und Max Rose 1942 und 1943 in Kartons worden; als Todesursache wurde „Versagen von Herz und Kreislauf“ angegeben. Wie die beiden tatsächlich ums Leben gekommen sind, wird wohl niemals mehr geklärt werden. Außer den Brüdern sind noch weitere Angehörige der Minderheit auf dem Stadtfriedhof beige- setzt worden.

Die Erinnerungsstätte am Eingang zu den Gräberfeldern besteht aus drei Tafeln, die über die Geschichte der deutschen Sinti und Roma und die bis heute anhaltende Diskriminierung der Minderheit berichten. Dokumentiert wird außerdem das Schicksal der Familie von Max und Wilhelm Rose. Der Zentralratsvorsitzende Romani Rose eröffnete den Gedenkort gemeinsam mit der Regionalbischöfin des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Bayreuth, Dorothea Greiner, Dekan Jürgen Hacker sowie dem Vorsitzenden des bayerischen Landesverbands der Sinti und Roma, Erich Schneeberger.

Dabei betonte Romani Rose: „Das Schicksal der Familie Rose zeigt auf, wie die Rassenideologie der Nazi-Diktatur ganze Familien auslöschte. Es gibt bei den deutschen Sinti und Roma keine Familie, die nicht vom nationalsozialistischen Holocaust in existenzieller Weise betroffen war. Diese Erfahrung absoluter Rechtlosigkeit hat sich tief in unser kollektives Gedächtnis eingeebrannt und unsere Identität als Minderheit bis heute geprägt.“ ■

GEDENKTAFEL FÜR BÜRGERRECHTLER RANCO BRANTNER

Stadt Ulm würdigt Holocaust-Überlebenden, dem sein Glaube nach der NS-Verfolgung Kraft gegeben hat

Von Alexander Cramer, Politischer Referent

Ranco Brantner erlebte den Rassenhass der Nationalsozialisten am eigenen Leib. Vor dem Transport in ein Vernichtungslager konnte er sich mit seinen Eltern und Geschwistern zwar retten, musste allerdings bis zum Kriegsende schwerste Fronddienste leisten. Zudem wurde er 1944 als 13-Jähriger zwangsweise sterilisiert. Seinem Vater war näm-

lich die Deportation angedroht worden, falls er und seine drei minderjährigen Söhne sich dem Eingriff nicht unterziehen. Insgesamt 22 Angehörigen der Familie Brantner wurden von den NS-Schergen ermordet. In Erinnerung an den Holocaust-Überlebenden hat die Stadt Ulm im April 2023 eine Gedenktafel enthüllt. Ranco Brantner lebte mehr als 25 Jahre



Liebe zur Musik und Vertrauen zu Gott: Ranco Brantner begleitete regelmäßig die Gottesdienste der Wengengemeinde.

in der Stadt an der Donau und hat sich bundesweit für die Erinnerungs- und Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma engagiert.

Zeitlebens hat der Angehörige der Minderheit erheblich unter der erzwungenen Operation gelitten, wie er 1993 in einem Radiobeitrag erklärte: „Für die Sinti-Familien gehören gesunde und viele Kinder zum besonderen Stolz. Ich habe immer nur erlebt, dass Sinti zu ihren Kindern ausgesprochen liebevolle Beziehungen hatten. Wenn sterilisierte Sinti überhaupt eine Chance hatten zu heiraten, gingen die Ehen meist schon nach kurzer Zeit in die Brüche.“

Romani Rose erinnerte bei der Enthüllung der Gedenktafel daran, dass viele Sinti und Roma ähnliche Erfahrungen machen mussten: „Die Lebensgeschichte des Ulmer Sinto Ranco Brantner steht stellvertretend für das Schicksal unserer Minderheit im Nationalsozialismus und die fortgesetzte Diskriminierung, der Sinti und Roma auch nach 1945 in der Bundesrepublik ausgesetzt waren. Gleichzeitig ist sie ein Manifest der Selbstermächtigung und ein Zeugnis für die lebensverändernde Kraft des Glaubens: Durch sein Engagement in der katholischen Kirche und seine Mitarbeit in der Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma fand Ranco Brantner in der zweiten Lebenshälfte einen Weg, seinem durch das Trauma der NS-Verfolgung zerrissenen Leben einen selbstbestimmten Lebensentwurf entgegenzusetzen.“

Taufe mit 35 Jahren ganz bewusst wiederholt

Der 1931 in Chemnitz geborene Ranco Brantner studierte nach dem Krieg zunächst Musik und lebte einige Jahre in Österreich, dem Geburtsland seiner Eltern – „aus Hass auf Deutschland“, wie er es selbst formulierte. Er litt körperlich und seelisch stark unter den Erlebnissen in der NS-Zeit und fand vor allem durch die Musik und seine Verankerung im Glauben langsam zurück ins Leben. 1966 ließ sich der damals 35-Jährige bewusst nochmals taufen.

Nach der Heirat zog er 1973 nach Ulm, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1996 lebte. Beruflich war er bei der Südwestpresse tätig. Mit dem Ortswechsel veränderte sich gleichzeitig der Schwerpunkt in seinem Leben. Neben der

jahrzehntelangen ehrenamtlichen Arbeit in der Wengengemeinde nahm er an allen zentralen Aktionen der Bürgerrechtsbewegung und des späteren Zentralrats Deutscher Sinti und Roma teil. Dazu zählten die Kundgebung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Oktober 1979 sowie der achttägige Hungerstreik auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau ein Jahr später. Beim Hungerstreik sprach der Ulmer auch erstmals öffentlich über seine Zwangssterilisierung. Außerdem nahm er am 1. September 1981 an der Besetzung des Tübinger Uniarchivs teil, in dem Unterlagen der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ aus der NS-Zeit lagerten.

Beim Zentralrat für Kontakt zu Kirchen zuständig

Jahrelang arbeitete er im Zentralrat und war dort für die Kontakte zu den Kirchen, die Sozialarbeit im Raum Ulm sowie die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Dabei trieb ihn nach eigener Aussage auch ein hohes Verantwortungsbewusstsein als Überlebender des Holocaust an den Sinti und Roma: „Ich habe gemerkt, dass ich mich nicht raushalten darf.“

Im Rahmen der feierlichen Enthüllung der Gedenktafel würdigten Romani Rose und der Oberbürgermeister der Stadt Ulm, Gunter Czisch, das Leben und Engagement Ranco Brantners. Auch über die persönliche Wertschätzung hinaus hätten Ehrungen wie in Ulm eine wichtige Bedeutung, so Romani Rose: „Indem wir Menschen wie Ranco Brantner an ihren ehemaligen Wohnorten ehren, verankern wir nicht nur das Gedenken an den Holocaust, sondern vor allem auch die lange und schwierige Auseinandersetzung über die Anerkennung der an unserer Minderheit verübten Verbrechen im lokalen Gedächtnis. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, den Opfern der NS-Verfolgung ihre Identität und ihre Würde zurückzugeben.“

Die Anbringung der Tafel durch die Stadt Ulm erfolgt auf Initiative des Zentralrats sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma. Sie konnte durch das gemeinsame Engagement der Wengengemeinde, des Ulmer Stadtarchivs und des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg, in dem Brantners Nachlass aufbewahrt wird, realisiert werden. ■



VINZENZ ROSE ALS NAMENSGEBER EINER SCHULE?!

Geschichte-AG der Realschule Obrigheim erarbeitet
Ausstellung zu Pionier der Bürgerrechtsbewegung

Von Bernhard Edin, Leiter der Geschichte-AG der Realschule Obrigheim

Auf das Fragezeichen möchten viele Menschen nicht verzichten. Aus unterschiedlichen Gründen. „Für uns aber steht ein Ausrufezeichen“, sagt Leni. Und damit macht die Schülerin gleich zu Beginn der Eröffnung der Ausstellung „Vinzenz Rose – Einer von uns?!“ deutlich, was das Ziel der Geschichte-Arbeitsgemeinschaft (AG) ist. Nämlich ihre Schule nach Vinzenz Rose zu benennen! Nach dem Sinto, der drei Konzentrationslager überlebt hat und zum Pionier der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma geworden ist.

In der Präsentation stellen die Schüler*innen der Realschule Obrigheim die Biographie des Holocaust-Überlebenden auf 14 Stoffbahnen dar. Zu den Gästen der Vernissage im Juni 2023 zählt auch sein Neffe Romani Rose. Und der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zeigt

sich beeindruckt: „Ich finde diese Form der Ausstellung sehr gelungen, diese persönliche Ansprache. Er spricht.“

Denn in Ich-Form tritt Vinzenz Rose als Erzähler seines Lebens auf. So beschreibt er etwa auf dem Banner über das KZ Neckarelz ein einschneidendes Erlebnis: „Ein neuer Kommandant ist da. Hofmann! Ich kann es nicht glauben, es darf nicht wahr sein. Franz Johann Hofmann! Der brutale Lagerführer des ‚Zigeunerlagers‘, als ich in Auschwitz war. Er hat meinen Vater und meine Tochter auf dem Gewissen. Und jetzt kreuzen sich hier unsere Wege.“

Monatelang haben die Schüler*innen der AG an den gezeigten Texten gearbeitet und sich auf die Ausstellungseröffnung vorbereitet. Dazu haben sie sich auf die Spuren Vinzenz Roses begeben, sind nach Auschwitz und Nat-



zweier gereist. Gleichzeitig haben sie aber auch vor Ort recherchiert. Damit können sie auch immer wieder eine Verbindung zum regionalen Geschehen an ihrem Schulort herstellen. Wenn Vinzenz Rose darüber berichtet, wie er mit seiner Familie in Frankenthal „festgesetzt“ wurde, können die Besucher*innen auf der gleichen Fahne lesen, dass der zehnköpfigen Familie Reinhardt auf dem Obrigheimer „Zigeunerplatz“ genau das Gleiche widerfahren ist.

Allerdings haben die jungen Leute bei ihrer Spurensuche auch feststellen müssen, wie viel davon schon längst vergessen worden ist: „Wir haben in Obrigheim eine Umfrage gemacht, wer eigentlich noch den ‚Zigeunerplatz‘ kennt. Es war genau einer“, lautet das ernüchternde Ergebnis. Ein Video, das die Geschichte-AG auf Instagram und TikTok hochgeladen hat, soll diesem Vergessen entgegenwirken. Heute ist der Platz am Ortsausgang überbaut; ein Bauernhof und drei Wohnhäuser stehen dort. Nichts erinnert mehr an das Schicksal der Familie Reinhardt.

Und auf dem Banner über das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau erfährt man, dass sich die Wege der Familien Rose und Reinhardt dort im Frühjahr 1943 gekreuzt haben müssen. Die Reinhardts aber kamen dort alle ums Leben, unter dem „brutalen“ Kommandanten

Franz Johann Hofmann. Für Vinzenz Rose hingegen haben die Nationalsozialisten andere Pläne und transportieren ihn weiter in andere Lager: Von Auschwitz über das KZ Natzweiler, wo er von den Nazis bei medizinischen Experimenten missbraucht wird, nach Neckarelz und Obrigheim. Dort muss er Sklavenarbeit in einem unterirdischen Rüstungsprojekt leisten. Vinzenz Rose wird sich später so daran erinnern: „Schließlich sind wir Ostern 1944 von Natzweiler aus nach Neckarelz bei Obrigheim gekommen [...] und wir mussten in den Stollen Zwangsarbeit leisten. Zum Teil mussten wir dort auch Außenarbeiten leisten, Kähne am Neckar entladen und beladen.“ Im September 1944 gelang ihm von dort mithilfe seines Bruders Oskar die Flucht.

„Die Geschichte, die sich vor Ort zugetragen hat, nicht vergessen“

„Uns ist wichtig, dass die Geschichte, die sich hier vor Ort zugetragen hat, nicht vergessen wird. Viele kennen sie nicht oder wollen sie auch gar nicht kennen“, erklärt ein Schüler der AG seine Motivation zur Mitarbeit. Doch den Jugendlichen geht es nicht nur um lokale Erinnerungskultur. Die 15-jährige Leni drückt in ihrer Einführung bei der Ausstellungseröffnung aus, was alle in der AG beschäftigt hat: „Man muss sich gleichzeitig mit den Vorurteilen unserer Zeit auseinandersetzen. Dafür steht Vinzenz Rose:



Gruppenfoto mit dem Neffen von Vinzenz Rose: Bei der Ausstellungseröffnung zeigte sich Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma (Siebter von links), beeindruckt von dem Engagement der Schüler*innen.

für die Erinnerung. Er steht aber auch für uns, für das, was uns wichtig ist. Für unsere Gegenwart und unsere Zukunft.“

Deshalb haben sich die Schüler*innen auf der letzten Fahne mit ihren eigenen Werten beschäftigt. Auf der Stoffbahn unter einem Porträt von Vinzenz Roses ist zu lesen: „Mensch: Freiheit! Gleichheit! Gerechtigkeit!“ Als KZ-Häftling wollte er frei sein. Als Sinto wollte er gleich behandelt werden wie alle deutschen Bürger*innen. Und als Bürgerrechtler kämpfte er dafür, dass die Angehörigen seiner Minderheit gerecht behandelt werden. Und unter ihre Porträts haben die beteiligten Schüler*innen wiederum selbst Texte formuliert. Unter dem Bild von Berk ist etwa zu lesen: „Mensch: Fairness! Autonomie! Achtung!“. Und in seinem Beitrag während der Vernissage erläutert er: „Vinzenz Rose verliert seine Bürgerrechte und wird aus der sogenannten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgeschlossen, obwohl er deutscher Staatsbürger ist. Die Nazis haben ihm und seiner Familie die Selbständigkeit, ihre Autonomie geraubt. Ich zum Beispiel bin Moslem. Mein Glaube ist mir wichtig, meine Kultur auch. Das gehört zu meiner Identität. Ich gehöre zu diesem Land, bin deutscher Staatsbürger. Niemals mehr soll Politik entscheiden dürfen, wer dazu gehört und wer nicht.“

Die Idee, die Realschule Obrigheim nach Vinzenz Rose zu benennen, trifft indes auf hartnäckigen Widerstand vor Ort, in der Politik, in der Schulgemeinschaft und unter vielen Einwohner*innen der Stadt. Neben dem Beharren auf dem Gewohnten und einer gewissen Veränderungsmüdigkeit spielt wohl auch Unkenntnis über die Minderheit der Sinti und Roma eine Rolle, Klischees und Vorurteile sicherlich auch. Ein Hauptargument der Gegner*innen ist, dass Vinzenz Rose gar nichts mit Obrigheim zu tun habe. Das allerdings haben die Schüler*innen der Geschichte-AG mit ihrer Ausstellung eindrucksvoll widerlegt. Und aus diesem Grund lautet der Titel der Ausstellung: „Vinzenz Rose – Einer von uns?!“ – mit dem Fragezeichen vor dem Ausrufezeichen.

„Es lohnt sich, an seine Ideen zu glauben, nicht aufzugeben, sich auch für die Rechte anderer einzusetzen. Denn alle Menschen sind gleich“, betont eine Schülerin. So steht es auch auf der letzten Ausstellungsfahne. Und dann hinter dem Titel „Einer von uns!“ nur noch ein Ausrufezeichen. ■

Ausstellung mit Vernissage und Buchpublikation



Die Ausstellung „**Vinzenz Rose – Einer von uns?!**“ ist vom 21. Juni bis zum 24. Juli 2024 im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zu sehen. Bei der öffentlichen Vernissage am 20. Juni um 18 Uhr werden Schüler*innen der Geschichte-AG der Realschule Obrigheim in die Präsentation einführen.

Zu der Ausstellung wird es eine Buchpublikation geben, in der die Inhalte der Ausstellung nachzulesen sind. Zudem wird die politische Auseinandersetzung um die Umbenennung der Schule thematisiert. Das genaue Erscheinungsdatum steht noch nicht fest.

📖 **Weitere Informationen:**
www.kz-denk-neckarelz.de/literatur

VON DER PHILOSOPHIE DES MENSCHENSTÄRKENS

Bildungsreise nach Berlin für junge Sinti und Roma zum Thema Empowerment

Von Sevin Begovic, Projektmitarbeiter im Bildungsforum gegen Antiziganismus

Viele fragen sich: Was bedeutet eigentlich Empowerment? Denn der Begriff ist immer wieder zu hören. Was aber meinen die Menschen, wenn sie davon sprechen? Und wer braucht Empowerment? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer viertägigen Bildungsreise, zu der das Bildungsforum gegen Antiziganismus insgesamt 14 junge Sinti und Roma Anfang März 2023 nach Berlin eingeladen

hatte. Die Teilnehmenden kamen aus ganz unterschiedlichen Bereichen, waren Schüler*innen, Studierende oder Absolvent*innen, Auszubildende und Mitarbeitende aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Während der Zusammenkunft sollte ein sicherer Raum geschaffen werden, in dem die jungen Menschen die Möglichkeit hatten, verschiedene Diskriminierungsformen kennenzulernen, sich mit



Spannender Besuch: Im Reichstagsgebäude haben sich die Teilnehmenden mit der Bundestagsabgeordneten Schahina Gambir (vorn, Fünfte von links) getroffen und über Rassismus, Ausgrenzung und Antiziganismus gesprochen.

anderen Angehörigen der Minderheit zu vernetzen und sich eben zu „empowern“. Angeboten wurden Workshops zu den Themen Empowerment, Antisemitismus, Queerness und Antiziganismus sowie ein Besuch im Bundestag.

Zum Auftakt gab Sevin Begovic, Projektmitarbeiter im Bildungsforum gegen Antiziganismus, eine Einführung ins Thema. Dabei erläuterte er, dass Empowerment eine Philosophie des Menschenstärkens sei. Es gehe um die kompetente Konstruktion des Alltags und Eigenregie über das Leben durch Selbstbestimmung: Empowerment wehre sich gegen eine „erlernte Hilflosigkeit durch Diskriminierung“. Der Besuch der Ausstellung „Berlin Global“ stand am zweiten Tag auf dem Programm, gefolgt von einem Austausch im Bildungsforum über politische Partizipation. Ziel war es, sich auf das Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Schahina Gambir von Bündnis 90/-Die Grünen vorzubereiten. So entstanden Fragen über Antiziganismus im Bildungswesen oder die Entschädigung von Holocaust-Überlebenden im europäischen Ausland.

Lesung jüdischer Autoren und Besuch im Bundestag

Am Nachmittag lasen die jüdischen Autoren Ruben Gerczikow und Monty Ott aus ihrem 2023 erschienen Buch: „Wir lassen uns nicht unterkriegen. Junge jüdische Politik in Deutschland“. Darin haben die beiden ein Kaleidoskop jüdischer Identitäten zusammengestellt, das im Widerspruch zu der erinnerungskulturellen Festschreibung von Jüdinnen und Juden als passive Opfer steht. Sie lassen junge jüdische Menschen zu Wort kommen, bieten ihnen ein Forum, auf dem sie von ihrem vielfältigen politischen Engagement und ihren Kämpfen berichten. Im Dialog mit den Teilnehmenden der Bildungsreise wurden im Anschluss an die Lesung von Textstellen Bezüge zum Antiziganismus diskutiert.

Zum Besuch des Bundestages brachen die jungen Sinti und Roma am dritten Tag des Zusammentreffens auf. Dort wurden sie von Schahina Gambir begrüßt. Die 32-Jährige wurde in Kabul geboren und wuchs in Lindhorst im Landkreis Schaumburg auf. Nach dem Abitur studierte sie zunächst Politik- und Wirtschaftswissenschaften und erlangte damit den Bachelor. Anschließend absolvierte sie ein Masterstudium in Gender Studies. Parallel dazu arbeitete sie

als Leiterin des Wahlkreisbüros des Landtagsabgeordneten Matthi Bolte-Richter, berichtete sie den Besucher*innen. Im Jahr 2015 trat sie den Grünen bei und sitzt seit 2021 im Bundestag. Die Politikerin fragte nach, ob die jungen Sinti und Roma den Begriff Antiziganismus befürworten oder ob es dazu Alternativen gebe. Für die gesamte Gruppe war klar – und das war ein empowernder Moment –, dass es definitiv die passende Beschreibung dieser Form der Diskriminierung sei, dass damit der projektive Charakter dieses spezifischen Rassismus fokussiert werde.

Nach diesem politischen Dialog gab es im Bildungsforum einen dreistündigen Workshop mit Dr. Markus End von der TU Berlin. Er erklärte die Sinnstruktur des Antiziganismus, indem er zunächst den sogenannten Dreischritt der Essentialisierung (Othering) erklärte, nämlich Homogenisierung von Gruppen, Zuschreibung von Eigenschaften und anschließend die Bewertung dieser Eigenschaften. Mit den grundlegenden Vorurteilen, die innerhalb des antiziganistischen Denkens manifestiert sind, gab er einen Einblick in die Tiefenstruktur des Antiziganismus. Abends wurde vom Studierendenverband der Sinti und Roma in Deutschland über das Projekt der Bildungsbotschafter*innen gegen Antiziganismus an deutschen Hochschulen informiert. In den darauffolgenden Gesprächen stellten die Teilnehmenden fest, dass sie nicht allein mit manchen Problemen sind und andere ähnliche Erfahrungen gemacht haben – ebenfalls ein empowernder Moment für die Gruppe.

Den Abschluss der Bildungsreise markierte ein Workshop mit Dr. Aki Krishnamurthy von der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Ziel war es, mehr Klarheit darüber zu bekommen, was Menschen empowert, also Kraft gegen Diskriminierung gibt. Auf einfache Weise machte sie mit Denk- und Bewegungsübungen alltägliche Sichtweisen klar, mit denen man sonst eher unbewusst durch die Gegend läuft. Aki Krishnamurthy schulte die Teilnehmenden in Selbst- und Fremdrelexion.

Und was nun ist Empowerment? Ein Synonym für die Selbstgestaltungskräfte zur produktiven Veränderung belastender Lebensumstände. Es bedeutet, die Fähigkeit der Selbstbestimmung zu stärken, und es ist die Unterstützung für Lebenszukünfte in sozialer Teilhabe und Autonomie. ■

ROMA SIND SEIT 30 JAHREN EINE ANERKANNTE VOLKSGRUPPE

Romani Rose hält Rede im österreichischen Parlament in Wien und würdigt „bedeutenden Meilenstein auf dem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe“

Über "Die Verantwortung des demokratischen Rechtsstaats für die Ächtung von Antiziganismus vor dem Hintergrund der Geschichte des Holocaust an Sinti und Roma" sprach Romani Rose aus Anlass des Internationalen Roma-Tages im österreichischen Parlament in Wien. Dabei gab der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma am 17. Mai 2023 einen geschichtlichen Überblick zu Entwicklung und Hintergrund des Antiziganismus.

Gerade die Auseinandersetzung mit Stereotypen und Vorurteilen in der Bekämpfung von Antiziganismus sei ein wichtiger Beitrag dazu, das kollektive Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft zu hinterfragen. Denn dieses sei noch immer maßgeblich geprägt von den rassistischen Bildern der NS-Zeit.

Doch die Geschichte sowohl der deutschen Sinti als auch der österreichischen Roma zeichne ein gänzlich anderes Bild, so Romani Rose. „Seit über 600 Jahren ist unsere Minderheit in Deutschland, in Österreich und in vielen anderen europäischen Ländern verwurzelt und beheimatet. Die Angehörigen unserer Minderheit waren entgegen den Zerrbildern der NS-Propaganda in das gesellschaftliche Leben integriert. Viele unserer Großväter hatten als Deutsche oder Österreicher im Ersten Weltkrieg in den kaiserlichen Armeen gedient und hohe Auszeichnungen erhalten. Patriotismus und kulturelle Identität sind und waren für Sinti und Roma nie ein Widerspruch. Für meine Großeltern war es zum Beispiel immer selbstverständlich, dass sie beides waren: Sinti und Deutsche – deutsche Sinti.“ Trotz der Loyalität, die Sinti und Roma stets für ihr Vaterland unter Beweis gestellt hatten, wurden Angehörige der Minderheit nach 1933

– ebenso wie Juden – unter rassenbiologischen Kriterien ausgegrenzt, entrechtet und in den NS-Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet.

Die Anerkennung als nationale Minderheit in Österreich vor 30 Jahren, die Beweggrund für die Feierstunde im Wiener Parlament war, stelle einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt des Landes dar. Das historische Erbe des Vielvölkerstaates bedürfe der Pluralität an Kultur, Sprache und Traditionen. Diesem wertvollen Erbe nach dem moralischen Verfall und Wiederaufbau eines nationalsozialistischen Österreichs nicht gerecht zu werden, wäre eine fatale Verfehlung der Politik und des gesellschaftlichen Lebens.

Ein bedeutender Meilenstein

Heute leben in der Alpenrepublik sechs anerkannte autochthone Volksgruppen: die burgenländischen Kroaten, die Kärntner Slowenen, die Ungarn, die Tschechen und Slowaken sowie die Roma. Und doch dauerte es 17 Jahre, bis die Roma nach der Verlautbarung des Volksgruppengesetzes den anderen Minderheiten gleichgestellt wurden. Die Anerkennung der Roma als nationale Volksgruppe im Dezember 1993 sei „ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe der Minderheit in Österreich“ gewesen, betonte Rose.

Mittlerweile fand am 12. Dezember 2023 erstmals ein Tag der Volksgruppen direkt im Parlament statt, an dem die sechs nationalen Minderheiten teilnahmen und in persönlichen Gesprächen auf ihre Anliegen aufmerksam machen konnten.



Feierliche Zusammenkunft: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Emmerich Gärtner-Horvath (Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma), Romani Rose (Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma), Mirjam Karoly (Diskussionsleitung), Jiří Štíler (Botschafter der Tschechischen Republik), Andor Nagy (Botschafter von Ungarn), Peter Mišík (Botschafter der Slowakischen Republik) und Bundesrat Günter Kovacs (von links).

Den politischen und gesellschaftlichen Stellenwert der Minderheit in Österreich unterstrich Romani Rose mit Nachdruck: „Heute hat Österreich mit dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, der Sprachencharta des Europarats sowie dem Strategischen EU-Rahmen zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma ein Netzwerk zur gleichberechtigten Teilhabe der Minderheit etabliert. Die Annahme der Arbeitsdefinition von Antiziganismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) durch den österreichischen Ministerrat war ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen Antiziganismus.“

Der Vorsitzende des Zentralrates wies allerdings gleichzeitig darauf hin, dass es noch immer kein nationales Holocaust-Denkmal gebe, das ein Gedenken an die ermordeten Roma in Europa endlich auch in der österreichischen Erinnerungskultur verankern würde. Keiner der Erfolge wäre indes ohne den unermüdlichen Einsatz der Bürgerrechtsbewegung

möglich gewesen. Der Kulturverein der Roma unter der jahrelangen Leitung ihres Obmannes Prof. Rudolf Sarközi habe seit der ersten Stunde für Gleichheit, Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit gekämpft. Eines der größten Vermächtnisse des 2016 verstorbenen Sarközi sei der 1995 eingerichtete Bildungsfonds für die Volksgruppe der Roma im Jahr 1995.

Und Romani Rose betonte: „In Zeiten von zunehmenden politischen wie gesellschaftlichen Spannungen und erschreckenden demokratiefeindlichen Tendenzen braucht es mahnende Stimmen wie die von Rudolf Sarközi, die für die Wahrung der Demokratie und die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates eintreten. Nur dadurch ist ein Weg, allem voran für viele osteuropäische Roma, die heute noch unter menschenunwürdigen Lebensumständen am Rande der Gesellschaft leben, in eine stabile und gleichberechtigte Zukunft möglich.“ ■

„NOCH IMMER VON TRAUMATISCHEN ERFAHRUNGEN ERHOLEN“

Ausstellung über den Holocaust an den Sinti und Roma unterwegs in Südosteuropa

Das Interview führte Rebecca Fisch, Projektmitarbeiterin



Eindruckliche Präsentation: Dank der Zusammenarbeit mit dem Heidelberger Dokumentationszentrum konnten die Roma-Organisationen in mehreren Staaten Südosteuropas auf ihre Arbeit aufmerksam machen.

Von Heidelberg nach Serbien und Nordmazedonien, in den Kosovo, nach Albanien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina: Von Januar bis Dezember 2023 war die englischsprachige Wanderausstellung „Rassendiagnose Zigeuner‘ – Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung“ des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma im Westbalkan unterwegs. Sie zeigt die Ge-

schichte der Ausgrenzung und Entrechtung der Minderheit bis hin zur systematischen Vernichtung in Deutschland und Europa sowie die Geschichte Überlebender und den Einsatz der Bürgerrechtsbewegung für die Aufarbeitung und Anerkennung des Völkermords. Elvis Beriša organisierte die Präsentation in Montenegro, Denis Avdi im Kosovo; beide erzählen im Interview von ihrer Arbeit und ihren Erfahrungen.

Elvis Beriša ist Geschäftsführer von „Walk with us – Phiren Amenca“ („Geht mit uns“). Die Organisation konzentriert sich auf das Empowerment der Roma-Jugend, aber auch auf die politische Interessensvertretung für die Belange der Roma-Community im Allgemeinen.

Denis Avdi studiert Internationale Beziehungen und Diplomatie und arbeitet für „Voice of Roma, Ashkali and Egyptians“ („Stimme der Roma, Ashkali und Ägypter“ – VoRAE). Die Nichtregierungsorganisation (NGO) ist in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Interessenvertretung aktiv.

Wie wird in Ihren Ländern an den Völkermord an den Roma erinnert?

Beriša: In Montenegro gibt es keine einzige Gedenkstätte an den Holocaust an den Roma, auch kein Denkmal, gar nichts. Im Jahr 2020 organisierte die Regierung auf unsere Initiative hin am 2. August zum ersten Mal überhaupt eine Veranstaltung, um an die Ermordung der letzten 4300 Angehörigen der Minderheit im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zu erinnern. Die Wanderausstellung des Dokumentationszentrums war nun die erste öffentliche Darstellung dazu. Es gibt also großen Handlungsbedarf: Wir fordern zum einen mehr Forschung und zum anderen endlich eine Aufnahme des Genozids in den Lehrplan. Außerdem haben wir eine Initiative gestartet, um den 2. August auch in Montenegro offiziell als Gedenktag anzuerkennen.

Avdi: Auch für uns als NGO und für die Roma-Community ist es am wichtigsten, dass der 2. August im Kosovo offiziell anerkannt wird. Die Ausstellung hilft uns dabei, das Parlament und die Regierung über den Gedenktag aufzuklären. Schulklassen und Lehrkräfte konnten sich



Empowerment der Roma-Jugend im Blick: Elvis Beriša hat die Organisation der Wanderausstellung in Montenegro übernommen.



Interessenvertreter und Student: Denis Avdi hat sich dafür eingesetzt, dass die Wanderausstellung auch im Kosovo gezeigt wird.

dank der Ausstellung ebenfalls mit dem Holocaust an den Roma auseinandersetzen. Viele wollen sich nun weiter engagieren, denn in Schulbüchern wird das Thema gar nicht oder nur sehr kurz behandelt.

Warum ist das Gedenken an dieses Menschheitsverbrechen für Ihre Arbeit, für die Roma-Community und die Gesellschaft insgesamt von Bedeutung?

Avdi: Eine Sache, die man vergisst, kann wieder passieren. Wir wollen daher durch unsere Arbeit sicherstellen, dass der Völkermord nicht vergessen wird und sich solche Grausamkeiten nie wiederholen.

Kampf der Roma um Anerkennung



Wie in allen Ländern des westlichen Balkans kämpfen Roma im Kosovo und in Montenegro mit struktureller Diskriminierung, hoher Arbeitslosigkeit und Armut. Während die Roma im Kosovo als anerkannte Minderheit auch politische Repräsentation erreicht haben, fehlt diese in Montenegro völlig. In beiden Ländern engagiert sich vor allem die Zivilgesellschaft gegen Antiziganismus, für mehr Chancengleichheit und für mehr Wissen über die Geschichte der Minderheit. Die Erinnerung an den Holocaust an den Roma ist weder in Schulbüchern präsent noch im öffentlichen Bewusstsein verankert.

In beiden Ländern ist es dringend erforderlich, den Holocaust an den Roma offiziell anzuerkennen und die Erinnerung zu stärken, auch um den andauernden Antiziganismus zu bekämpfen. ■



Beriša: Erinnerung heißt, Geschichte zu verstehen und aus ihr zu lernen. Durch Erinnerung bewahren wir unsere Kultur für die nächsten Generationen und stärken unsere Identität. Indem wir heute die Lebensrealität der Minderheit verbessern, korrigieren wir auch historisches Unrecht. Roma erholen sich noch immer von den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs.

Ihre Organisationen sind Partner in dem Projekt, das die Wanderausstellung des Dokumentationszentrums in mehrere Städte des westlichen Balkans brachte. Warum war die Präsentation in Ihrem Land wichtig und welche Erfahrungen konnten Sie dadurch gewinnen?



Großes Interesse: Auch in Belgrad hat die Wanderausstellung zum Holocaust an den Sinti und Roma Station gemacht und zahlreiche Besucher*innen angezogen.

Was sind ausgehend von diesen Erfahrungen Ihre Pläne für die Zukunft des Gedenkens?

Beriša: Die Ausstellung hat viel Aufmerksamkeit erregt, was uns zugutekommt, wenn wir für die Etablierung des 2. August als Gedenktag in Montenegro werben. Dafür hoffen wir auch weiterhin auf die Unterstützung von Dokumentationszentrum und Zentralrat. Für die Zukunft wünschen wir uns auch, eine eigene Dauerausstellung über den Roma-Holocaust zu erarbeiten und zeigen zu können.

Avdi: Die Ausstellung hat unsere Organisation stark vorangebracht. So arbeiten wir weiter daran, die Gesellschaft im Kosovo über den Holocaust, insbesondere an den Roma, zu informieren. Im nächsten Jahr werden wir in Pristina ein Kulturzentrum eröffnen, in dem auch eine Ausstellung über den Holocaust an der Minderheit gezeigt werden soll. ■

Beriša: Da das Thema in der Gesellschaft nicht als wichtig angesehen wird, müssen wir mehr tun, um es auf die Agenda zu setzen. Das Highlight der Eröffnung war für mich die Performance von Jugendlichen, die umgesetzt haben, was sie bei "Dikh he na bister" über den Völkermord an der Minderheit gelernt haben.

Avdi: Mit der Ausstellung begegnen wir dem Unwissen in der Gesellschaft und klären über Antiziganismus auf. Dafür haben wir breite Unterstützung erhalten, von Medien und auch Vertreter*innen verschiedener Institutionen bis hin zum Premierminister Albin Kurti.

Durchgeführt wurde das Projekt vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in Zusammenarbeit mit Forum Roma Srbije (Serbien), RROMA (Nordmazedonien), Voice of Roma, Ashkali and Egyptians (Kosovo), Roma Active Albania (Albanien), Walk with us – Phiren Amenca (Montenegro) und Association Otaharin (Bosnien und Herzegowina)

Mit finanzieller Unterstützung durch das Auswärtige Amt.

ROMA SIND EIN INTEGRALER BESTANDTEIL DER UKRAINE

Der Zentralrat engagiert sich für die Verbesserung der Situation der Minderheit in dem angegriffenen Land

Von Stephan Müller, Politischer Referent

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch die dort lebenden Roma getroffen. Tausende Familien mussten ihre Heimatorte verlassen und leben nun als Binnenvertriebene vor allem im Westen des Landes. Andere – insbesondere Frauen und Kinder – haben Zuflucht außerhalb der Ukraine gefunden, darunter auch einige zehntausend Personen in Deutschland. Die Europäische Kommission schätzt, dass von den circa 400.000 Roma rund 100.000 ins Ausland geflüchtet sind.

Die Roma in der Ukraine beteiligen sich weiterhin an der Verteidigung ihres Landes. Ein Soldat brachte es anschaulich auf den Punkt: „Die russischen Bomben machen keinen Unterschied; sie töten uns genauso wie unsere ukrainischen Nachbarn. Und wenn nicht ich meine Familie verteidige, wer macht es dann? Und wenn ich nicht mein Land und meine Familie verteidige, kann ich dann von anderen erwarten, dass sie es für mich tun?“

So kämpfen weiter viele Männer in der ukrainischen Armee. Andere unterstützen den Kampf auf unterschiedliche Weise: Frauen nähen für das Militär, Musiker veranstalten Benefizkonzerte, andere sammeln Geld oder helfen Bedürftigen – egal welcher Nationalität.

Doch obwohl ihr Einsatz inzwischen auch von Politik und Gesellschaft gewürdigt wird, darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass es weiterhin Antiziganismus und Ausgrenzung gibt.

Der Zentralrat engagiert sich daher intensiv dafür, den Antiziganismus zu bekämpfen und jetzt die Grundlagen da-

für zu schaffen, dass die Mehrheitsgesellschaft die Roma in Zukunft in einer freien und demokratischen Ukraine als gleichberechtigte Mitbürger*innen anerkennt.

Dies ist aber ein langer Prozess, der zuerst politische Überzeugungsarbeit erfordert – vor allem bei den Verantwortlichen in der Ukraine, aber auch bei der Bundesregierung. Diese politische Unterstützung ist notwendig, um dem Ziel näherzukommen, dass Roma ihre Rechte als Staatsbürger*innen ausüben können und ihre Bedarfe auch erfüllt werden. Zudem müssen Roma als Gesprächspartner*innen akzeptiert werden. Denn sie wissen am besten, was die Angehörigen der Minderheit benötigen. Daher arbeiten wir mit unseren Partner*innen auch daran, dass ihre Bedürfnisse bei humanitärer Hilfe oder bei den Planungen zum Wiederaufbau ebenfalls berücksichtigt werden.

Das ist in Kriegszeiten, in denen überall Mangel herrscht und alles der Verteidigung des Landes untergeordnet wird, kein einfaches Unterfangen. Aber durch Überzeugungsarbeit gegenüber deutschen Vertreter*innen sowie Vertreter*innen der ukrainischen Regierung versuchen wir, mit unseren ukrainischen Partner*innen genau das zu erreichen.

In der Ukraine arbeiten wir mit Selbstorganisationen der Roma zusammen, vor allem mit der Jugendorganisation



ARCA. Seit einem Treffen des Vorsitzenden Romani Rose mit Außenministerin Annalena Baerbock im September 2022, das die Situation der Roma in der Ukraine zum Inhalt hatte, erfährt der Zentralrat große Unterstützung durch das Auswärtige Amt.

So traf sich bereits im Dezember 2022 eine Delegation ukrainischer Roma mit dem Sonderbeauftragten der deutschen Regierung für die Ukraine, Jean Froehly. Im Juni 2023 veranstaltete der Zentralrat in Zusammenarbeit mit ARCA, der ukrainischen Roma-Organisation Chirikli, der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Gesellschaft für bedrohte Völker eine Konferenz mit dem Titel „Roma als integraler Bestandteil der Ukraine“. Finanziell gefördert wurde die Veranstaltung durch das Auswärtige Amt und die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ).

Eröffnet wurde die Konferenz vom Botschafter der Ukraine in Deutschland, Oleksii Makeiev, und dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Tobias Lindner. Neben 15 Roma aus der Ukraine nahmen Vertreter*innen der Bundesregie-

rung, der Europäischen Kommission, des Europarates, der US-Botschaft und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Die gemeinsamen Aktivitäten des Zentralrats und seiner internationalen Partner*innen tragen bereits erste Früchte. So kam es im Anschluss an die Konferenz zu ersten Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft der Roma in der Ukraine und deutschen Organisationen.

Auf politischer Ebene schlagen sich die gemeinsamen Anstrengungen insbesondere im Bericht der Europäischen Kommission zur Ukraine vom November 2023 nieder. Darin wird etwa gefordert, dass Roma in die Wiederaufbaumaßnahmen einbezogen werden und dass der Aktionsplan für die Strategie dem Europäischen Rahmenprogramm für Roma angepasst sowie in Zusammenarbeit mit Roma entwickelt werden muss. Darüber hinaus müssen auch Mittel zu seiner Umsetzung bereitgestellt werden.

Der Zentralrat ist zudem im Austausch mit dem Bundesministerium über die Frage, wie konkrete Projekte Deutschlands mit und für Roma in der Ukraine realisiert werden können.

Das nächste große Ziel ist die internationale Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine, die im Juni 2024 in Berlin von der Bundesregierung und der Regierung der Ukraine organisiert wird. Konkret wollen wir mit unseren Partner*innen erreichen, dass die Situation der Roma in der Ukraine auf dieser Konferenz, an der viele Staats- und Regierungschefs teilnehmen werden, angesprochen wird und dass Roma selbst ihre Forderungen vorbringen können. Dazu sind wir im Dialog mit den zuständigen Abteilungen im Auswärtigen Amt und wir sind zuversichtlich, dass die Roma aus der Ukraine auf dieser hochrangigen Konferenz tatsächlich gehört und in ihrem Kampf um Gleichberechtigung weiterhin Unterstützung erhalten werden. ■

4 | VERANSTALTUNGEN UND KULTURPROGRAMM



STIMMGEWALTIG, BERÜHREND, SPANNEND UND LEHRREICH

Kooperationen mit verschiedenen Heidelberger Partnerorganisationen prägten 2023 das Kulturprogramm

Von Johannes Kaiser, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Vermittlung und Verständigung: Die reiche Kultur und Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland und Europa einem breiten Publikum näherzubringen, zum Austausch zwischen Minderheit und Mehrheitsgesellschaft anzuregen

ist eine Grundaufgabe des Dokumentationszentrums. Gelingen ist das mit einem vielfältigen und abwechslungsreichen Programm – das von Konzerten über Literatur bis hin zu Kunst alles umfasste.



Auf Spurensuche in der Altstadt: Ilona Lagrene (vorne, Mitte) und zahlreiche Gäste beim Stadtrundgang zur Geschichte der Heidelberger Sinti.

Veranstaltungen nach Corona

Stimmgewaltig und bedrückend zugleich präsentierten Mirano Cavaljeti-Richter und Annette Leo die Biographie des 89-Jährigen. Er überlebte als Kind die Flucht seiner Familie vor den Nationalsozialisten über den Balkan und startete nach 1945 eine faszinierende Karriere als Opernsänger. Jahrzehnte später hat er diese Erlebnisse mit der Autorin Annette Leo in „Auf der Flucht über den Balkan. Die Kindheitserlebnisse eines Sinto-Jungen während der NS-Zeit“ veröffentlicht. Nach Passagen aus dem Buch riss Mirano Cavaljeti-Richter mit seinem Gesang das Publikum im vollbesetzten Gewölbekeller von den Plätzen. Die Veranstaltung zum Internationalen Holocaust-Gedenktag bildete damit einen beeindruckenden Auftakt für das Jahresprogramm.

Der rechtsterroristische Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 schockierte die Öffentlichkeit. Der Täter ermordete aus rassistischen und antiziganistischen Motiven neun Menschen sowie seine eigene Mutter. Nur wenige Monate zuvor war ein Anschlag auf die Synagoge in Halle an der massiven hölzernen Eingangstür gescheitert. Trotz Solidaritätsbekundungen müssen die Angehörigen selbst um die vollständige Aufklärung des Verbrechens und des Versagens der Sicherheitsbehörden kämpfen. Zahlreiche sich daraus ergebende Fragen waren Ausgangspunkt für eine Podiumsdiskussion am 25. Februar, die unter dem Titel „Drei Jahre und ein paar Tage“ im Heidelberger Karlstorbahnhof den Blick auf die aktuelle Situation richtete. Das Gedenken an Halle und Hanau wird in Heidelberg von zahlreichen Kooperationspartner*innen getragen, zu denen auch das Dokuzentrum zählt.

Von „Wiedergutmachung“ im eigentlichen Wortsinn kann man wahrlich nicht sprechen, wenn man auf die Entschädigungspraxis in der Bundesrepublik blickt. Das gilt insbesondere für viele überlebende Sinti und Roma, die in den Verfahren mit erneuter Diskriminierung und Verleugnung des erfahrenen Unrechts konfrontiert waren. Der ehemalige Richter Manfred Schmitz-Berg stellte im Rahmen einer Lesung sein Buch „Wieder gut gemacht? Die Geschichte der Wiedergutmachung seit 1945“ vor, in dem er mit juristischem Fachwissen und Empathie für die Überlebenden der NS-Herrschaft ein Resümee der Entschädigungspraxis zieht.

Beschwingter ging es im Karlstorbahnhof weiter. Die drei Jazz-Virtuosen Vali Mayer, Martin Weiss und Holzmann Winterstein begeistern als Ensemble „Gypsy Dynasty Classic“ seit Jahrzehnten mit Vielseitigkeit, Witz und Lebensfreude ihr Publikum, dem sich auch die zahlreichen Besucher*innen nicht entziehen konnten.

Udo Jürgens ist selbst auf TikTok ein Begriff. Weniger bekannt ist dagegen, dass sich sein Bruder, der Künstler Manfred Bockelmann, seit mehr als zehn Jahren dem „Zeichnen gegen das Vergessen“ widmet. Mit großformatigen Kohleskizzen schuf er eindrucksvolle Denkmäler für im Holocaust ermordete Kinder. Ein Dokumentarfilm begibt sich durch die Augen des Künstlers auf eine Reise zu Archiven in die USA und in das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau. Zusammen mit dem Augustinum in Heidelberg konnte das Doku-

mentationzentrum eine seit Langem bestehende Kooperation fortsetzen und den Film im dortigen Theatersaal zeigen.

Weitergeführt wurde die Zusammenarbeit mit „Django – Ein Leben für die Musik“ – wiederum als Kooperation zwischen Augustinum und Dokuzentrum. Im Mittelpunkt des Films steht der weltbekannte Jazz-Musiker Django Reinhardt. Der Plot: Während im besetzten Frankreich vielen Sinti und Roma die Deportation droht, kann sich der Gitarrist zunächst aufgrund seiner Musik in Sicherheit wiegen. Er spielt vor ausverkauften Sälen, und auch die deutschen Besatzer finden Gefallen an seinem Swing. Als er in Deutschland auftreten soll, taucht er mit seiner Familie unter und versucht die Flucht in die Schweiz – mit den Nazis dicht auf den Fersen.

Kooperationen mit vielen verschiedenen Partner*innen aus Heidelberg prägten das Kulturprogramm – gerade, aber nicht nur bei Filmen. Dazu gehörte die Filmreihe gegen Antiziganismus der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und der Universität Heidelberg in Kooperation mit dem Karlstorkino und dem Goethe-Institut Mannheim.

Mehr als nur Blumen: Die Bundesgartenschau 2023 in Mannheim widmete sich neben Gärten und Pflanzen insbeson-

dere dem Thema Nachhaltigkeit; dazu zählten gerade auch gesellschaftliche Themen. Die Fusion aus gesellschaftlicher Verantwortung und nachhaltiger Landwirtschaft repräsentiert par excellence die ehemalige Deutsche Weinkönigin Angelina Kappler. Die Sinteza ist Winzerin und brachte 2022 ihre eigene Weinlinie „NEWO“ (Romanes für „Neues“) heraus. Davor nahm sie ihre Wahl zur Weinkönigin zum Anlass, auf die Situation von Sinti und Roma aufmerksam zu machen. Auf der BUGA23 verband sie dies zusammen mit ihrer Biographie und einer Weinprobe zu einer spannenden und abwechslungsreichen Cuvée. Musikalisch eröffnet wurde die BUGA23 von Torino Reinhardt und seinem Ensemble, die die Besucher*innen am ersten Tag stimmungsvoll auf dem Spinelli-Gelände begrüßten.

Ohne Ilona Lagrene wäre das Gedenken an die Heidelberger Sinti, die 1935 vertrieben und Opfer von Verfolgung und Deportation wurden, nicht denkbar. Fester Bestandteil unseres Programms ist ein Stadtrundgang mit ihr durch die Gassen der Altstadt in Erinnerung an die Heidelberger Sinti, zu denen auch ihre Familie gehörte. Viele wurden im Rahmen der ersten großen Deportation im Mai 1940 in das Generalgouvernement im besetzten Polen verschleppt. Am Rundgang am 16. Mai beteiligten sich über 70 Menschen, die den Erinnerungen der Bürgerrechtlerin an den ehemaligen Wohnorten der Heidelberger Sinti folgten. Leider verstarb Ilona Lagrene am 19. November. Sie hinterlässt eine große Lücke in der Heidelberger Erinnerungskultur.

In „Geisterbahn“ erzählt Ursula Krechel die Geschichte der Sinti-Familie Dorn aus Trier, die der mörderischen Rassenpolitik des NS-Regimes ausgesetzt ist. Als die Familie nach Kriegsende in ihre Heimatstadt zurückkehrt, hat sie nicht nur ihre Existenzgrundlage, sondern auch jedes Vertrauen in Nachbar*innen und Institutionen verloren. Dennoch bleibt Trier für sie Heimat. Inspiriert wurde der Roman vom Schicksal der realen Familie Pfeil. Beim Internationalen Literaturfestival Heidelberg „feeLit“ saß neben Ursula Krechel mit Christian Pfeil ein Überlebender des Gettos Lublin auf der Bühne, der dem voll besetzten Spiegelzelt auf dem Universitätsplatz die Tragödie seiner Familie, wie auch die nahtlose Fortsetzung der Diskriminierung nach 1945 bis hin zur vollständigen Zerstörung seines Restaurants durch Neonazis aufzeigte.



Trotz allem Trier: Christian Pfeil und Ursula Krechel sprechen mit Heidrun Helwig vom Dokuzentrum (Mitte) über das Schicksal einer Sinti-Familie im Nationalsozialismus und nach 1945.



Doppelte Perspektive: Seit Jahrzehnten hilft Bruder Lukas Ruegenberg Roma in der Slowakei. Seine Erfahrungen verarbeitet er künstlerisch.

Die Kritiker verglichen sie mit Greta Garbo oder Marlene Dietrich. Gefeierte wurde sie überschwänglich als „sensatio-nelle Besetzung“, „polyglotter Star“ und „schauspielerisches Naturtalent“. Trotz alledem ist die französische Schauspieler-in Tela Tchaj heute nahezu vergessen. Der Germanist Prof. Klaus-Michael Bogdal hat sich auf Spurensuche begeben und faszinierende Details aus der Lebensgeschichte der Aktrice zusammengetragen, die 1909 als Martha Winterstein im französisch-deutsch-belgischen Grenzgebiet geboren wurde und aus einer Manouche-Familie stammt. Gezeigt wurde in Kooperation mit dem Kino Gloria & Gloriette ihr bekanntester Film „Die Herrin von Atlantis“ am 15. Oktober im Rahmen der Französischen Woche. Im Anschluss berichtete Klaus-Michael Bogdal von seinen Recherchen.

Drei erfolgreiche Ausstellungen

Schon lange engagiert sich Bruder Lukas Ruegenberg für Roma in Habeš. Mehrfach war er in dem slowakischen Dorf, um den dort lebenden Menschen Hilfe zukommen zu lassen. Seine Erfahrungen verarbeitete er zu einer Reihe von beeindruckenden Ölgemälden, die im Rahmen der Ausstellung „Roma in der Slowakei – Perspektiven in Öl“ vom 9. Februar bis zum 19. März gezeigt wurden. Der Maler und Mönch studierte freie Malerei an der Berliner Hochschule für Bildende Künste und trat 1951 in die Abtei Maria Laach ein. Zudem ist er bis heute als Sozialarbeiter aktiv. Am bekanntesten sind seine Bilderbücher, die sich vorwiegend mit den Themen Holocaust und Nationalsozialismus auseinandersetzen.

Deutschland verfügt über eine Vielfalt von Kulturen, Sprachen und regionalen Identitäten. Dennoch sind Geschichte, Rolle und Selbstverständnis der autochthonen – also der einheimischen – nationalen Minderheiten und der Sprechergruppe Niederdeutsch nur wenig bekannt. Von Geschichte(n), Sprachen und Lebenswirklichkeiten der Dän*innen, Sinti und Roma, Sorb*innen, Fries*innen sowie Plattsprecher*innen erzählt die Ausstellung „Was heißt hier Minderheit?“, die unter Mitwirkung des Zentralrats entstanden ist und die vom 12. April bis zum 21. Mai im Dokumentationszentrum als erste Station in Süddeutschland zu sehen war.

Mit der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten im Januar 1933 begann der Terror. Bereits kurze Zeit später wurden frühe Konzentrationslager zu Stätten von Verfolgung aller Menschen, die nicht in das Weltbild der Nazis passten. An elf Stationen beleuchtet die Ausstellung „Aufakt des Terrors“ vom 12. Oktober bis zum 5. Dezember die Rolle und Funktion dieser frühen Lager und zeigt auf, wie diese KZ zur Etablierung und Absicherung der NS-Herrschaft beitrugen.

Zur Ausstellung konnte das Dokumentationszentrum ein umfangreiches Rahmenprogramm anbieten. Neben Führungen der Kuratorinnen waren dies insbesondere Vorträge zur regionalen NS-Geschichte des Rhein-Neckar-Raums: von Häftlingsbiographien bis zu Widerstand und Verfolgung in Heidelberg, Mannheim und Umgebung. ■

TANZENDE BUCHSTABEN AUF BAROCKER FASSADE

Installation „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ der Lichtkünstler Detlef Hartung und Georg Trenz setzt das Heidelberger Rathaus eindrucksvoll in Szene

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Abrupt bleibt die junge Frau stehen. Mitten im strömenden Regen. „Guck mal“, ruft sie überrascht und zeigt auf das Heidelberger Rathaus. Ihr Freund lugt zunächst wenig begeistert unter dem gepunkteten Schirm hervor. Dann aber beobachtet auch er staunend, wie leuchtende Buchstaben auf der barocken Fassade durcheinanderwirbeln. „Krass“, kommentiert er anerkennend. Eine Teilnehmerin der Nachtwächterführung liest wenig später vom Herkulesbrunnen aus laut mit, während sich überdimensionale Wortpaare im Dunklen formieren: „Respekt & Anerkennung“, „Freiheit & Sicherheit“, „Recht & Anspruch“. Und ein älterer Herr baut sogar fix sein mitgebrachtes Stativ zusammen und drückt danach ohne Unterlass auf den Auslöser seiner Kamera. Derweil erläutert er seinem Begleiter mit Kennerblick: „Das ist Kunst.“

Damit liegt der Tourist aus Nordrhein-Westfalen goldrichtig. Denn die imposante Installation mit dem Titel „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ stammt von den international renommierten Lichtkünstlern Detlef Hartung und Georg Trenz. Auf Initiative des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma haben die beiden das Hei-



delberger Rathaus vom 27. bis zum 31. Oktober 2023 mit dieser ungewöhnlichen Aktion in Szene gesetzt. Dadurch sollte zum Nachdenken über den Stellenwert des Grundgesetzes und der Menschenwürde für ein friedliches Zusammenleben in einer Demokratie angeregt werden. Die Zitate waren von Heidelberger Bürger*innen nach einem öffentlichen Aufruf eingeschickt und von einer Jury ausgewählt worden. Gefördert hat das Kooperationsprojekt die Stadt über den Kulturfonds „KulturLabHD“.

Der Ausgangspunkt für die Lichtinstallation liegt indes länger zurück. Erste Überlegungen gab es aus Anlass des 70. Jahrestages der Unterzeichnung des Grundgesetzes nämlich bereits 2019. Schnell waren sich die Verantwortlichen von Dokumentationszentrum und Stadt Heidelberg einig, dass eine „virtuelle künstlerische Intervention“ ein spannendes



Glänzendes Pflaster: Nach dem Dauerregen spiegelt sich die Lichtinstallation, die durch zwei Hochleistungslaserprojektoren in dem Container gestartet wird, auf dem nassen Boden vor dem Heidelberger Rathaus.

Wegen der Ausgangsbeschränkungen konnten jedoch nur wenige Dutzend Zuschauer*innen gleichzeitig das rund 20 Minuten dauernde Spektakel auf der Wiese vor dem Amtssitz des Staatsoberhauptes verfolgen. „Deshalb wurde das live im Internet übertragen.“ Dabei schalteten sich täglich bis zu 75.000 Menschen auf der Website hinzu. Und dazu zählte auch der Mitarbeiter des Dokumentationszentrums, der für die Umsetzung des Heidelberger Projektes verantwortlich war.

„Er hat Kontakt mit mir aufgenommen und vorgeschlagen, dass wir etwas Ähnliches am Rathaus umsetzen könnten“, sagt Detlef Hartung. Und fügt lachend hinzu: „Etwas Ähnliches zu machen, mögen wir eigentlich gar nicht gern.“ Wenngleich es beim Thema Menschenwürde durchaus nahegelegen habe, auf die Berliner Begriffe zurückzugreifen. „Ich bin dann erst einmal nach Heidelberg gefahren und habe mir das Gebäude angeschaut.“ Schnell habe sich dort gezeigt, dass sich die historische Bauweise des Rathauses mit seinen Balkonen und Vorsprüngen deutlich von der dreiflügeligen Anlage des Schlosses Bellevue unterscheidet. „Das erforderte eine ganz andere Herangehensweise und die Entwicklung einer ganz eigenen Lösung.“ Folglich war es doch etwas Neues, für das – wie stets – „extrem aufwendig recherchiert werden musste“.

Rund zwei Monate lang hat sich Detlef Hartung deshalb mit seinem Kollegen Georg Trenz in die Arbeit vertieft und getüftelt. Kennengelernt haben sich die beiden auf der Kunstakademie in München und nun schon seit 1996 bilden sie ein überaus erfolgreiches Gespann, das weltweit mit seinen wunderschönen typografischen Bewegtbildern für Aufsehen sorgt. Spektakulär etwa war die Lichtshow „Dots for Adelaide“ auf dem Parlamentsgebäude in der australischen Metropole im Frühjahr 2015. Dabei tanzten bunte Punkte auf der Fassade durch die Nacht und wechselten sich mit Buchstaben ab, die sich zu Worten gruppierten. Die leicht und spielerisch wirkende Installation aber

Format versprechen würde. Dann aber bereitete Corona den weiteren Gesprächen ein unerwartetes Ende. Gleichzeitig brachte gerade die Pandemie den Planungen Monate später den entscheidenden Durchbruch. Dank Frank-Walter Steinmeier. Denn gemeinsam mit seinen Mitarbeiter*innen hatte der Bundespräsident Detlef Hartung und Georg Trenz mit einer Installation auf den Mauern von Schloss Bellevue beauftragt. Diese sollte unter dem Titel „Lichtblick“ den Menschen in der Bundesrepublik in den schwierigen Monaten des Lockdowns von Berlin aus ein positives Signal senden. Die sechs Botschaften lauteten: „Zuversicht“, „Mut“, „Dialog“, „Respekt“, „Zusammenhalt“ und „Demokratie“. Diese Begriffe begleiteten über 800 Grüße und Wünsche aus der Bevölkerung, die während der Aktion vom 15. bis zum 17. Dezember 2021 online gesammelt wurden, schildert Detlef Hartung im Interview.

hatte einen „hochtraditionellen Hintergrund“. Denn: „Wie bei vielen indigenen Völkern gehört der Punkt auch bei den Ureinwohnern Australiens zum festen Bestandteil ihrer gestalterischen Formensprache“, erläutert der Lichtkünstler. Und diese Punkte transportierten praktisch das gesamte Wissen der Aborigines.

Auf beachtliche Resonanz stieß 2018 auch die Textanimation „Dona nobis pacem“ am Kölner Dom zum Gedenken an das Ende des Ersten Weltkrieges hundert Jahre zuvor. Für den in der Rheinstadt lebenden Detlef Hartung eine ganz besondere Aufgabe. „Ich habe in dieser Zeit eine andere Beziehung zum Dom entwickelt.“ Dieser Bau bestimme die

Durcheinandergewirbelt: Damit sich die Buchstaben scheinbar wie von Geisterhand zu Worten formieren, sind genaue Planung und eine spezielle Software erforderlich.

Stadt schon von Weitem und aus den unterschiedlichsten Sichtachsen sei er immer gegenwärtig. „Der poröse, raue Stein des Doms fängt das Licht und schickt es zurück, als würde er von innen leuchten.“

Ihre Kunst präsentieren „Hartung | Trenz“ indes nicht nur an Außenfassaden. Das verdeutlichte 2023 eindrucksvoll ihre Arbeit „Verloren“ in der protestantischen Kirche Martinikerk im niederländischen Sneek, die sich mit dem Thema Demenz auseinandersetzte. „‘Verloren‘ arbeitet mit dem Buchstabenmaterial von drei Mal verloren. Daraus wurden etwa 200 holländische Worte generiert, die mannigfaltigste Bedeutungen haben.“ Bevor die Heidelberger Aktion tatsächlich realisiert werden konnte, wurde das Projekt im Herbst 2022 allerdings erneut ausgebremst. Grund war diesmal die „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung“. Im Klartext: die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.



Und als Detlef Hartung dann am 27. Oktober 2023 kurz nach Einbruch der Dunkelheit endlich die beiden Hochleistungslaserprojektoren per Fernbedienung in Gang setzen konnte, blieb zu alledem der Dauerregen fünf Abende lang ein treuer Begleiter des Spiels von Licht, Geschwindigkeit und Text. Das sorgte leider auch für eine überschaubare Anzahl von Besucher*innen beim offiziellen Startschuss für die imposante Lichtshow. „Die Installation lebt von der Sichtbarkeit der nächsten Tage“, war Dotschy Reinhardt vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in ihrer Begrüßungsrede überzeugt. „Wir haben heute in Deutschland eine Verfassung, auf die wir stolz sein können, eine der besten Verfassungen der Welt“, betonte sie. Der erste Artikel stelle fest, dass die Würde des Menschen unantastbar sei. „Dieser scheinbar einfache Satz enthält die Quintessenz unseres demokratischen Rechtsstaates.“ Das Grundgesetz brauche aber auch Menschen, die bereit seien, diese Werte im Alltag zu verteidigen. Bürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain hob anschließend die Bedeutung des Ortes der Kunstaktion hervor. Denn das Rathaus symbolisiere die Stadtgesellschaft, und mit der Lichtinstallation zeige Heidelberg klar und deutlich Flagge für die Demokratie und den Rechtsstaat. „Wir leben in einer Zeit der globalen Krisen. Gerade jetzt sollte die Achtung der Menschenwürde uns allen ein Kompass sein, der uns in Richtung eines gesellschaftlichen Miteinanders weist, das den Erschütterungen standhalten kann.“

Und dafür haben sich Einsender*innen der Statements mächtig ins Zeug gelegt. „Menschenwürde ist nur möglich auf Augenhöhe“, lautet einer der Sprüche. „Die Stärke einer Demokratie beweist sich darin, wie würdevoll sie mit den Schwächsten der Gesellschaft umgeht“ ein anderer. „Die Würde eines jeden einzelnen Menschen ist überall auf der Welt unantastbar und nicht verhandelbar“, trifft an dem Abend auch bei den Zuschauer*innen auf dem Marktplatz auf Zustimmung.

Damit das Layout auf der farbigen Fassade bestens zur Geltung kommt, hatte sich das Technikteam, mit dem das Künstlerduo „eigentlich immer zusammenarbeitet, wenn es um Animationen oder um Projektionen auf Gebäuden geht“, ebenfalls nach Heidelberg aufgemacht. Zunächst wurde das



Überdimensionale Wortpaare: Dem Spiel von Licht, Geschwindigkeit und Text liegt stets eine extrem aufwendige Recherche zugrunde.

Rathaus vermessen und anschließend eine 2-D-Vorlage für die Arbeit am Computer entworfen. Schnell zeigte sich dabei jedoch ein leuchtendes Problem: die Laternen rechts und links des Eingangsportals. „Solch ein Licht kann die Projektion natürlich extrem beeinträchtigen“, betont der 65-Jährige. Ein Abschalten sei indes nicht möglich gewesen. Dafür konnte die Vorgabe erfüllt werden, dass das Licht im Gebäude selbst während der laufenden Lightshow ausgeschaltet bleibt. „Das galt auch für das Foyer.“ Im Dunkeln ließ sich so nämlich deutlich sehen, dass sich die Installation in das Gebäude fortgesetzt hat. „Und so hat im Grunde jedes Bauwerk seine Eigenheiten, mit denen wir umgehen müssen.“ Nicht zu vergessen die Bedingungen, die sich nicht kalkulieren lassen – beispielsweise Dauerregen. „Ich fand sehr schön, wie sich das Rathaus auf dem nassen Pflaster gespiegelt hat.“ Dadurch habe die Projektion in den Raum hineingestrahlt und wiederum eine ganz besondere Wirkung entfaltet. Und die werden sicher nicht nur das junge Paar, die Teilnehmerin an der Nachtwächterführung und der Tourist aus Nordrhein-Westfalen noch lange in Erinnerung behalten. ■

📷 Fotos der spektakulären Lichtinstallationen sind unter www.hartung-trenz.de zu finden.

BLUTTAT AN ROMNJA, SPENDENAKTION FÜR SCHÜTZEN

Historiker Hans Woller stellt „Jagdszenen aus Niederthann“ vor und trifft erstmals Sohn der Getöteten

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

An seine Mutter hat Nedelko Slavic keine Erinnerung. Er war erst drei Jahre alt, als sie auf der Treppe im Erdgeschoss eines Bauernhauses verblutete und aus seinem Leben verschwand. Niedergestreckt worden war die dunkelhaarige Frau am Nachmittag des 5. November 1972 im bayerischen Niederthann von zwei Schüssen – in den Rücken. Doch nicht nur die 18-Jährige war sofort tot, sondern auch das ungeborene Kind, das sie unter dem Herzen trug. Schwer verletzt wurde durch zwei weitere Kugeln zudem eine ihrer vier Begleiterinnen. Die anderen konnten unversehrt entkommen. Gefeuert hatte ein in dem kleinen Dorf wohlbekannter Landwirt, den die herbeigeeilten Beamten kurioserweise unter Polizeischutz stellten. Festgenommen wurden indes zunächst die drei geflüchteten Mädchen. Denn sie gehörten zu einer Gruppe Roma, die auf einer nahe gelegenen Raststätte pausiert hatte. Schnell wurde von „Blutrache“ phantasiert und die Einwohner*innen damit verunsichert.

Diesen erschütternden Kriminalfall hat der Historiker Hans Woller in seinem Buch „Jagdszenen aus Niederthann“ rekonstruiert. Mehr noch: Sein „Lehrstück über Rassismus“ – so der Untertitel – ist von erschreckender Aktualität. Denn der langjährige Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München zeigt gleichzeitig auf, wie tief verwurzelt die Ressentiments gegen die Minderheit in der bundesdeutschen Gesellschaft noch immer sind. Die tödlichen Schüsse waren kein Einzelfall und führten letztlich mit zur Gründung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma.

Fast genau 51 Jahre nach dem blutigen Verbrechen treffen am 8. November 2023 Hans Woller und Nedelko Slavic bei einer Lesung im Dokumentations- und Kultur-



Erste persönliches Treffen: Nedelko Slavic (links) konnte dem Historiker Hans Woller entscheidende Details für seine Recherchen zu den tödlichen Schüssen von Niederthann berichten.

zentrum Deutscher Sinti und Roma erstmals persönlich aufeinander.

Nach längerer Suche hatte der Autor den Sohn der getöteten Anka Denisov dank der interkulturellen Kölner Organisation „Rom e.V.“ in den Niederlanden ausfindig gemacht.

„Ohne seine Hilfe hätte ich das Buch in ganz wesentlichen Passagen so nicht schreiben können“, verdeutlicht der Historiker. Aufgrund der Corona-Pandemie blieb der Kontakt aber auf Telefonate und Facebook beschränkt.

Für Nedelko Slavic ist der Besuch in Heidelberg noch aus einem anderen Grund emotional aufwühlend: Der Familienvater hat nämlich zuvor noch nie öffentlich über die dramatischen Folgen des tragischen Verlustes für sein Leben gesprochen, hat noch nie vor fremden Menschen auf die Jahre voller Kummer und Diskriminierung zurückgeblickt. Als ihm die Anfrage des Historikers nach Unterstützung übermittelt wurde, habe er aber keinen Moment gezögert: „Nicht nur ich, sondern auch mein jüngerer Bruder, mein Vater und die ganze Familie wollten, dass endlich alles ans Licht kommt, was mit uns passiert ist.“

Die fünf Romnja zwischen elf und 18 Jahren waren an jenem Sonntag nach Niederthann gekommen, um Lebensmittel aufzutreiben. Geld dafür hatten sie einstecken. Doch wo immer sie klopfen und fragen, wurden sie abgewiesen. Niemand wollte etwas mit ihnen zu tun haben. „Sie fürchten sie, weil sie anders sind.“ Gegen 15 Uhr erreichten sie den unscheinbaren Bauernhof am Ortsrand. „Das Zauntor steht offen, die Haustür ist nicht abgesperrt. Die Bauersleute sitzen im Wohnzimmer, der Fernseher läuft, Kinder reden laut durcheinander“, beschreibt Hans Woller die Szenerie. Was dann genau geschieht, bleibt ungewiss. Fest steht nur: Die fünf jungen Frauen und Mädchen betraten das Haus, passierten das Erdgeschoss und stiegen die Treppe hinauf nach oben. Als sie Geräusche und Schritte hörten, machten sie kehrt und liefen davon. Vorbei an der gellend schreienden Bauersfrau und den kreischenden Kindern. Dann fielen vier Schüsse. Keiner ging daneben.

„Nicht nur ich, sondern die ganze Familie wollte, dass endlich alles ans Licht kommt, was mit uns passiert ist.“ NEDELKO SLAVIC

Das Dorf stellte sich sogleich geschlossen hinter den Bauern, einen unbescholtenen Bürger und CSU-Mitglied. Auch für die politischen Mandatsträger – vom Bürgermeister über den Landrat bis zum bayerischen Landwirtschaftsminister, in dessen Wahlkreis Niederthann lag – und die katholische Kirche gab es keinerlei Zweifel, dass der Schütze nur Hof und Familie gegen „Gesindel“ verteidigen wollte, dass er aus Notwehr abgedrückt hatte.

Die Staatsanwaltschaft München wertete die Fakten anders: Es wurde niemand bedroht und die Mädchen hatten nichts gestohlen. Der Bauer musste sich vor Gericht verantworten. Zumal er von hinten

auf fliehende Frauen geschossen hatte. Wegen vollendeten und versuchten Totschlags wurde der Angeklagte im März 1974 dann auch zu sieben Jahren Haft verurteilt, so der Historiker. Die Entscheidung hatte jedoch keinen Bestand. In der Revision hob der Bundesgerichtshof den Schuldspruch auf und im Februar 1977 – viereinhalb Jahre nach der Blut- tat – kam es zum zweiten Prozess, der mit einer dreijährigen Freiheitsstrafe endete. Diese musste der Täter zur Hälfte absitzen. „Also etwa 500 Tage Gefängnis als Buße für eine Tat, der eine hochschwängere junge Romni zum Opfer fiel und die einer weiteren Romni beinahe das Leben gekostet hätte. Sie musste mehrmals operiert werden und konnte danach keine Kinder mehr bekommen.“

Todesschütze und CSU hadern mit der Strafe

Der Todesschütze haderte mit dieser Strafe und mit ihm haderte die örtliche CSU bis hin zu letztlich drei bayerischen Ministern, die vor und hinter den Kulissen ihren ganzen Einfluss aufgeboten hatten, um ihrem Parteimitglied eine längere Haft zu ersparen, fasst Hans Woller die Ergebnisse seiner Recherchen zusammen. Ein unrühmliches Beispiel für „den bekannten Amigo-Sumpf, der der bayerischen Politik seit Langem ihren besonderen Geschmack verleiht“.

Die Solidarisierung mit dem Bauern war gar so weit gegangen, dass Nachbar*innen und Bekannte unter der Regie der CSU eine Spendenaktion zugunsten des Täters organisierten, die in einem geschmacklosen Spektakel mit buntem Abend, Tombola und Torwandschießen ausartete und viel Geld einbrachte. Damit konnten gleich drei Verteidiger finanziert werden.

„Fast alle hielten beide Entscheidungen für Fehlurteile und ließen ihrem Unmut im Münchener Justizpalast, wo beide Prozesse stattfanden, freien Lauf.“ Selbst die „Forderung nach Vergasung aller Zigeuner ist damals lautgeworden“. Danach erhielten Staatsanwaltschaft, Richter und Schöffen Morddrohungen und mussten eine Flut hässlichster Zuschriften über sich ergehen lassen, nennt der Autor unfassbare Details. „Die heute so berüchtigten Wutbürger existierten schon damals und sie bewiesen – wie aktuell ja wieder – was an Rassenhass und Fremdenhass, an Demokratie- und Staatsverdross und ideologischer Verblendung in unserer Gesellschaft schlummert.“

Niemand interessierte sich für das Schicksal der Opfer

Es habe aber auch andere Stimmen gegeben, die sich über die milde Strafe empörten und CSU sowie Kirche kritisierten, weil sie die Stimmung gegen die Roma hemmungslos schürten. Und während in der Presse unmittelbar nach den blutigen Schüssen ebenfalls Hetze und antiziganistische Klischees weitverbreitet waren, habe sich der Ton der Berichterstattung schließlich geändert. Allerdings seien die Veröffentlichungen über die Prozesse von Journalist*innen vor allem dazu genutzt worden, „die zurückgebliebene Landbevölkerung zu diskreditieren und sich die eigene moralische Überlegenheit zu attestieren“.

Die Opfer seien dabei auf der Strecke geblieben. Niemand habe sich für das Schicksal des jungen Witwers Zeko Slavic interessiert, der nun allein mit dem dreijährigen Nedelko und dem knapp einjährigen Guran war. Recherchen über

Erst das Verbrechen an den Romnja, dann die tödlichen Schüsse auf den Sinto Anton Lehmann: Mit ihrer ersten Demonstration machten Angehörige der Minderheit in Heidelberg auf die Gewalt aufmerksam und erinnerten dabei auch an den Holocaust an Sinti und Roma.



die aktuelle Situation der Sinti und Roma oder die NS-Verfolgung und den Völkermord an der Minderheit wurden auch nicht angestellt. Und so hat auch erst Hans Woller – durch die Überlieferung in der Familie – herausgefunden, dass der Großvater von Anka Denisov in Serbien durch ein SS-Mordkommando ums Leben gekommen ist. Wie die meisten Familien der Sinti und Roma hat auch die Ehefrau von Nedelko Slavic schmerzhaft Verluste in der NS-Zeit verkraften müssen. Deshalb macht der inzwischen 54-Jährige keinen



Hehl daraus, dass er die Deutschen lange Zeit gehasst hat. Nicht zuletzt, weil er als Kind im zweiten Prozess den Mann, der ihm seine Mutter genommen hatte, mit eigenen Augen sehen konnte. Und das Bild des Todesschützen habe sich ihm für immer eingeprägt. Doch seit seiner Hochzeit mit einer Frau aus Frankfurt „habe ich gemerkt: Wegen eines Mannes kann man nicht Millionen hassen“. Mittlerweile lebt auch eine seiner Töchter in der Mainmetropole und er freut sich über vier Enkelkinder.

In der Nähe von Niederthann haben sich sein Vater, die beiden Söhne und die anderen Roma nach der Tragödie nur so lange aufgehalten, bis der Leichnam der jungen Mutter freigegeben wurde. Dann machten sie auf den Weg nach Köln, wo die junge Frau auf dem Westfriedhof ihre letzte Ruhestätte fand. Um die kleinen Jungen kümmerte sich fortan die Mutter von Zeko Slavic. „Ohne meine Großmutter würde ich hier nicht sitzen“, ist der Rom überzeugt.

Hilfe von außen erhielt die Familie nicht. Schon gar nicht irgendeine Entschädigung für das unsagbare Leid. Obwohl sich mit Rolf Bossi einer der damals renommiertesten Strafverteidiger der Bundesrepublik an ihre Seite gestellt hatte. „Das lag an seiner Lebensgeschichte“, weiß Woller. Der Vater des Rechtsanwalts war wegen „einer Nichtigkeit“ im „Dritten Reich“ hingerichtet worden und diese Erfahrung habe offenbar das soziale Engagement bei Rolf Bossi hervorgerufen. Er habe in seiner Karriere immer wieder Menschen vertreten, die wenig Geld hatten. Sinti und Roma zählten dabei von Anfang an zu seiner Klientel. Er habe die Nebenklage übernommen, auch für Entschädigungs- und Rentenansprüche – wenn auch wegen allerlei bürokratischer Spitzfindigkeiten letztlich vergeblich – gekämpft und im Prozess überdies auf die NS-Verfolgung der Minderheit hingewiesen. „Er gab dem Fall eine historische Tiefendimension.“

Auch in Köln war die Familie Slavic indes nicht gern gesehen. Ohnehin in katastrophalen Verhältnissen ohne Toiletten, Strom oder fließendes Wasser untergebracht, tauchten eines Tages plötzlich Tieflader auf. „Von einer Stunde auf die andere wurde die Familie mit der größtmöglichen Brutalität in die Niederlande abgeschoben“, berichtet Hans Woller. Dass in der Rheinmetropole nun überlegt werde, die letzte Ruhestätte von Anka Denisov zu einem Ehrengrab zu machen, wäre daher „eine sehr, sehr schöne Geste“.

Der Todesschütze ist übrigens 2019 verstorben; seine noch lebende Tochter mochte nicht mit Hans Woller sprechen. ■

STARKE EINDRÜCKE VON DER KREATIVITÄT DER SINTI UND ROMA

Dokumentationszentrum und Goethe-Institut Mannheim starten erfolgreich Künstler*innen-Residenz-Programm

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Erste Ausstellung: Mit Arbeiten von Natali Tomenko wurde das Plakat für die erste Präsentation der Werke gestaltet, die während der KüRe#1 entstanden sind.

Erst mit 18 Jahren hat David Weiss erfahren, dass seine Ur-oma wahrscheinlich eine Sinteza war. „Das hat mir damals mein Großvater erzählt.“ Zuvor war darüber in der Familie nicht gesprochen worden. „Aus Scham wurde das verschwiegen“, berichtet der inzwischen 38-Jährige. Für ihn selbst aber habe nach diesem Bekenntnis plötzlich vieles in seinem Leben einen Sinn ergeben. Denn obwohl er als „normaler Junge vom Dorf“ im Vogelsberg aufgewachsen ist, sei er immer wieder gefragt worden, „woher er denn eigentlich komme“, berichtet er Anfang Oktober 2023 beim „Ateliergespräch“ im GIG7-Kompetenzzentrum in Mannheim. Das habe wohl an seinen schwarzen Haaren und der dunkleren Haut gelegen. Gleichzeitig habe er begonnen, sich über die

Kultur und Geschichte der Minderheit zu informieren, schildert David Weiss. Und nun ist der Maler und Druckgraphiker gemeinsam mit der finnischen Autorin Carmen Baltzar Stipendiat der zweiten Auflage des Künstler*innen-Residenz-Programms „Sinti* und Roma* – Kunst im Kontext“, kurz auch „KüRe“ genannt.

Ausgeschrieben wird dieses Angebot seit 2022 vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Kooperation mit dem Zentrum für internationale Kulturelle Bildung am Goethe-Institut Mannheim. Durch die Unterstützung der Stadt Heidelberg, des Amtes für Chancengleichheit und des Vereins Mosaik Deutschland im Rahmen des

Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend soll weltweit die Arbeit zeitgenössischer Kunst- und Kulturschaffender aus der Minderheit gefördert werden. Ziel ist es, einen Perspektivwechsel anzuregen und den Austausch mit der Szene in der Rhein-Neckar-Region zu intensivieren. Vor allem aber soll auf das mangelnde Wissen über das kreative Schaffen der Sinti und Roma aufmerksam gemacht werden.

Erster Roma-Pavillon auf Biennale als Ausgangspunkt

Die Initiative für dieses Residenz-Programm entstand bereits 2007 während der Biennale in Venedig, als dort der erste Roma-Pavillon „Paradise Lost“ eröffnet wurde. Der damals teilnehmende Künstler André Raatzsch hatte nämlich erkannt, dass die vielfältige Kultur und Kunst der Minderheit noch immer unbekannt ist. Inzwischen ist er Referatsleiter im Dokumentationszentrum und hat sich lange für die Realisierung des Projekts eingesetzt, das eine Dauer von zwei bis drei Monaten umfasst. Die eingereichten Konzepte werden von einer namhaft besetzten Jury begutachtet, um die Sieger*innen zu ermitteln. Mit David Weiss und Carmen Baltzar wurden dabei für die zweite Auflage zwei Personen aus ganz unterschiedlichen Bereichen ausgewählt.

Die 33-jährige Finnin habe das Fachgremium durch „die Qualität ihres literarischen Ausdrucks“ überzeugt, heißt es in der Begründung. In ihren Werken greife sie „aktuelle Themen wie Identitätsfragen, Rassismus und Antiziganismus auf“ und hinterfrage „als universal geltende hegemoniale Strukturen“. Der fünf Jahre ältere Deutsche wiederum habe „durch die transdisziplinäre Verbindung von naturwissenschaftlichen und künstlerischen Strategien“ in seinen Arbeiten begeistert. Er untersuche Fragestellungen wie „die Auswirkungen der Landwirtschaft auf den Klimawandel und den Rückgang der Artenvielfalt“. Dafür finde er eine „sehr eigenständige Bild- und Formensprache“.

David Weiss hat auf der Kasseler Kunsthochschule Freie Graphik und visuelle Kommunikation studiert. Dort habe ein Professor eines seiner Werke als „Outsider Art“ bezeichnet. Bis heute wisse er allerdings nicht, was unter „Außenseiterkunst“ zu verstehen sei. Er sehe sich indes auch nicht als „Roma-Künstler“, betont er. „Es gibt keine Roma-Kunst, nur



Oben: Erfolgreiches Team: Initiator André Raatzsch (Mitte) freut sich gemeinsam mit Natali Tomenko und Alfred Ullrich über die gut besuchte Vernissage.

Mitte: Verbindet künstlerische und naturwissenschaftliche Strategien: David Weiss hat sich vom Leben in Madagaskar und Burkina Faso inspirieren lassen.

Unten: Autorin und Dokumentarfilmerin: Die „Qualität ihres literarischen Ausdrucks“ hat die Jury davon überzeugt, die Finnin Carmen Baltzar nach Heidelberg einzuladen.

Kunst von Sinti und Roma.“ Seine Kompositionen bewegen sich zwischen Comic, Illustration, Skulptur und Malerei. Das zeigt sich auch eindrücklich im GIG7- Kompetenzzentrum, in dessen Studio- und Ausstellungsräumen er und Carmen Baltzar nun arbeiten sowie Workshops anbieten. Dort sind Darstellungen von Tigern, Wolfs- und Widderköpfe zu sehen.

Nach seinem Kunststudium hat der Hesse ebenfalls in Kassel ökologische Landwirtschaft studiert und schreibt inzwischen an der Uni Göttingen an seiner Dissertation. Für seine visuellen Überlegungen zu nachhaltiger Weide- und Waldwirtschaft in der Mongolei wurde David Weiss ein Stipendium des Deutschen Instituts für Tropische und Subtropische Landwirtschaft verliehen. Als Illustrator hat er aber auch schon in Madagaskar und Burkina Faso gelebt. Und Ausstellungen von ihm gab es bereits in Paris, Berlin, Granada und Prag. Im November 2024 wird er seine während KüRe#2 abgeschlossenen Werke im Heidelberger Dokumentationszentrum präsentieren.

Carmen Baltzar wiederum wurde in einem kleinen finnischen Ort an der Grenze zu Russland geboren und lebt seit Längerem in der Nähe von Lissabon. Schon in ihrer Kindheit habe sie Geschichten erfunden. Zunächst habe sie als Dokumentarfilmerin gewirkt, nach und nach habe aber das Schreiben einen immer größeren Platz eingenommen. Um für ihre fiktiven Geschichten, Essays und Gedichte einen größeren Kreis von Leser*innen zu erschließen, verfasst sie

inzwischen auf Englisch. Zumal sie in der britischen Hauptstadt ethnographischen Dokumentarfilm studiert hat. „Finnland ist eben ein recht kleines Land“, betont die 33-Jährige. Aktuell konzipiert sie einen Roman über die Liebe, in dem Sara-la-Käli, eine Schutzheilige der Sinti und Roma, eine Rolle spielt. Beim „Ateliervespräch“ liest sie dann aber einen durchaus kurzweiligen Brief an den Weihnachtsmann vor, der mit den Worten beginnt: „Ich bin ein böses Mädchen.“ Und da es Bestandteil des Künstler*innen-Residenz-Programms ist, die in Heidelberg und Mannheim entstandenen Arbeiten einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen, ist angedacht, dass Carmen Baltzar beim Literaturfestival FeeLit auftreten könnte.

Drei internationale Künstler*innen bei der Premiere des Programms

Auch die drei Künstler*innen von KüRe#1, die von Oktober bis Dezember 2022 institutionell und materiell gefördert wurden, haben ihre Werke im Dezember 2023 im Heidelberger Rathaus ausgestellt.

Mit Natali Tomenko aus der Ukraine, Valérie Leray aus Frankreich und Alfred Ullrich aus Österreich waren bei der Premiere des Programms drei internationale Künstler*innen eingeladen worden, die sich in ihrem Œuvre intensiv mit aktuellen Themen wie Erinnerungskultur, Aktivismus, Kampf gegen Rassismus und Antiziganismus sowie Widerstand durch Kunst auseinandersetzen.

Bei der 1994 geborenen Natali Tomenko kommt seit Beginn des russischen Angriffs auf ihre Heimat die künstlerische Beschäftigung mit Krieg und Zerstörung hinzu. Die Roma-Aktivistin hat Kulturwissenschaften und kulturelles Erbe: Akademische Forschung, Politik und Management in Wien studiert sowie Graphikdesign in Charkiw. Derzeit ist sie Vorstandsmitglied und Kreativdirektorin bei der Agency for the Advocacy of Roma Culture (ARCA) in der Ukraine, die sich für die Förderung der Kultur der Roma engagiert. Natali Tomenko ist zudem ehrenamtlich als nationale Frei-



Im Herzen der Stadt: Im Foyer des Heidelberger Rathauses haben die drei Künstler*innen von KüRe#1 ihre Arbeiten präsentiert.

Die Partikel der Vorfahren: In der Serie „Flammruß“ erinnert Alfred Ullrich an die Geschichte seiner Angehörigen, von denen die meisten im KZ ermordet wurden.

willigenkoordinatorin und als Roma Rights Defender (Verteidigerin der Rechte der Roma) beim Europäischen Zentrum für die Rechte der Roma in ihrer Heimat tätig.

Valérie Leray ist bildende Künstlerin, Fotografin, Forscherin und Leiterin der Künstlervereinigung „la mire“. Sie begann ihre Karriere als „Reportage-Fotografin“ zu Themen im Zusammenhang mit Menschen „am Rande der Gesellschaft“ und hinterfragte diesen Ansatz dann mit dokumentarischer und „konzeptueller“ Fotografie rund um das Material: Geschichte, verbunden mit dem Konzept der „Reiche der Erinnerung“.

Der 1948 geborene Zeichner, Video- und Aktionskünstler Alfred Ullrich ist der Sohn eines Deutschen und einer österreichischen Sinteza. Als solcher betrachtet er sich selbst als „eine Art Außenseiter unter Außenseiter*innen“. Seine Überlegungen kreisen um die Frage des Verhältnisses der deutschen Mehrheitsgesellschaft zur Community der Sinti und Roma. Es ist ihm ein Anliegen, gegen die jahrhundertalten Vorurteile, die sich im kollektiven Unterbewusstsein verfestigt haben, anzukämpfen. Der in Dachau lebende Ullrich verarbeitet dabei auch seine eigenen Geschichte: Die Nationalsozialisten verschleppten seine gesamte Familie in die Konzentrationslager, wo die meisten von ihnen ermordet wurden. Die Erlebnisse seiner Mutter in den KZ traumatisierten auch Ullrich selbst. Schmerz, Tod und Verletzlichkeit finden sich dementsprechend auch in seiner Arbeit wieder.

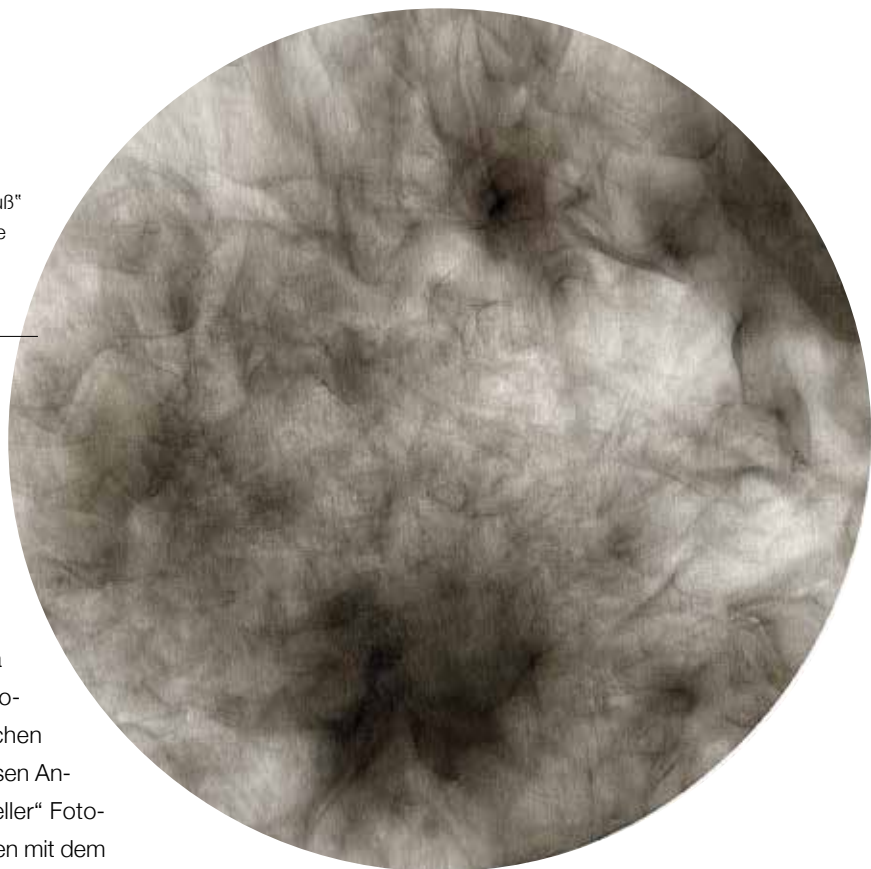
Verschiedene Lebenserfahrungen manifestieren sich in den Exponaten

Diese sehr verschiedenen Lebenserfahrungen manifestieren sich auch in den Exponaten der drei Künstler*innen im Zentrum der Stadt Heidelberg. Der Großvater der Dokumentarphotografin Valéry Leray gehörte zu den Sinti. Das ist für sie der Ausgangspunkt, um Orte der Verfolgung der Minderheit in Frankreich und Deutschland zu fotografieren. Ihre

ausgestellten Aufnahmen zeigen scheinbar harmlose und idyllische Ansiedlungen. Tatsächlich handelt es sich um die Orte früherer KZ und Arbeitslager.

Natali Tomenko sagt am Rande der Vernissage, dass in ihren ersten Werken, die während der Residenz entstanden sind, sehr „viel Wut dringewesen ist“. Die quadratischen Bilder, die nicht sehr groß ausgefallen sind, wirken auf den ersten Blick wie Luftaufnahmen. Die Farbe ist sehr dick und ungleichmäßig aufgetragen, überwiegend Schwarz mit roten Einsprengseln. Es scheinen verbrannte Landschaften mit Spuren von Glut und Blut zu sein. Auch der Titel „When the darkness came“ ist eine direkte Anspielung auf den Krieg in der Ukraine, der die Dunkelheit gebracht hat.

Bei Alfred Ullrich geht es ebenfalls um die Überreste von Feuer, um Ruß und Asche. Kleinformatige Tafeln wirken wie mit Gardinenspitzen bespannt – mit dunklen Ablagerungen. In der Serie „Flammruß“ wiederum hat er Radierplatten in Wachs getaucht und mit terpeningetränkten Fackeln geschwärzt. „Das sind sozusagen die Partikel meiner Verwandten, die in den KZ umgekommen sind.“ Und er ist überzeugt, dass die noch immer in der Atmosphäre schweben. ■



5 | BUCHREZENSIONEN UND FILMBESPRECHUNG

„PARODIE AUF DIE WESTDEUTSCHE VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG“

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



<https://doi.org/10.17885/heip.949>

Der Anspruch war von vornherein gewaltig. Und der Druck auf die Akteure wurde durch Presseberichte zusätzlich erhöht. Zumal obendrein einem persönlichen Versprechen besondere Bedeutung zugemessen werden musste. Der hessische Justizminister Georg-August Zinn soll nämlich dem Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees und Holocaust-Überlebenden Hermann Langbein zugesichert haben, auch die Gewalttaten gegen Sinti und Roma vor Gericht zu bringen. Folglich ließ sich 1960 in den Zeitungen nachlesen, dass es „vier große Frankfurter Verfahren zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG)“ geben werde, von denen eines „Vernichtungsmaßnahmen gegen Zigeuner aufklären“ solle.

Das angestregte Sammelverfahren, in dem zwischen 1958 und 1970 zahlreiche Einzelermittlungen vereint worden waren, wollte sich denn auch tatsächlich einem „Kernbereich des genozidalen Vernichtungskonzepts gegen die Minderheit“ umfassend zuwenden. Das Resultat war letztlich erbärmlich und in seiner „strafrechtlichen

wie auch mit seiner öffentlichen Bedeutungslosigkeit“ geradezu eine „Parodie auf die westdeutsche ‚Vergangenheitsbewältigung‘“, lautet das Fazit von Dr. Ulrich Friedrich Opfermann.

In seiner Untersuchung „Stets korrekt und human“. Der Umgang der westdeutschen Justiz mit dem Völkermord an den Sinti und Roma“ hat sich der Siegener Historiker erstmals systematisch mit der rechtlichen „Aufarbeitung“ des Holocaust an der Minderheit beschäftigt. Ausgangspunkt dafür war sein Gutachten, das er 2019 im Auftrag der Unabhängigen Kommission Antiziganismus verfasst hat und in dessen Mittelpunkt das sogenannte „Sammelverfahren zum ‚Zigeunerkomplex‘“ stand. Die bei Heidelberg University Publishing – online kostenfrei – erschienene Monographie geht indes weit über diese Expertise hinaus. Von knapp 300 Verfahren, die sich zwischen 1946 und 2014 meistens nicht allein mit Straftaten gegen Sinti und Roma befasst haben, nimmt der Autor 151 genauer in den Blick. Diese fächert er im Anhang auf 50 Seiten in einer überaus aufschlussreichen Tabelle zur alliierten und westdeutschen NSG-Rechtsprechung zu Verbrechen gegen die Minderheit auf. Aufgeführt sind detaillierte Angaben zu Beschuldigten und Angeklagten, Gerichtsort und Ermittlungszeitraum sowie Tatvorwurf, Einstellungs- oder Urteilbegründung und Endresultat. Bereits darin wird das „magere strafrechtliche Gesamtergebnis“ erschreckend deutlich. Dominiert wird die Tabelle zu zwei Dritteln von dem Hinweis „Vorverf. eingest.“, gefolgt von „Frspr.“.

Ausführlicher analysiert werden 21 Verfahren, darunter die Ermittlungen gegen Robert Ritter, die durch Oskar und Vinzenz Rose, die zahlreiche Angehörige in Auschwitz verloren hatten, initiiert worden waren. Der vormalige Leiter der Rassenhygienischen Forschungsstelle in Berlin war verantwortlich für die „Begutachtung“ von rund 23.000

Männern, Frauen und Kindern, welche die Grundlage für die Deportation von Sinti und Roma nach Auschwitz geliefert hatte.

Mit Unterstützung eines Privatdetektivs konnte der Aufenthaltsort Ritters 1948 in Frankfurt ausgemacht werden, und gemeinsam mit anderen Sinti traten die Brüder als Belastungszeugen auf.

Sozialer Gleichklang mit dem Staatsanwalt

Zum Zeitpunkt der Anzeige war Ritter Leiter der Ärztlichen Jugendhilfestelle im dortigen Stadtgesundheitsamt. Und in seiner Verteidigung behauptete er, „eine ‚wertfreie‘ und ‚unpolitische‘ Wissenschaftlichkeit zu vertreten, er habe an ‚rein wissenschaftlichen Aufgaben‘ gearbeitet“, fasst Opfermann zusammen. Ritters Taktik sei es gewesen, sich als gutbürgerlicher Biedermann und Bildungsmensch höheren Niveaus zu inszenieren und damit „einen sozialen Gleichklang mit dem ermittelnden Staatsanwalt herzustellen“. Aussagen von Angehörigen der Minderheit erklärte er mit rassistischen Angriffen insgesamt für wertlos, da sie „auf Grund ihrer niedrigen Bildungsstufe“ außerstande seien, „zwischen wirklich Erlebtem und Phantasie zu unterscheiden“. Dieser Schutzbehauptung habe sich die Staatsanwaltschaft tatsächlich angeschlossen – und sogar argumentiert, dass es von Zeug*innen beschriebene Fußtritte nicht gegeben haben könne, da dies „eine typische Kampfart“ der Sinti und Roma und Ritter zudem „ein gebildeter Mensch“ sei. Das Vorverfahren wurde in allen Punkten eingestellt und Ritter blieb bis zu seinem Tod 1951 unangefochten in seiner Position im Stadtgesundheitsamt. Ein Großteil der Akten wurde darüber hinaus zwischen 1963 und 1968 von der Frankfurter Justiz vernichtet.

Für das „Sammelverfahren zum ‚Zigeunerkomplex‘“, das wiederum im Zentrum der groß angelegten Studie des Historikers steht, dienten die Ermittlungen gegen Robert Ritter allerdings als „wichtige Vorlage“. Auf den „sachlichen und rechtlichen Inhalt“ des Einstellungsbeschlusses „wurde immer wieder zurückgegriffen“.

Anders als beim Auschwitz-Prozess drehte es sich dabei nicht um Straftaten im Vernichtungslager selbst, sondern um den Vorwurf, „Personen dorthin verbracht zu haben“. Und damit um Tätertypen, die im Reichsgesundheitsamt, der Rassenhygienischen Forschungsstelle oder dem Reichskriminalpolizeiamt am Schreibtisch gesessen hatten. Zunächst ging die Staatsanwaltschaft von Täterschaft „mit dem Ziel der Vernichtung“ – also Mord – aus. Das aber wurde schon bald reduziert auf den Verdacht der Körperverletzung oder der Freiheitsberaubung mit Todesfolge im Amt. Von den mehr als 70 Beschuldigten repräsentierten auffällig viele das „Sozialprofil der besseren Gesellschaft“ mit höheren Bildungsabschlüssen.

Das Sammelverfahren, das von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde, war aber im Grunde von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Der schon bald zuständige Staatsanwalt Fritz Thiede – ein früheres NSDAP-Mitglied – hatte sich seit 1950 als Initiator der „Frankfurter Homosexuellenprozesse“ einen Namen gemacht. Er stellte Ende 1960 die Strafverfolgung gegen Eva Justin, die Stellvertreterin von Robert Ritter, wegen Verjährung und Mangels an Beweisen ein. Auch sie war nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Stadt Frankfurt beschäftigt – als „Kinderpsychologin“.

Insgesamt 70 Beschuldigte, eine Anklage, kein Urteil

Danach wurden die Ermittlungen nach Köln abgegeben. Zuständig war mit Wolfgang Kleinert nun ein ehemaliger NS-Sonderrichter, der die Verfolgung genozidaler Massenverbrechen ablehnte. Letztlich wurde von den mehr als 70 Beschuldigten nur eine Person angeklagt, aber nicht verurteilt. Wegen Verhandlungsunfähigkeit musste der Prozess gegen Hans Maly, einst leitender Beamter im Reichskriminalpolizeiamt und maßgeblich an der Deportation von Sinti und Roma beteiligt, 1970 beendet werden. Der Staatsanwalt war übrigens davon ausgegangen, dass der Lagerabschnitt B II e „zu keinem Zeitpunkt ein Vernichtungslager“ gewesen sei. Und den Zeugenaussagen der überlebenden Sinti und Roma wurde ohnehin eine „grundsätzliche Unglaubwürdigkeit“ attestiert. ■

IM KRIMI WECHSELN ENDLICH AUCH MAL DIE ROLLEN

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Lange waren die Rollen recht eindeutig verteilt: Die Guten – also Polizeibeamte und Staatsanwälte – entstammten stets der Mehrheit. Sinti und Roma hingegen gehörten im Kriminalroman oder im Fernsehkrimi fast immer zu den Bösen, waren Straftäter oder zumindest hochgradig Verdächtige. Mitunter natürlich auch Opfer von brutalen Übergriffen, nicht selten aus der Minderheit selbst. Allmählich beginnt sich das zu ändern. Die Diversität der Gesellschaft spiegelt sich nämlich zum Glück auch auf dem Bildschirm oder zwischen zwei Buchdeckeln wider. Obschon erkennbar langsamer, wenn es Sinti und Roma betrifft.

Immerhin ermittelte aber bereits 2017 die Romni Kizzy Winterstein gemeinsam mit Kommissar Marthaler in „Menschenfischer“ von Jan Seghers. Dass die Wiesbadener Beamtin gleichzeitig Jüdin ist, vermochte zwar zu überraschen, wäre aber durchaus möglich. Dass sich ihr Fall indes ausgerechnet um zwei verschwundene Roma-Jungen dreht, erscheint dann doch etwas zu konstruiert.

Der eigenwilligen LKA-Fahnderin Helen Dorn wiederum wurde in der gleichnamigen ZDF-Krimiserie im vergangenen Jahr als Chef ein Sinto zur Seite gestellt. Und das am Samstag zur besten Sendezeit. Darüber, ob es sich bei dem sympathischen und nachdenklichen Nedjo Kristic, gespielt von Stipe Erceg, nicht doch eher um einen Rom handelt, lässt sich seitdem jedoch vortrefflich diskutieren.

Weitere Beispiele lassen sich unschwer finden. Da sucht die Sinteza Hannah Stein vom Bundeskriminalamt, deren Familie Wurzeln in Frankreich hat, in „Böse Wetter“ von Gesa Knolle literarisch im Erzgebirge nach Kriminellen. Und mit „District VIII“ von Adam LeBor liegt nun gar der erste Band einer ganzen Reihe um den Roma-Ermittler Balthazar Kovács in Budapest vor. Allen ist gemein, dass die Zugehörigkeit zur Minderheit, Ausgrenzungserfahrungen und Rassismus durchweg thematisiert werden.

Und nun sind 2023 gleich zwei Kriminalromane erschienen, die sich besonders intensiv mit der Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma im Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit beschäftigen.



Gmeiner-Verlag,
Meßkirch 2023,
316 Seiten,
16 Euro.

Bei „**Tatort Rheinbrücke**“ von **Gabriele Keiser** ist dieser inhaltliche Schwerpunkt allerdings zunächst gar nicht zu erkennen – weder im Klappentext noch im „Waschzettel“, der üblicherweise mit dem Buch in die Redaktionen flattert.

Der Fall spielt in Remagen im Herbst 2020. Einmal im Jahr wird das idyllische Rheinstädtchen zum Treffpunkt der Neonaziszene. Sehr zum Unmut vieler Anwohner*innen. Rechts-extreme aus der ganzen Bundesrepublik inszenieren dort einen „Trauermarsch“, um der Wehrmachtssoldaten zu gedenken, die im Rheinwiesenlager unter erbärmlichen Verhältnissen gefangen gehalten wurden. Viele von ihnen starben. Als dann vor den markanten Brückentürmen die Leiche eines Mannes gefunden wird, stellt sich schnell heraus, dass der beliebte Lehrer ebenfalls zu den Faschisten zählte. Zusätzliche Brisanz ergibt sich aus den kriminal-technischen Untersuchungen, da das Opfer mit der Dienst-

pistole einer Schutzpolizistin erschossen wurde. Die junge Beamtin Romina Weiss war am Rande der Demo der Neonazis eingekesselt und bewusstlos geprügelt worden. Dass ihr dabei offenbar ihre Waffe gestohlen worden war, hatte sie erst einige Tage später gemeldet.

Aus diesem Plot entwickelt Gabriele Keiser zwei Handlungsstränge, die glaubhaft miteinander verwoben sind. Hinzu kommt eine dritte Ebene. Denn „Tatort Rheinbrücke“ ist ihr bereits achter Kriminalroman um die Koblenzer Kommissarin Franca Mazzari, die während der blutigen Ereignisse in Remagen jedoch gerade Urlaub macht. Deshalb stößt sie erst später zum Ermittlerteam um ihre Kollegin Clarissa Sonnenberg, die mit Romina Weiss befreundet ist und sie „wie eine Löwin verteidigt“ gegen die zunehmenden Verdächtigungen der anderen Ermittler. Wurde die Waffe vielleicht gar nicht entwendet? Hat sich die Beamtin vielleicht an den Schlägern gerächt? Zumal nun auch bekannt wird, dass sie der Minderheit angehört.

„Ein Packen Vergangenheit“

Derweil durchforstet Romina Weiss „einen Packen Vergangenheit voller Briefe und Aufzeichnungen“ ihres Großvaters, der mit seiner Familie von den Nazis verfolgt und nach Auschwitz deportiert worden war. Die Notizen, die sich am Schicksal von Otto Rosenberg orientieren, bilden eigene kurze Kapitel und weisen peu à peu auf ein womöglich ganz anderes Motiv hin. Die Klärung des Falls kommt letztlich etwas abrupt. Die historischen Hintergründe sind indes gut recherchiert, binden auch die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma ein und reichen bis in die Gegenwart. Obendrein wird die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte im Dienst aufgegriffen. Ein wichtiger Aspekt aber ist nicht korrekt. Vor dem brutalen Übergriff soll die Schutzpolizistin dafür eingeteilt worden sein, „eine Ansammlung von Holocaust-Gegnern zu beschützen“. Denn auch diejenigen stünden demokratische Rechte zu, „die leugneten, dass solche Verbrechen, die eindeutig dokumentiert worden sind, jemals geschehen waren“, heißt es in „Tatort Rheinbrücke“. Das ist nicht so: Den Holocaust zu leugnen ist in Deutschland eine Straftat.

In „**Saat der Wut**“ von **Frank Goyke** wiederum wird am Gedenkstein für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn die Lei-

che einer jungen Frau entdeckt. Ihr Körper und die Gedenkstätte sind mit roter Farbe beschmiert – und mit Hakenkreuzen. Schnell steht fest, dass es sich bei der Ermordeten um Marija Subotić handelt, eine Roma-Aktivistin und Politikerin der Linkspartei. Das Team um Kriminalhauptkommissar Jasper Akkermann, das zu alledem intern mit Vorurteilen und Klischee behaftet ist, muss sich also tief in politische wie historische Hintergründe einarbeiten. Die Ermittlungen führen sie ins rechte Milieu.

Frank Goyke spannt dabei einen ambitionierten Bogen: von der Verfolgung und Ermordung der Minderheit im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945 über die Verbrechen der Nationalsozialisten an den Roma im besetzten Jugoslawien bis hin zur aktuellen Situation in Serbien. Nicht zu vergessen die Roma in der Ukraine, die für ihr Land an der Front kämpfen und dennoch ausgegrenzt werden, oder die Deutsche Bahn, deren Mitarbeiter*innen Geflüchtete aus dem Kriegsgebiet antiziganistisch beleidigt haben. Die zahlreichen Details, Hinweise auf Literatur und verschiedene Organisationen – allen voran den Zentralrat und das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma – belegen eindrucksvoll den enormen Rechercheaufwand von Frank Goyke. Die ausführlichen historischen und gesellschaftspolitischen Erläuterungen bremsen aber immer wieder die Spannung, bis auch in „Saat der Wut“ die Aufklärung des Mordes plötzlich in eine ganz andere Richtung geht. ■



Jaron Verlag,
Berlin 2023,
224 Seiten,
15 Euro.

EIN JUNGE MIT DUNKLEN LOCKEN, DER ES ALLEN ZEIGT

Von Daniela Ott, Leiterin der Bibliothek



Beltz & Gelberg,
Weinheim 2023,
128 Seiten,
14 Euro.

Ganz so leicht macht es einem David Blum nicht. Der Peter-Härtling-Preisträger von 2023 hat mit „Kollektorgang“ ein Jugendbuch vorgelegt, das wie ein Tiefschlag im Boxkampf daherkommt. Der Schriftsteller Härtling wollte einst, dass gute Kinder- und Jugendbücher nicht beschwichtigen, sondern beunruhigen und wecken. Und genau das tut David Blums Romandebüt. Der schmale Band führt uns in eine ostdeutsche Neubausiedlung in den 1990er-Jahren, irgendwo an der Havel. Dort herrscht die Tristesse des Betons, die Verzweiflung zerbrechender Familien und die Gewalt rivalisierender Jugendbanden. Inmitten der ungezählten Plattenbauten leben Blums 13-jähriger Antiheld Mario, dessen Kumpel Stefan und Rajko sowie Rajkos Schwester Ema, für die Mario heimlich schwärmt.

Es ist Sommer und die Ferien haben gerade begonnen. Die Freunde hängen gemeinsam im Innenhof ab, träumen vom Meer und bauen Sandburgen in den maroden Buddelkästen. Stefan und Rajko trainieren in einem Boxverein. Marios Gedanken kreisen um Ema, das Mädchen, das „so schön wie Himbeereis und so klug wie dreizehn Taschenrechner“ ist. Mit ihr redet er über Bücher und er

leiht ihr sein Exemplar von „Ede und Unku“, in dem Alex Wedding von der Freundschaft eines Arbeiterjungen mit einem Sinti-Mädchen im Berlin der 1920er-Jahre erzählt.

Mit Rajko hingegen streift er über die Dächer und lernt dabei sich selbst und seinen Freund immer besser kennen. Als die Jugendlichen durch Zufall den Kollektorgang der Siedlung entdecken, zieht das Unheil wie nahende Gewitterwolken über die Blöcke. Während die vier den endlosen Versorgungsgang unter den Häusern auskundschaften und zu ihrem geheimen Rückzugsort machen, terrorisiert eine Gruppe junger Neonazis zunehmend die Gegend. Auch Mario und seine Freunde geraten bald in das Visier der Skinheads. Dass sein Kumpel Stefan irgendwann zur falschen Seite abdriftet, merkt Mario erst, als es zu spät ist.

David Blum weiß, was es bedeutet, in einer Plattenbausiedlung groß zu werden. 1983 in Potsdam geboren, wächst er selbst in einem DDR-Neubaugebiet auf. In einem Zeitschriften-Interview berichtet er, wie er dort irgendwann den Kollektorgang, der die Keller seiner Siedlung miteinander verband, entdeckte und diesen endlos langen, dunklen Trakt erkundete. Als ihm ein Buch über den Sinto Johann Wilhelm Trollmann, genannt Rukeli, in die Hände fällt, lässt ihn das Schicksal des Boxers nicht mehr los. Und plötzlich sieht er eine Möglichkeit, in einem Roman das Gefühl seiner Jugend in der „Platte“ mit einer modernen Version des Sportlers der Weimarer Zeit zu verbinden. Dafür erschafft er nicht nur seinen Ich-Erzähler Mario, sondern lässt in dessen Freund Rajko Trollmann geradezu wieder lebendig werden. Der muss sich wie sein historisches Pendant gegen Ausgrenzung und Rassismus wehren. Etwa wenn sein Boxtrainer über ihn sagt: „Solche wie der können nicht zuhauen ... deswegen müssen sie zappeln, verbieten können wir es ihnen leider nicht.“ Oder wenn die Neonazis ihren Hund auf die „Jugos“ hetzen und wenn sie ihm letztlich die Hand brechen.

Blum stellt die Freundschaft der Jugendlichen vor dem Hintergrund des aufkommenden Rechtsradikalismus und Fremdenhasses der 1990er-Jahre auf eine harte Probe. Vielleicht beginnt alles damit, dass Stefan fürchtet, seinen Freund zu verlieren, wenn Mario im neuen Schuljahr aufs Gymnasium wechselt. Vielleicht aber auch damit, dass Rajko Stefan beim Boxen den Rang ablauft. Rajko, der wie viele Roma mit seiner Familie vor dem Krieg in Jugoslawien geflüchtet ist, beweist sich als weitaus talentierter und leichtfüßiger im Ring. Stefan lässt Mario schwören, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Seinen Freund wird er dennoch verlieren und dabei schwere Schuld auf sich laden, getragen von Eifersucht, Neid und Verrat.

Parallelen zu Rukeli Trollmann, dem deutschen Meister von 1933

Stefan zwingt Rajko, gegen ihn zu boxen, und verliert. Aus Wut verrät er das Geheimversteck an die rechtsradikale Gang. Rajko gerät nun in einen Strudel der Gewalt, dem Mario hilflos zusieht. Die Skinheads pressen ihm einen unfairen Boxkampf im Kollektorgang ab. Widerwillig stellt er sich der Herausforderung, aber nicht, ohne seinen Gegnern den Spiegel vorzuhalten und ihren Rassismus zu entlarven. Wie Trollmann 1933 bei seinem Kampf gegen Gustav Eder erscheint auch Rajko provokant im Ring: „Seine Aufmachung schien allen die Sprache zu verschlagen. Seine dunklen Locken waren von hellem Staub bedeckt, und sein blanker Oberkörper und seine Beine, ja sogar sein Gesicht, alles schimmerte weiß.“ Rajko muss sich zusammenschlagen lassen und den Kampf verlieren. Als Mario seinem Freund zu Hilfe eilt, bezahlt er dies mit seinem Leben.

Blum lässt Mario resümieren: „Nur ein einziges Mal habe ich Mut gezeigt, den es eigentlich zum Leben braucht. Es fühlte sich verdammt richtig an, aber es war meine letzte Gelegenheit.“ So abgeklärte Sätze wie diese finden sich zuhauf auf den gerade mal 128 Seiten. Sie geben der oh-



Besuch in Heidelberg: Bei einer Kooperationsveranstaltung von Dokuzentrum und Literaturfestival feeLit liest David Blum am 25. Juni 2024 aus „Kollektorgang“.

nehin düsteren Geschichte einen bitteren Anstrich. Vieles, wie den Familienalltag der Kinder, reißt Blum nur an. Vor allem aber die Parallelen von Rajko zu Rukeli Trollmann erschließen sich erst durch das Nachwort. Die meisten jungen Leser*innen werden bis dahin vom deutschen Meister im Halbschwergewicht des Jahres 1933 noch nichts gehört haben.

Dennoch ist der Roman vor allem eines: Eine eindringliche Hommage an die Zivilcourage und an die Freundschaft. Mario glaubt an seinen Freund Rajko und hofft, dass „der Junge mit den dunklen Locken“ es einmal allen zeigen wird. Rajko und Ema kommen nie an Marios Grab: sie werden umgehend abgeschoben. Dafür besucht ihn Stefan und stellt ihm mit traurigem Blick seinen gewonnenen Boxpokal hin. ■

ZEUGE DER ZEIT: CHRISTIAN PFEIL. TROTZ ALLEM.

Von Yasmin Göppner, Politische Referentin



Wie durch ein Wunder überlebt: Christian Pfeil und ein Bild seiner Familie im Screenshot aus dem Dokumentarfilm.

Christian Pfeil ist ein deutscher Sinto. Rassistisch abgewertet, als „Zigeuner“ wird seine gesamte Familie 1940 aufgrund der Nürnberger Rassengesetze in die Zwangslager im nationalsozialistisch besetzten Polen deportiert. Viele Angehörige werden im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordet. Doch die Kernfamilie von Christian Pfeil überlebt wie durch ein Wunder gemeinsam fünf Jahre härteste Zwangsarbeit, Demütigungen und Misshandlungen in den Gettos und Todeslagern der Nationalsozialisten. 1944 wird Christian Pfeil selbst im Getto Lublin geboren, so klein, dass man ihn als Säugling in eine alte Zigarrenkiste legt. Doch auch er überlebt – trotz allem.

Davon erzählt der Sinto in der Reihe „Zeuge der Zeit“, die dem Schicksal von Menschen nachspürt, die als Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene den Terror des NS-Re-

gimes erleiden mussten. Die Folge wurde am 11. November 2023 im Bayerischen Fernsehen ausgestrahlt und ist noch immer in der ARD-Mediathek zu finden.

Eine Zigarrenkiste als Wiege, ein Geburtstag, der in dem Horror der NS-Diktatur nie notiert wird. Selbst die Mutter von Christian Pfeil kennt den Geburtstag ihres Sohnes bis zu ihrem Tod nicht. Das Wenige, das sie weiß: Es muss einer der eiskalten Tage im Januar gewesen sein. Aus Angst ihr Kind in den Baracken allein zurückzulassen, nimmt sie den Kleinen mit, eingewickelt in alte Lappen und Zeitungspapier, und legt ihn neben sich in den Schnee, während sie in der gefrorenen Erde Gräben ausheben muss.

Als das Konzentrationslager im Februar 1945 befreit wird, hofft die ganze Familie – körperlich erschöpft und seelisch

schwer traumatisiert – dass sie endlich der Gefangenschaft entkommen ist. Doch die ersehnte Befreiung durch die Rote Armee bringt nur weiteres Elend. Aus dem KZ wird die gesamte Familie direkt in ein Arbeitslager im russischen Odessa abtransportiert. Die tägliche Angst und körperlichen Misshandlungen sind weiterhin allumfassender Teil ihres Lebens – erst nach sechs schweren Monaten dürfen sie endlich nach Hause. Doch Heimat ist ein schwieriges Wort geworden für die Eltern und Geschwister von Christian Pfeil. Der Vater beantwortet eines Tages die Frage seines erwachsenen Sohnes, warum die Familie ausgerechnet nach Deutschland zurückkehrte, mit dem schlichten Satz: „Das war die einzige Heimat, die wir hatten.“

Tagtäglich weiterhin Diskriminierung und Ausgrenzung

1946 kehren sie gemeinsam nach Trier zurück, eine Stadt, in der sie als „rassisch Verfolgte“ zwar anerkannt werden, aber dennoch tagtäglich weiterhin Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind. Körperlich und seelisch gebrochen, ist der Großteil der Verwandtschaft gezeichnet von den Qualen der jahrelangen Misshandlungen. Doch Christian Pfeil bricht mit der großen Unterstützung seiner Schwester Helene zu ungeahnten Erfolgen auf – trotz allem.

Im Deutschland der Nachkriegszeit ist es für Angehörige der Minderheit nicht erlaubt, einen Beruf zu erlernen oder auszuüben. Christian Pfeil geht zusammen mit seiner Schwester von Tür zu Tür und verkauft Kurzwaren. „Hausieren“, wie er es nennt, ist die einzige Möglichkeit, den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen – und der kleine Christian übernimmt sie.

In seinen Zwanzigern startet er dann als junger Gastronom durch, mit seiner 30m² großen Kneipe im Herzen der Trierer Altstadt, die nur allzu schnell zum Szenelokal wird. Udo

Lindenberg, Rex Gildo, Stars und Sternchen gebe sich im „TöffTöff“ die Hand. Seine herzliche Ausstrahlung und sein Fleiß lassen Christian Pfeil gesellschaftlich ankommen; er fühlt sich respektiert und geschätzt – so sehr, dass er ein noch größeres Abenteuer wagt und den „Alten Bahnhof“ zum Edelrestaurant umfunktioniert. Nach einem Fernsehinterview, in dem sich Christian Pfeil offen zu seiner kulturellen Identität als Sinto bekennt, gibt es schwere Anschläge auf sein Speiselokal; einmal richtet und räumt er noch alles, die ganze Familie hilft. Doch dann folgt ein zweiter Angriff. Die mit Hakenkreuzen verschmierten Spiegel brennen sich unvergesslich in sein Gedächtnis.

„Christian Pfeil. Trotz allem“ ist ein berührender Dokumentarfilm, der tief in die Biographie von Christian Pfeil und seiner Familie schauen lässt. Kaum ein Film zeigt einen Blick in die NS-Vergangenheit unseres Landes mit so viel Fein- und Fingerspitzengefühl und beleuchtet die Frage so eindringlich, wo die Menschlichkeit sich einst versteckt hatte.

Ein Filmerlebnis, das heutzutage ein Muss ist. Für eine Heimat ohne Ausgrenzung und Hass. Für ein „Nie wieder ist jetzt“. Für Christian Pfeil und seinen Mut, seine Geschichte zu erzählen, auf dass nachkommende Generationen aus ihr lernen.

Christian Pfeil sprach anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 26. Januar 2024 als Überlebender vor den Vereinten Nationen in New York. Er ist nach dem Niederländer Zoni Weisz, der 2016 dort eine Rede hielt, der zweite Angehörige der Minderheit, der eine Einladung der Vereinten Nationen erhalten hat. ■

Erstausstrahlung

11. November 2023 im Bayerischen Rundfunk, abrufbar in der ARD-Mediathek

Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

ERSTE VEREINBARUNG MIT LANDESREGIERUNG GESCHLOSSEN

Der Landesverband Rheinland-Pfalz feiert sein 40-jähriges Bestehen und blickt auf erfolgreiche Arbeit zurück

Der Landesverband feierte am 12. Dezember 2023 im Festsaal der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz mit einem feierlichen Empfang sein 40-jähriges Bestehen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, würdigten die langjährige Arbeit des Landesverbandes und dessen Vorsitzenden Jacques Delfeld Sr. in Gegenwart von Weggefährt*innen und Vertreter*innen von Landesregierung und Kooperationspartnern.

Romani Rose betonte in seinem Grußwort die besondere Bedeutung der Arbeit des Landesverbandes: „Die Rahmenvereinbarung zwischen der Landesregierung unter Ministerpräsident Kurt Beck und unserem Landesverband im Jahr 2005 war ein wichtiger Erfolg für die Verbesserung der Lebenssituation unserer Minderheit in Rheinland-Pfalz. Auf diese Vereinbarung hat der Landesverband mehr als ein Jahrzehnt hingearbeitet und sie war die erste zwischen einer Landesregierung und unserem Mitgliedsverband in der Bundesrepublik und hatte Beispielcharakter auch für andere Bundesländer.“ Und er fügte hinzu: „Auch die Berufung von Jacques Delfeld Sr. in den Rundfunkrat des SWR hatte bundesweit eine Signalwirkung für die Forderung unserer Minderheit nach der Anerkennung ihrer 600-jährigen deutschen Geschichte.“

Als drittältester Landesverband im Dachverband des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma ist der Landesverband Rheinland-Pfalz ein wichtiger Teil der Bürgerrechtsarbeit, die in den 1970er-Jahren begann. Sinti-Familien und Kinder von Überlebenden aus der Südpfalz ergriffen die Initiative

und gründeten den Landesverband am 3. November 1983 in Landau. In den vergangenen 40 Jahren konnten viele Meilensteine gesetzt werden, die für die Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz bis heute von essenzieller Bedeutung sind. Einen wichtigen Teil der Geschichte und Arbeit des Landesverbandes stellt die Beratung und Unterstützung von Angehörigen der Minderheit in allen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeit, Wohnen oder im Umgang mit Behörden dar. Seit 1992 existiert im Frank-Loebisches-Haus in Landau eine Dauerausstellung zur Verfolgung der Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz, welche die Perspektive der Überlebenden in den Mittelpunkt stellt.

Die regionale Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Rheinland-Pfalz (MIA-RLP) wurde am 14. Juni 2022 eingerichtet. Betroffene und Zeug*innen von antiziganistischen Vorfällen können diese via Online-Formular melden und erhalten direkte Hilfe von geschultem Fachpersonal, das die Einzelfälle kategorisiert, anonymisiert und dokumentiert. Zusätzlich zu der kompetenten Beratung soll die Meldestelle dazu beitragen, die Dunkelfelder des Antiziganismus noch besser sichtbar zu machen.

Themenwoche gegen Antiziganismus

Die Themenwochen gegen Antiziganismus vom 23. Februar bis zum 25. März waren Bestandteil des Frühjahrsprogramms des Verbandes Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz und umfassten ein vierwöchiges Programm mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten.



Besondere Ehre: Der Vorsitzende Jacques Delfeld Sr. bei seiner Jubiläumsansprache im Landtag von Rheinland-Pfalz.

Sie fanden in Kooperation mit dem Landtag Rheinland-Pfalz, dem 1. FSV Mainz 05, FC Ente Bagdad, der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, dem Haus des Erinnerens für Demokratie und Akzeptanz Mainz, der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg und dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma statt.

Zum Auftakt wurde die Ausstellung „Rassediagnose: Zigeuner“ des Dokumentationszentrums im Landtag von Rheinland-Pfalz eröffnet. Die Besucher wurden von Dr. Frank Reuter, wissenschaftlicher Geschäftsführer der Forschungsstelle Antiziganismus, thematisch eingeführt. Begleitend zur Ausstellung, die vier Wochen lang besucht werden konnte, wurden Workshops für Schüler*innen angeboten, die sich nach der Besichtigung mit der Geschichte des Völkermords und dem gegenwärtigen Antiziganismus beschäftigten. Der sogenannte Koffer mit Geschichte(n) war Bestandteil des Workshops und beinhaltete ein interaktives Programm mit Bild- und Audiomaterial.

Zudem wurden in mehreren Vorträgen verschiedene Themen beleuchtet: „Die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz“, „Antiziganistische Ermittlungsansätze der Polizei und Sicherheitsbehörden“, „Dimensionen des Völkermordes an den Sinti und Roma“, „Der lange Weg zur Anerkennung. Deutsche Sinti und Roma nach Auschwitz“

sowie „Die Verfolgung der Mainzer Sinti zwischen 1933 und 1945“.

Den Abschluss der Themenwochen bildete ein Kleinfeld-Fußballturnier in Mainz, das unter dem Motto „Gegen Rassismus, für Erinnerung und Vielfalt“ stand. Dabei ging es nicht nur um sportliche Aspekte, sondern auch darum, einen Raum für vorurteilsfreie Begegnung zu schaffen. Mit dem Event wollten die Veranstalter ein klares Zeichen gegen Rassismus setzen sowie ein Bekenntnis für eine aktive Erinnerungskultur und eine pluralistische Gesellschaft abgeben.

Jacques Delfeld Sr., der Vorsitzende des Landesverbands, benannte am Rande des Turniers trotz der erfolgreichen Arbeit die Herausforderungen, vor denen der Landesverband weiterhin steht: „Die Bekämpfung und Überwindung des Antiziganismus ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dieses Phänomen verstellt vielfach einen vorurteilsfreien Blick auf unsere Minderheit und ist ursächlich für die Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrung von Betroffenen. Es ist wichtig zu verstehen, dass davon nicht nur Sinti oder Roma betroffen sind, sondern auch Jenische, mobile Berufsgruppen und andere. Unser Landesverband setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein, dass Antiziganismus gesellschaftlich ebenso geächtet wird wie Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.“ ■

Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Bayern e. V.

„SINTI UND ROMA SIND TEIL DER BAYERISCHEN FAMILIE“

Landesverband und Freistaat unterzeichnen erweiterten
Staatsvertrag – Meldestelle für Antiziganismus eingerichtet



Zusammenarbeit intensivieren: Prof. Dr. Michael Piazzolo, Dr. Markus Söder, Erich Schneeberger, Karl Freller und Roberto Paskowski (von links) freuen sich gemeinsam über den erweiterten Staatsvertrag.

Am 8. März 1943 begann die Polizei in ganz Bayern die noch in ihren Wohnungen lebenden Sinti und Roma zu verhaften. Auch an den folgenden Tagen wurde die Aktion fortgesetzt.

Allein in München und Umgebung waren 141 Menschen davon betroffen. Nur kurze Zeit später verschleppten die Nationalsozialisten die Männer, Frauen und Kinder ins Ver-

nichtungslager Auschwitz-Birkenau. Zu ihrem Gedenken und aus Anlass des 80. Jahrestages der Deportationen lud die bayerische Staatsregierung am 8. März 2023 zu einem Empfang ins Münchener Prinz-Carl-Palais. Diese Zusammenkunft bildete den Rahmen für einen bedeutsamen Schritt in der Geschichte der bayerischen Sinti und Roma: Der Vorsitzende des Landesverbands, Erich Schneeberger, und Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterzeichneten einen Änderungsvertrag zu der seit 2018 bestehenden Übereinkunft zwischen dem Verband und dem Freistaat. Anwesend waren der damalige Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo, der damalige Landtagsvizepräsident Karl Freller, der stellvertretende Landesverbandsvorsitzende Roberto Paskowski sowie weitere hochrangige Gäste aus Politik, Zivilgesellschaft und Glaubensgemeinschaften – darunter die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, und Kardinal Richard Reinhard Marx.

Ministerpräsident lobt „neues Hoffnungssymbol“

Der geänderte Vertrag, den der Ministerpräsident als „neues Hoffnungssymbol“ lobte, sieht eine Ausweitung der Zusammenarbeit sowie eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung durch den Freistaat vor. „Sinti und Roma sind Teil der bayerischen Familie. Sie genießen unsere volle Wertschätzung und unseren besonderen Schutz. Mit dem Vertrag vertiefen wir erneut die Zusammenarbeit“, unterstrich Söder. Bestandteil der Vereinbarung ist nun auch die Einrichtung einer Monitoringstelle zur Dokumentation antiziganistischer Vorfälle. Erich Schneeberger betonte die besondere Bedeutung dieser Zusage: „Ich danke der bayerischen Staatsregierung, dass wir heute die nach vertrauensvollen Verhandlungen zustande gekommene Vertragsänderung unterzeichnen können. Bayern leistet damit einen bedeutenden Beitrag bei der Umsetzung der im Jahr 2021 von der vom Deutschen Bundestag eingesetzten ‚Unabhängigen Kommission Antiziganismus‘ vorgestellten Handlungsempfehlungen und damit der Bekämpfung des Antiziganismus.“

Dieser Beitrag sowie die zusätzliche Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermöglichten die Einrichtung einer regionalen Meldestelle, die eng mit der bundesweiten Melde- und Informationsstelle

Antiziganismus (MIA) mit Sitz in Berlin zusammenarbeiten wird. Ziel ist es, das Ausmaß von Antiziganismus in der Gesellschaft sichtbar zu machen sowie Öffentlichkeit und Politik für das Thema zu sensibilisieren.

Im Juli 2023 nahm dann die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) Bayern offiziell ihre Arbeit auf – mit einem festlichen Empfang von etwa 60 geladenen Gästen im „Schönen Saal“ des Nürnberger Rathauses. Erich Schneeberger machte dabei deutlich, dass das Monitoring mit einer klaren Forderung an alle Entscheidungsträger verknüpft ist: „Wir erwarten, dass auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung von Antiziganismus umgesetzt und ausgebaut werden.“

Die Vorstellung der Meldestelle übernahm Dr. Guillermo Ruiz als Projektleiter der bundesweiten Melde- und Informationsstelle (MIA) in Berlin. Er beschrieb die Entstehung und die Arbeitsweise von MIA sowie die Zusammenarbeit mit den nunmehr fünf regionalen Meldestellen in Deutschland. Weiter betonte er, dass alle Meldungen vertraulich behandelt und im Falle der Veröffentlichung immer anonymisiert werden. Nach Reden von Kultusminister Michael Piazzolo und von Annette Seidel-Arpaci, Leiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Bayern, trat abschließend Roberto Paskowski ans Mikrofon. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands rief eindringlich alle Betroffenen sowie potenzielle Zeug*innen dazu auf, die Meldestelle zu nutzen. Derzeit arbeiten MIA Bayern sowie die weiteren regionalen Meldestellen an der Auswertung der mitgeteilten Vorfälle im Jahr 2023, die in den zweiten Jahresbericht der bundesweiten MIA einfließen wird. Die Auswertung erfolgt unter Beachtung von strengen Datenschutzrichtlinien und stets mit dem Fokus auf den Schutz der Meldenden. Im Zentrum der Anstrengungen steht zudem die Vernetzung mit relevanten Akteur*innen und das Bekanntmachen von MIA mittels Workshops und Veranstaltungen – eine Aufgabe, die wegen der Größe des Flächenlandes Bayern nicht zu unterschätzen ist. Insgesamt bleibt auch angesichts aller positiven Startsignale festzuhalten, dass die weitere und zuverlässige Verstärkung des Monitorings auf Landes- wie auf Bundesebene notwendig ist, damit dieses Mittel im Kampf gegen den Antiziganismus dauerhaft wirksam werden kann. ■

Bremer Sinti-Verein e.V.
Landesverband Deutscher Sinti und Roma Bremen

EIN EIGENER PLATZ FÜR DIE FAMILIE SCHWARZ

Musikalische Lesung in Erinnerung an die deportierten Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland

Aus Anlass des 80. Jahrestages der Deportation der nordwestdeutschen Sinti und Roma vom Bremer Schlachthof aus ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau hat der Bremer Sinti-Verein e.V. im inzwischen dort ansässigen Kulturzentrum die musikalische Lesung „Drei Tage im März“ von Ralf Lorenzen und Dardo Balke aufgeführt. Der Schauspieler Rolf Becker zitierte am 21. März 2023 aus Originalberichten Bremer Sinti und Roma über die Verfolgung und die Erfahrungen während sowie nach dem Nationalsozialismus. Dabei wurde er von einem siebenköpfigen Ensemble unter der Leitung von Dardo Balke begleitet, der die Stücke speziell für „Drei Tage im März“ komponiert hat. Im Rahmen der Gedenkaktivitäten hielt außerdem der Historiker Dr. Hans Hesse anhand von Fotos, Modellen und Zeugenaussagen den Vortrag „Z 2074 – eine Nummer, ein Mensch?“ über das „Zigeunerfamilienlager“ in Auschwitz-Birkenau.

Im Mittelpunkt von „Drei Tage im März“ steht die Geschichte der Sinti-Familie Schwarz, die seit 1928 in Bremen lebte. Wilhelm Schwarz kam als Musiker in die Hansestadt, konnte allerdings nach dem Festsetzungserlass im Oktober 1939 seinen Beruf nicht mehr ausüben. Die Familie wohnte in unmittelbarer Nähe des Schlachthofs und mindestens drei der zehn Kinder gingen auf die Findorffer Schule an der Gothaer Straße. Die älteste Tochter Gertrud arbeitete bei Karstadt.

Vom 8. bis zum 10. März 1943 wurden 275 Sinti und Roma aus ganz Nordwestdeutschland auf dem Gelände des Schlachthofs eingesperrt und von dort nach Auschwitz-



Birkenau verschleppt, darunter auch alle Angehörigen der Familie Schwarz. 1995 wurde eine Bronzetafel am Schlachthof angebracht, die an die Deportierten erinnert. Außerdem findet stets am 8. März eine Gedenkveranstaltung statt.

„Vermittlungsarbeit zwischen den Generationen“

Der Vorsitzende des Bremer Sinti-Vereins, Hermann Ernst berichtet: „Die Familie Schwarz, eine Bremer Sinti-Familie, wurde auf grausamste Weise bis auf die damals kleine Tochter Anni völlig ausgelöscht. Anni kehrte zwar wieder nach Bremen zurück, aber sie ist nicht geblieben. Niemand außer den Opfern selbst können nachvollziehen, wie es tief in einem Menschen mit so einem schweren Schicksal aussieht. Ich bin dankbar, dass wir nun durch die Recherchen

für den Familie-Schwarz-Platz den Sohn von Anni, Menni Grimm, kennenlernen durften.“

In Erinnerung an die Familie wurde der Platz vor dem Kulturzentrum 2022 umbenannt. Die umfangreichen Recherchen und die Initiative des Arbeitskreises „Erinnern an den März 1943“ zur Umbenennung wurden vom Findorffer Beirat sowie dem Ortsamt unterstützt. „Da die Familie Schwarz in der Nähe des damaligen Sammelorts im Schlachthof gewohnt hat und die Kinder in der Oberschule Findorff zur Schule gegangen sind, gab es auch für mich keine bessere Entscheidung für eine Namensfindung als 'Familie-Schwarz-Platz'. Somit wird der ganzen Familie und darüber hinaus allen Opfern der Sinti und Roma gedacht, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden“, beschreibt Dardo Balke die gemeinsame Intention.

Ralf Lorenzen, Mitglied in der Erinnerungsinitiative und Regisseur von „Drei Tage im März“, fügt hinzu: „Auch der Arbeitskreis freut sich sehr, dass es gemeinsam mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma in Bremen, dem Beirat Findorff sowie dem Ortsamt gelungen ist, die Familie Schwarz und alle anderen von Bremen aus in die Vernichtungslager deportierten Sinti und Roma mit dieser Benennung zu ehren. Wir werden die Erinnerung an sie auch weiter mit Lesungen, Vorträgen, Konzerten und Stadtführungen am Leben erhalten.“

In der Presse wurde das Musikstück sehr positiv aufgenommen; die „taz“ lobte vor allem die Annäherung an die Verfolgung der Sinti und Roma: „Bemerkenswert an Lorenzens Stück ist die Vermittlungsarbeit zwischen den Generationen – und wie einfühlsam es die unterschiedlichen kollektiven Erinnerungen von Sinti und Nicht-Sinti berücksichtigt.“ Auch die musikalische Leistung des Dardo Balke Ensembles fand große Anerkennung: „Traditionelle Sinti-Musik ist das, mit Violinen, Akkordeon, Gitarre und Klavier. Das klingt mitunter leicht angeswungen, wird aber durchgehend wunderschön getragen von tiefer Melancholie.“ ■



Sinti-Musik von tiefer Melancholie: Das Dardo Balke Ensemble in der Besetzung Armando Balke, Dardo Balke, Richie Balke, Rico Franz, Jeremy Maatz, Maurice Maatz, Rigo Weiß.

Bremerhavener Sinti-Verein e.V.
Landesverband Deutscher Sinti und Roma Bremen

URAUFFÜHRUNG VON „BLUMEN AN DER KARLSBURG“

Dokumentarisches Musiktheaterstück über die
Deportation der Sinti im Stadttheater Bremerhaven



Tenor Manolito Mario Franz,
Komponist Dardo Balke (Mitte)
und Schauspielerin Sissi
Zängerle erschaffen ein
bundesweit einzigartiges
dokumentarisches Theater-
stück.

Seine Uraufführung erlebte ein dokumentarisches Musiktheaterstück über die Deportation der Sinti aus Bremerhaven im Jahr 1940 am 9. Mai 2023 im dortigen Stadttheater. Die Produktion von Dardo Balke (musikalische Leitung) und Ralf Lorenzen (Regie) stellt das Schicksal der Angehörigen der Minderheit aus der Hafenstadt im Nationalsozialismus in den Mittelpunkt. Im Rahmen der sogenannten Maideportationen wurden die Männer, Frauen und Kinder zunächst im Polizeigefängnis an der Karlsburg zusammengetrieben und anschließend über den Hannoverschen Bahnhof in Hamburg

in Konzentrationslager in den besetzten Gebieten Polens deportiert. Das Stück wurde vom Bremerhavener Sinti-Verein und dem städtischen Magistrat unterstützt.

Die Hauptfiguren wurden von den Schauspieler*innen Rolf Becker und Sissi Zängerle sowie Opernsänger Manolito Mario Franz verkörpert. Franz, der wie Dardo Balke Angehöriger der Minderheit ist, betont die Bedeutung der Erinnerung an die Deportationen: „Es gibt keine Sinti-Familie ohne Opfer“. Für Dardo Balke geht es auch darum, dass die Minderheit

ihre eigene Geschichte erzählt, nicht zuletzt aufgrund der weiter existierenden Diskriminierungen. „Wenn man junge Leute heute fragt, werden sie sagen, dass man es im Alltag zwar nicht so spürt, aber dass Antiziganismus weiter sichtbar ist. Trotzdem haben wir ein anderes Selbstbewusstsein als vor 30 oder 40 Jahren – wir weigern uns, immer wieder an den Rand gedrängt und ausgegrenzt zu werden“, hebt er hervor.

„Blumen an der Karlsburg“ begleitet inhaltlich den Opernsänger Mario di Rosa, der vor 25 Jahren Bremerhaven verlassen hat. Er studierte Gesang in Italien und kehrt nun als gefeierter Star für einen Abend ans Stadttheater seiner Heimat zurück. Die Heimkehr bedeutet auch eine Begegnung mit der eigenen Familiengeschichte. Denn als Kind erzählten ihm seine Angehörigen, was kaum 100 Meter von der Theaterbühne entfernt im Nationalsozialismus passiert ist. Die Stimmen der Vorfahren treiben ihn während der Proben um und beeinflussen sein Werk. Marios Managerin hat zunächst kein Verständnis und spornt ihn zum Singen an. Peu à peu beginnt sie aber, mit ihm die Geschichte der Familie und der Bremerhavener Sinti zu rekonstruieren.

Die Erzählungen der Vorfahren, die langsam aus den Erinnerungen auf die Bühne drängen, basieren auf historischen Dokumenten und Interviews mit Zeitzeugen. Über die in der Gegenwart angesiedelte Rahmenhandlung des Sängers und seiner Managerin wird die historische Perspektive mit den Fragestellungen der Enkelgeneration verbunden. Dabei geht es auch um das Zusammenleben der Nachkommen von Opfern und Tätern. Die Musik als gleichberechtigtes drittes Element der Inszenierung verkörpert die emotionale Seite der Erinnerung – sie ist eine eigenständige „Stimme“, die die Akteur*innen mit der Vergangenheit konfrontiert und die diese im Laufe des Stückes immer mehr in sich hineinlassen. Die aus Eigenkompositionen bestehenden Melodien greifen verschiedene Traditionen der Sinti mit Violinen, Akkordeon, Gitarre und Klavier auf, enthalten aber auch klassische Momente.

„Blumen an der Karlsburg“ wurde im Rahmen des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2023 der Bundeszentrale für politische Bildung für zivilgesellschaftliches Engagement ausgezeichnet. ■



Die Uraufführung im Stadttheater Bremerhaven wurde vom Publikum mit viel Applaus belohnt.

Arbeitskreis der Sinti und Roma
Ingolstadt e.V.

HISTORISCHE REALITÄT STATT TRADIERTER KLISCHEES

Ausstellung „Sinti und Roma in der Frühen Neuzeit“
in Ingolstadt beleuchtet Geschichte der Minderheit

Sinti und Roma sind seit über 600 Jahren in Deutschland beheimatet – eine Tatsache, die in der breiten Gesellschaft noch immer kaum bekannt ist. Denn allzu oft wird die Geschichte der Minderheit auf den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa und die heutige Situation in Deutschland reduziert. Dabei fällt die lange und wechselhafte Geschichte der Sinti und Roma mit ihren zahlreichen wichtigen Beiträgen zur deutschen und europäischen Kulturgeschichte oft unter den Tisch.

Genau an diesem Punkt setzte die Ausstellung „Sinti und Roma in der Frühen Neuzeit – Akzeptanz, Dissens und Kooperation“ im Stadtmuseum Ingolstadt an, die vom 2. Juli bis zum 13. August 2023 zu sehen war. Ilona Serina Roché, Vorsitzende des Arbeitskreises Sinti und Roma Ingolstadt e.V. und treibende Kraft hinter der Präsentation, betonte in ihrer Eröffnungsrede: „In einer Zeit, in der antiziganistische Klischees in Europa an Zuspruch gewinnen, kommt der Beschäftigung mit der Frühgeschichte der Minderheit eine besondere politische Bedeutung zu.“

Fast vier Jahrhunderte, etwa die Zeit von 1400 bis 1800, waren auf acht Tafeln zusammengefasst. Sowohl für Angehörige der Minderheit als auch für die Mehrheitsgesellschaft lassen sich spannende und unerwartete Geschichten entdecken, die eines deutlich machen: „Dass es parallel zu der staatlichen Politik der Ausgrenzung stets vielfältige Formen eines normalen und friedlichen Zusammenlebens zwischen Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung gegeben

hat. Gerade auf lokaler und regionaler Ebene war dieses Zusammenleben stark ausgeprägt“, so Ilona Serina Roché bei der Vernissage.

Die in Zusammenarbeit mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma kuratierte Ausstellung zeigt, dass es keine starre Trennung zwischen Minderheit und Mehrheitsgesellschaft gab. Weder waren die Jahrhunderte eine Aneinanderreihung von Verfolgung und Pogromen, noch waren die Angehörigen der Minderheit vor Antiziganismus und Ausgrenzung geschützt. Vielmehr bringt es der Untertitel auf den Punkt: Das Beziehungsgeflecht war vielfältig; es herrschten seit der ersten Ansiedlung im 15. Jahrhundert Akzeptanz und Kooperation, aber auch Dissens. Was gleich blieb, war das Selbstverständnis der Sinti und Roma. Sie identifizierten sich mit ihrer Heimat, sagte die Vereinsvorsitzende: „Wenn die Rahmenbedingungen es zulassen, haben Sinti und Roma ihre Chance auf gesellschaftliche Teilhabe genutzt. Ich denke, dies gilt auch für die Gegenwart.“

Ausstellungen wie in Ingolstadt haben in einer Zeit des zunehmenden Antiziganismus eine große Bedeutung, denn sie konfrontieren das tradierte Klischee des „Fremden“ mit der historischen Realität. Diese Präsentation ist nicht schwarz-weiß, sondern wechselhaft und bunt. Sie zeigt aber deutlich: Sinti und Roma sind seit Jahrhunderten Teil der deutschen Geschichte bis in die Städte und Gemeinden. ■



Blick auf die Geschichte der Sinti und Roma: Beatrix Schönewald, Leiterin des Zentrums Stadtgeschichte Ingolstadt, und Ilona Serina Roché (rechts) vor einer der acht Ausstellungstafeln.

Verein Deutscher Sinti e.V. Minden

IN BEIRAT FÜR TEILHABE UND INTEGRATION GEWÄHLT

Oswald Marschall vertritt Sinti und Roma in neuem Gremium der Landesregierung in NRW

Auf Einladung von Integrationsministerin Josefine Paul (Bündnis 90/Die Grünen) wurde Oswald Marschall, Vorsitzender des Vereins Deutscher Sinti e.V. Minden, als Mitglied in den neuen Beirat für Teilhabe und Integration des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen berufen.

Für Oswald Marschall und den Verein ist die Berufung auch eine Anerkennung für die jahrelange erfolgreiche Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma. Neben der historisch-politischen Bildungsarbeit und dem Kampf gegen Antiziganismus ist das Empowerment von Sinti und Roma Hauptanliegen des Vereins. Oswald Marschall trägt diese Erfahrungen auch in den Beirat für Teilhabe und Integration und betont: „Unsere jungen Menschen stehen mittlerweile vor anderen Herausforderungen in der Gesellschaft als ihre Eltern. Es gibt für die Verbesserung der Teilhabe von Sinti und Roma, die wir seit Jahren fordern, keinen Ansatz, der für alle Gruppen passt. Unsere Minderheit hat ihre eigenen Bedürfnisse, die repräsentiert werden sollen.“

In dem neuen Gremium sucht die schwarz-grüne Landesregierung den engen Austausch mit Expert*innen aus der Zivilgesellschaft, um die Teilhabe- und Integrationspolitik

praxisorientiert zu gestalten. Ministerin Paul betonte in der ersten Sitzung am 30. Mai 2023, dass der Beirat sowohl tagesaktuelle als auch grundsätzliche politische Fragen bearbeiten werde und ein besonderes Augenmerk auf dem Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung liege: „Rassismus und Diskriminierung sind alltägliche Realität für viele Menschen. Daran dürfen wir uns niemals gewöhnen, sondern müssen überall und jederzeit aktiv dagegen vorgehen. Die Landesregierung plant ein Antidiskriminierungsgesetz, um den Schutz der betroffenen Menschen zu verbessern. Schon bei der Vorbereitung des Gesetzes werden wir daher den Beirat einbinden und freuen uns auf dessen Ideen, Anregungen und konkrete Vorschläge“

Gemeinsam mit dem Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Mehmet Daimagüler, der ebenfalls dem Beirat angehört, will Oswald Marschall die besondere Situation der Sinti und Roma in die Beratungen einbringen: „Der Antiziganismus ist nicht ohne Weiteres mit anderen Formen des Rassismus vergleichbar, denn er beruht auf jahrhundertealten Klischees und Vorurteilen, die bis heute wirkmächtig sind. Das hat direkte Auswirkungen und zeigt sich zum Beispiel in schlechteren Bildungschancen für unsere Minderheit. Der Beirat soll auch hier aktiv sein und Veränderungen auf den Weg bringen. ■



Buntes Miteinander: Im Beirat für Teilhabe und Integration in NRW machen sich Oswald Marschall (vorn, Dritter von links) und Dr. Mehmet Daimagüler (vorn, Zweiter von links) für das Empowerment von Sinti und Roma sowie gegen Antiziganismus stark.

Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

BEWUSSTSEIN SCHÄRFEN UND VORURTEILE ABBAUEN

Landesverband Schleswig-Holstein organisierte engagierte Podiumsdiskussion zum Thema Antiziganismus



Spannende Diskussion: Moderation Dr. Karin Haug, Emran Elmazi, Projektleiter des Bildungsforums gegen Antiziganismus, Matthäus Weiß, Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein Deutscher Sinti und Roma sowie Johannes Callsen, Minderheitenbeauftragter der Landesregierung Schleswig-Holstein (von links).

Der Kampf gegen Antiziganismus bleibt in einer Zeit, in der die Gesellschaft zunehmend auf Inklusion und Vielfalt setzt, eine zentrale Aufgabe. Die Auseinandersetzung mit diesem tief verwurzelten Vorurteil erfordert umfassende Aufklärungsarbeit und ein klares Verständnis seiner Erscheinungsformen und Auswirkungen. Um die Ursachen, stereotypen Vorstellungen und spezifischen Muster von Antiziganismus aufzuzeigen, hat der Landesverband Schleswig-Holstein

Deutscher Sinti und Roma am 23. Februar 2023 daher eine Podiumsdiskussion in der Räumerei in der Landeshauptstadt Kiel organisiert. Das komplexe Thema erörterten Johannes Callsen, Minderheitenbeauftragter der Landesregierung Schleswig-Holstein, Emran Elmazi, Projektleiter des Berliner Bildungsforums gegen Antiziganismus, und Matthäus Weiß, Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein, unter der Moderation von Dr. Karin Haug. Dabei

zeigte sich gleich zum Auftakt, wie Antiziganismus dazu führte, dass Angehörige der Minderheit im Nationalsozialismus in Konzentrationslager deportiert und ermordet wurden. Deutlich wurde zudem, dass Antiziganismus bis heute wirkt. Eindringlich beleuchtete die Podiumsrunde – auch dank zahlreicher Fragen aus dem Publikum – die historischen und gegenwärtigen Herausforderungen, mit denen Sinti und Roma konfrontiert sind. Besonders intensiv wurde diskutiert, wie lange die Gesellschaft es sich leisten könne, eine ganze Gemeinschaft auszugrenzen.

Zum Abschluss kristallisierte sich ein mehrschichtiger Ansatz zur Verbesserung der aktuellen Situation heraus, der sowohl präventive als auch reaktive Maßnahmen umfasst. Auf politischer Ebene müsse die Bundesregierung die nationale Strategie „Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern“ schnellstens umsetzen, um einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen zu gewährleisten. Ferner seien Medien und Bildungseinrichtungen gefordert, durch eine differenzierte Berichterstattung sowie eine Sensibilisierung für die Thematik das Bewusstsein zu schärfen und Vorurteile abzubauen. Da eine landesweite Melde- und Informationsstelle Antiziganismus noch immer fehlt, wäre die Einrichtung einer solchen unabhängigen Stelle ein wichtiger Schritt, um antiziganistische Übergriffe zu erfassen, Diskriminierung damit sichtbar zu machen und ihr effektiv entgegenwirken zu können. Letztlich liege es auch in der Verantwortung jedes und jeder Einzelnen, sich gegen antiziganistische Einstellungen zu positionieren und für eine inklusive Gesellschaft einzutreten, in der Vielfalt und Gleichberechtigung gelebt werden können.

Die Veranstaltung wurde von der Sinti-Band „Django Galore“ musikalisch untermalt. Der anschließende Austausch ermöglichte es den Teilnehmer*innen, in informellem Rah-



Jazz im Überfluss: „Django Galore“ sorgte für swingende musikalische Unterhaltung

men vertiefende Gespräche zu führen und das Bewusstsein für die Chancengleichheit von Sinti und Roma zu schärfen. Damit konnte die Bedeutung eines fortgesetzten Engagements und von Bildung aufgezeigt werden, um Vorurteile abzubauen und eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der Vielfalt und Respekt die Eckpfeiler des Zusammenlebens bilden. Der Verband SintiRomaSH freut sich, dass damit das Ziel der Veranstaltung mehr als erreicht werden konnte. ■

ELISABETH KRAWCZYK



Elisabeth Krawczyk, geborene Lauenburger, ist am 11. Januar 2023 im Alter von 95 Jahren im Kreis ihrer Familie in Kitzingen verstorben. Sie war dem Zentralrat sowie dem Dokumentationszentrum eng verbunden und begleitete unsere Delegationen viele Jahre lang am 2. August zur internationalen Gedenkfeier ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Elisabeth Krawczyk wurde am 8. März 1927 in Berlin geboren. Ihr Vater Karl Lauenburger, der als Soldat im Ersten Weltkrieg sein Leben riskiert hatte, wurde 1938 festgenommen und im KZ Dachau inhaftiert. Die Mutter Anna Arwey tauchte daraufhin mit den Kindern unter. Die Familie wurde jedoch entdeckt und Elisabeth Lauenburger mit ihren Schwestern in das Kinderheim „Klosterbrück“ in der Nähe von Oppeln gebracht. Dort mussten sie zwar arbeiten, konnten aber die Schule besuchen, wenn auch getrennt von ihren Brüdern, die in ein anderes Heim kamen.

Aufgrund des Auschwitz-Erlasses vom 16. Dezember 1942 verschleppten die Nationalsozialisten Elisabeth Lauenburger und ihre Schwestern im März 1943 schließlich nach Auschwitz-Birkenau.

In der letzten großen Mordaktion in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden dort auch die

Mutter von Elisabeth Lauenburger, ihre Tanten, Onkel und jüngeren Geschwister getötet. Das junge Mädchen und zwei seiner Schwestern überlebten, da sie nach Selektionen durch die SS als „arbeitsfähig“ eingestuft und im Juli 1944 ins Konzentrationslager Ravensbrück transportiert wurden, von wo Elisabeth Lauenburger wiederum im Herbst 1944 ins Außenlager Graslitz des KZ Flossenbürg kam. Von dort mussten die Häftlinge den Fußmarsch nach Tachau im heutigen Tschechien antreten. Unterwegs konnten etliche von ihnen fliehen – auch Elisabeth Lauenburger. „Wir wollten gerade weiter ins nächste Dorf, da kamen die Panzer mit den Amerikanern. Viele Jeeps mit Amerikanern sind an uns vorbeigefahren. Das war unsere Befreiung: 10. März 1945“, hielt Elisabeth Krawczyk in ihren Lebenserinnerungen „Z 1933 – Geraubte Jugend“ fest.

Romani Rose würdigte die Verstorbene mit folgenden Worten: „Ich bedauere es zutiefst, dass wir nun Abschied von Elisabeth Krawczyk nehmen müssen. Mit ihrem Tod verlieren wir erneut eine wichtige Zeitzeugin der Sinti. Ihre Verdienste bestanden darin, dass sie die Erfahrungen ihrer leidvollen Verfolgungsgeschichte insbesondere an junge Menschen weitergegeben und für die Nachwelt aufgeschrieben hat. Nicht zuletzt deshalb wird sie unvergessen bleiben.“ ■

WILLI KREUTZ

Der Holocaust-Überlebende Willi Kreutz ist am 11. Februar 2023 im Alter von 90 Jahren in Mannheim verstorben. Er war dem Dokumentationszentrum und dem Zentralrat eng verbunden und begleitete die Delegationen von Beginn an zu den internationalen Erinnerungsfeierlichkeiten anlässlich des Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma am 2. August ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

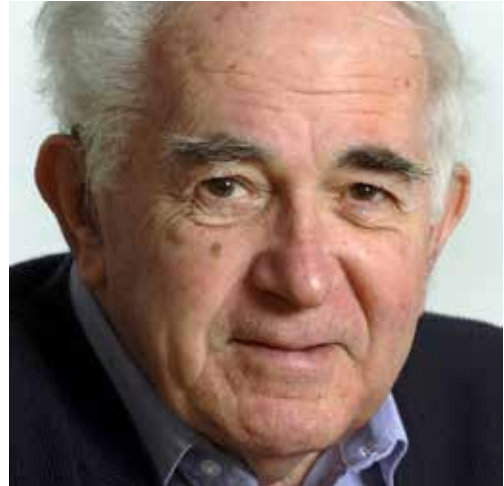
Willi Kreutz wurde am 6. Juli 1932 in Düsseldorf geboren. Im Zuge der Maideportationen tausender Sinti und Roma in das sogenannte Generalgouvernement Polen wurde seine ältere Schwester, die spätere Bürgerrechtlerin Hildegard Lagrenne deportiert. Einige Monate später traf dieses Schicksal auch Willi Kreutz und seine Eltern.



Im März 1941 wurde Willi Kreutz in das Lager Kattowitz-Myslowitz verschleppt, in dem bereits mehrere seiner Verwandten inhaftiert waren. Sein Schwager musste in einem Rüstungsbetrieb Zwangsarbeit leisten, während seine Schwester Hildegard zu schwersten Erdarbeiten genötigt wurde. Ende Januar 1945 konnte die Rote Armee das Lager befreien. Völlig entkräftigt wurde Willi Kreutz dort noch bis zum Juni vom Roten Kreuz versorgt und kehrte schließlich zu den Überlebenden seiner Familie nach Deutschland zurück.

Romani Rose würdigte den 90-Jährigen mit folgenden Worten: „Ich bin sehr traurig über den Tod von Willi Kreutz. Mit ihm verlieren wir einen der letzten Überlebenden und wichtigen Zeitzeugen des Holocaust an den Sinti und Roma. Wir werden ihn nie vergessen.“ ■

ERNST TUGENDHAT



Der Philosoph Ernst Tugendhat ist am 13. März 2023 im Alter von 93 Jahren in Freiburg im Breisgau verstorben. Der Wissenschaftler, der als Professor in Heidelberg und Berlin wirkte, gehörte nicht nur zu den bedeutenden Intellektuellen Deutschlands, sondern war auch ein langjähriger Freund der Sinti und Roma. „Mit Ernst Tugendhat verlieren wir einen treuen Weggefährten, der schon früh die Bürgerrechtsarbeit der deutschen Sinti und Roma konsequent unterstützt hat“, würdigte Romani Rose den Verstorbenen. Und der Vorsitzende von Zentralrat und Dokumentationszentrum fügte hinzu: „In seiner Funktion als Mitglied des Beirats der Gesellschaft für bedrohte Völker war Ernst Tugendhat ebenfalls ein engagierter Fürsprecher für verfolgte und bedrohte Minderheiten.“

Der Philosoph wurde 1930 im tschechischen Brünn als Sohn jüdischer Eltern geboren. Seine Familie emigrierte 1938 in die Schweiz und von dort zwei Jahre später nach Venezuela. Ab 1946 studierte er an der Stanford University in den USA und schloss sein Studium 1949 in Freiburg bei Martin Heidegger ab. Von 1966 bis 1975 war er Professor für Philosophie in Heidelberg und von 1980 bis 1992 an der Freien Universität Berlin.

In seinen Schriften hat der Wissenschaftler schon früh darauf hingewiesen, dass Sinti und Roma sowie Juden „von ihrem Schicksal her Geschwister“ seien. Deshalb hat er dem Zentralrat auch in seinem jahrelangen Ringen um das Holocaustdenkmal für die Minderheit in Berlin tatkräftig zur Seite gestanden. ■

TILMAN ZÜLCH

Der Gründer und langjährige Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker Tilman Zülch ist am 17. März 2023 im Alter von 83 Jahren in Göttingen verstorben.

Romani Rose würdigte sein lebenslanges Wirken mit folgenden Worten: „Das jahrzehntelange Engagement von Tilman Zülch für Menschenrechte in Deutschland und weltweit verdient unseren Respekt und Anerkennung. Es ist Tilman Zülch mitzuerkennen, dass Sinti und Roma heute eine der vier anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland sind.“

Die von Zülch gegründete Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“ leistete beim Aufbau der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma wichtige Unterstützung. Mit ihrer Hilfe organisierte der „Verband Deutscher



Sinti“ am 27. Oktober 1979 die erste internationale Gedenkkundgebung zur Erinnerung an die 500.000 ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, an der über 2.000 Menschen teilnahmen. Für sein Engagement wurde Tilman Zülch 2014 vom Zentralrat und Dokumentationszentrum sowie von der Manfred-Lautenschläger-Stiftung mit dem „Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma“ ausgezeichnet.

„Das Eintreten von Tilman Zülch für Menschenrechte war nie ideologisch, die Menschlichkeit stand immer im Mittelpunkt seines Handelns. Er sah sich und damit die von ihm gegründete Gesellschaft für bedrohte Völker nach dem Zivilisationsbruch der Nazis in der Verantwortung den demokratischen Rechtsstaat in die Pflicht zu nehmen“, so der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. ■

RUDOLF STEINBACH

Der Holocaust-Überlebende Rudolf Steinbach ist am 23. März 2023 im Alter von 95 Jahren in seiner Heimatstadt Koblenz verstorben.

Rudolf Steinbach war dem Zentralrat und dem Dokumentationszentrum eng verbunden und begleitete die Delegationen viele Jahre lang am 2. August zur internationalen Gedenkfeier ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Romani Rose würdigte ihn mit folgenden Worten: „Rudolf Steinbach hat sich als Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz Zeit seines Lebens dafür eingesetzt, die Erinnerung an den Holocaust an 500.000 ermordeten Sinti und Roma im NS-besetzten Europa wachzuhalten. Seinem Wirken als Zeitzeuge und als starke Stimme gegen Rassismus und Antiziganismus gehört unsere Anerkennung und unser Respekt.“

Im März 1943 wurde Rudolf Steinbach zusammen mit seiner Familie nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Annähernd 90 Prozent der dorthin deportierten Sinti und Roma wurden ermordet. In einem Zeitzeugengespräch berichtete Rudolf Steinbach viele Jahrzehnte später von der Ermordung seines Vaters und seiner jüngsten Geschwister: „Meine beiden Schwestern Ursula und Katharina, sie waren beide noch keine zehn Jahre alt, trug ich in Auschwitz selbst auf den Berg von Leichen – sonst hätte es keiner getan.“



Zwei weitere Schwestern sowie seine Mutter gehörten zu den 4.300 Sinti und Roma, die in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 in den Gaskammern getötet wurden. Rudolf Steinbach überlebte, da er zuvor von der SS als „arbeitsfähig“ eingestuft und in das KZ Buchenwald verlegt wurde.

Dort musste er unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit in einem Steinbruch leisten. Als sich alliierte Truppen im April 1945 dem Lager näherten, begann die SS mit der hastigen Räumung des Lagers. Tausende Häftlinge wurden in Todesmärschen in Richtung des KZ Flossenbürg getrieben. Wer dieser unmenschlichen Tortur nach den Entbehrungen der jahrelangen Inhaftierung nicht mehr gewachsen war, wurde von den Wachmannschaften an Ort und Stelle erschossen. Von Flossenbürg wurde er weiter in das KZ Dachau verschleppt, wo er schließlich von amerikanischen Soldaten befreit wurde.

Wie die meisten Überlebenden war Rudolf Steinbach Zeit seines Lebens durch seine grausamen Erlebnisse in der NS-Zeit traumatisiert. Dennoch engagierte er sich unermüdlich für die Aufklärung über den Holocaust an den Sinti und Roma. Im Mai 2012 wurde er dafür mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. ■

RAISA NABARANCHUK

Die ukrainische Holocaust-Überlebende Raisa Nabaranchuk ist im Alter von 80 Jahren am 6. Mai 2023 in Freiburg verstorben. Die 1943 im von den Nationalsozialisten besetzten Kiew geborene Romni zählte zu den ersten Überlebenden der NS-Verfolgung, die von einem Hilfsnetzwerk unterschiedlicher Organisationen kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges evakuiert werden konnten. Mit ihren beiden Schwestern sowie weiteren Angehörigen gelang ihr die Flucht nach Freiburg.

Mitglieder ihrer Familie gehörten zu den Opfern und Überlebenden von Massenerschießungen in der Nähe von Kiew. Am 29. und 30. September 1941 ermordeten die Deutschen und ihre Kollaborateure fast 34.000 jüdische Kinder, Frauen und Männer in der Schlucht von Babyn Jar. Auch Roma wurden dort getötet. Der Vater von Raisa Nabaranchuk wiederum kämpfte im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Roten Armee. Die überwiegende Zeit ihres Lebens arbeitete die Romni als Friseurin – ein Beruf, der in ihrer Familie über mehrere Generationen ausgeübt wurde. In den 1960er Jahre begann sie zudem zu schreiben, zunächst lediglich als Hobby. Erst eine Verwandte ermutigte sie 1990, einige ihrer Texte zu veröffentlichen. Bekannt wurde insbesondere der unter dem Pseudonym Rani Romani publizierte Gedichtband „Meine lieben Menschen, an euch richten sich meine Worte“.



In den letzten Jahren hat sich Raisa Nabaranchuk aktiv für das Gedenken an den Völkermord an den Roma in der Ukraine eingesetzt. Sie nahm nicht nur an den Romani-Studies-Programmen an den Universitäten von Kiew und Tschernihiw teil, sondern vertrat die Roma-Community auch im In- und Ausland.

Zum 2. August 2022 berichtete Raisa Nabaranchuk beim virtuellen Gedenken des Dokumentations- und Kulturzentrums aus Anlass des Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma von ihrer Großmutter, die von den deutschen Besatzern ermordet wurde. Dabei erzählte sie zudem von den russischen Bombenangriffen und den bangeren Stunden im Luftschutzkeller: „In Kiew selbst gab es nichts, nur die Umgebung wurden bombardiert. Wir waren im Keller unter dem Hochhaus. In der Wohnung waren wir nicht sicher, und fühlten uns die ganze Zeit über ängstlich. Wir danken den Nachbarn, dass sie uns mit in den Keller mitgenommen haben. Trotzdem hatten wir Angst. Du weißt nicht, wohin die nächste Rakete kommt.“

Im Gespräch hat sie damals so sehr gehofft, schon Weihnachten wieder bei ihrer Familie in der Heimat zu verbringen. Dieser Wunsch sollte sich angesichts der anhaltenden Angriffe auf die Ukraine nicht erfüllen. ■

IVAN BILASHCHENKO

Der Holocaust-Überlebende Ivan Bilashchenko ist am 9. Mai 2023 – kurz vor seinem 97. Geburtstag – in seiner ukrainischen Heimat verstorben.

„Ich musste drei Leben leben: den Holodomor, den Völkermord und die Kriegsfront“, fasste Ivan Bilashchenko vor einigen Jahren sein Schicksal zusammen. Und der ukrainische Rom, Oberst und Veteran des Zweiten Weltkrieges fügte hinzu: „Wenn Sie mich fragen, was am schlimmsten war, würde ich ohne zu zögern antworten, der Völkermord. Denn wir lebten immer in der Erwartung, dass wir, wenn nicht heute, so doch morgen erschossen werden.“ Ivan Bilashchenko hat das grausame Treiben überlebt und in zahlreichen Gesprächen – vor allem mit jungen Menschen – von seinen dramatischen Erfahrungen gesprochen.

1926 wurde der Angehörige der Roma in einem Dorf in der Region Tscherkassy geboren. Mit 16 Jahren sollte er in ein deutsches Zwangsarbeiterlager verschleppt werden. Es gelang ihm aber, durch einen Sprung aus dem Zug zu flüchten und nach Hause zurückzukehren. Dort konnte er wenig später mit der Unterstützung des Dorfvorstehers und anderer Mitstreiter die Deportation von



40 jungen Menschen verhindern – unter ihnen eine seiner Cousinen.

Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde er mit 17 Jahren für den Kriegsdienst eingezogen. Nachdem er mit anderen Roma eine beschleunigte Ausbildung auf einer Militärschule absolviert hatte, wurde er mit der Überwachung der militärischen Kommunikation beauftragt. Dies führte ihn von der Ukraine nach Weißrussland und Polen.

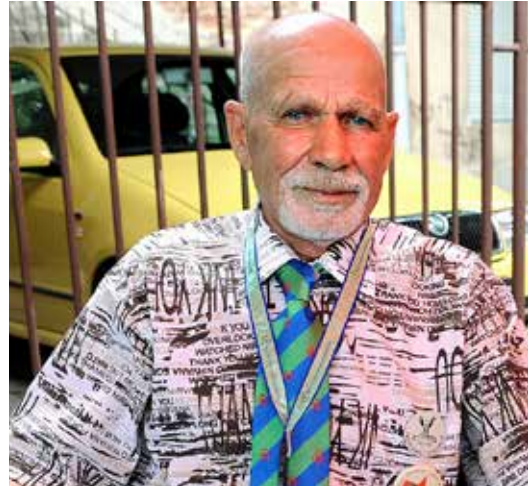
Nach Ende des Zweiten Weltkrieges absolvierte Ivan Bilashchenko ein Studium an der Technischen Hochschule für Bauwesen und gründete eine Familie. Bis zuletzt hat er aktiv am öffentlichen Leben teilgenommen, er wirkte an mehreren historischen Ausstellungen mit und ermutigte junge Menschen immer wieder, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und an die erlebten Schrecken sowie das erlittene Unrecht zu erinnern. Das tat er auch im August 2019 bei der internationalen Erinnerungsveranstaltung „Dikh he na bister“ (Romanes für „Schau hin und vergiss nicht“) zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. ■

NADIR DEDIĆ

Der kroatische Holocaust-Überlebende Nadir Dedić ist am 13. Juni 2023 im Alter von 93 Jahren verstorben. Er wurde 1930 als Sohn muslimischer Roma in der Gemeinde Bozana Gradiska im heutigen Norden von Bosnien und Herzegowina geboren. Im Alter von elf Jahren wurde er von deutschen Soldaten verschleppt und den faschistischen Ustascha übergeben, die ihn in das Vernichtungslager Jasenovac deportierten, wo zehntausende Roma ermordet wurden. Durch Recherchen der kroatischen Gedenkstätte Jasenovac sind inzwischen die Namen von etwa 16.000 ermordeten Roma bekannt.

Nadir Dedić gehörte zu den wenigen Angehörigen der Minderheit, die dieses Vernichtungslager überlebten. Ein Großteil seiner Verwandten, so auch sein Vater Alija und seine Mutter Kada, wurden im Holocaust ermordet. Insgesamt gehörten 81 Angehörige von Dedić zu den Opfern der Nationalsozialisten und ihrer kroatischen Verbündeten.

Nadir Dedić selbst verdankte seine Rettung einem muslimischen Freund der Familie, der ihn gegenüber der Ustascha als sein eigenes Kind ausgab und damit seine Freilassung erreichte. 1943 schloss sich Dedić der Partisanenbewegung an und beteiligte sich am Kampf um die Befreiung seiner Heimat.



Nach Kriegsende setzte er sich für das Gedenken an den Holocaust an den Sinti und Roma ein. Und war 1986 aktives Mitglied des Runden Tisches zum Gedenken im ehemaligen KZ Jasenovac. Außerdem initiierte er die Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Opfer des faschistischen Terrors in Žeravica in Bosnien und Herzegowina, das 1970 eröffnet wurde.

Anlässlich des Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma am 2. August 2019 war Nadir Dedić einer der Hauptredner bei der mitorganisierten Gedenkveranstaltung im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. In seiner Ansprache appellierte er insbesondere an die jugendlichen Teilnehmer*innen, die in Jasenovac und Auschwitz verübten Verbrechen niemals zu vergessen: „Lassen Sie keinen Rassismus gegen uns Roma mehr zu! Treten Sie gemeinsam ein für ein Miteinanderleben, das auf gegenseitigem Respekt basiert und nicht auf Hass, Verachtung und Ausgrenzung. Das ist die Botschaft, die uns dieser Ort, auf dem wir heute stehen, vor Augen hält.“

Mit Nadir Dedić verliert die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma einen engagierten Mitstreiter und eine wichtige Stimme gegen das Vergessen. ■

ÉVA FAHIDI-PUSZTAI

Die jüdische Auschwitz-Überlebende Éva Fahidi-Pusztai ist am 11. September 2023 im Alter von 97 Jahren verstorben.

1944 musste die Familie nach der deutschen Besetzung Ungarns ins Ghetto übersiedeln und wurde später nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Während Mutter und Schwester ermordet wurden und der Vater an den Folgen der Lagerhaft starb, wurde Éva Fahidi-Pusztai 1944 zur Zwangsarbeit ins KZ Buchenwald transportiert. Nach der Befreiung auf einem „Todesmarsch“ durch die Amerikaner kehrte sie nach Ungarn zurück.

Sie betrachtete es als ihre Pflicht, über das in Auschwitz Erlebte, in der Öffentlichkeit zu berichten. Die 1925 im ostungarischen Debrecen geborene Éva Pusztai-Fahidi schrieb 2011 mit dem Buch „Die Seele der Dinge“ ein aufrüttelndes Zeugnis des Holocaust. Sie erzählt darin von ihrer Familiengeschichte und schildert das Leben in Ungarn zwischen den Weltkriegen. Vor allem aber berichtet sie über die traumatische Erinnerung an ihre Deportation als 18-Jährige nach Auschwitz.



Anlässlich des Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma schilderte Éva Fahidi-Pusztai am 2. August 2019 in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, wie sie selbst 70 Jahre zuvor Zeuge der Ermordung der letzten im Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers verbliebenen 4300 Sinti und Roma geworden war:

„Wir im Lager waren erstarrt vor Angst. Auch bleibt man nicht gleichgültig, wenn 4300 Menschen im Nachbarlager mit so drastischen Methoden, mit offenem Feuer aus Flammenwerfern in den Tod getrieben werden. So unerwartet, wie diese Aktion begonnen hatte, so unerwartet ist auf einmal Ruhe eingekehrt. Und das konnte man auch kaum aushalten. Man hörte von mehreren Zehntausenden von Menschen in den verschiedenen Lagern in Auschwitz-Birkenau laut das Herz klopfen. Und so oft ich mich an diese entsetzliche Nacht erinnere, weil ich es für meine Pflicht halte, darüber zu sprechen, damit es nicht in Vergessenheit gerät.“

Die damals Anwesenden können sich noch heute an Eva Fahidi-Pusztais leise und zerbrechliche Stimme erinnern, die sich mit einer nicht überhörbaren Botschaft gegen das Vergessen an die nachkommenden Generationen richtete. ■

Bildnachweise

- 3 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 4 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Lars Kehrel
- 6 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Lars Kehrel
- 7 © SPACE4
- 8 © Stevan Kragujević
- 9 © SPACE4
- 10 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- 12 © bez+kock architekten
- 13 © bez+kock architekten
- 14 © Fotos/Collage: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
- 16 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
- 17 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
- 19 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 20 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Simone M. Neumann
- 22 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Simone M. Neumann
- 23 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Simone M. Neumann
- 24 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Simone M. Neumann
- 25 © Kees Hummel
- 27 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Simone M. Neumann
- 28 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkwicz
- 30 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkwicz
- 32 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkwicz
- 34 © Dikh he na bister
- 35 © Dikh he na bister
- 37 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 38 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Philipp Rothe
- 40 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Johannes Kaiser
- 42 © Deutscher Bundestag / Achim Melde
- 44 © Andreas Aman
- 45 © picture alliance/dpa/Anne-Marie Utz
- 47 © Amaro Foro e.V., Melde- und Informationsstelle Antiziganismus
- 48 © Melde- und Informationsstelle Antiziganismus / Annika Fuhrmann
- 51 © Adobe Stock
- 52 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma / Jens Jeske
- 54 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 55 © Deutsche Bahn / Tine Jurtz
- 56 © Main-Post / Thomas Obermeier
- 58 © Evangelische Landeskirche in Bayern / Wolfgang Hegel
- 59 © Archiv DZOK Ulm, Nachlass Brantner, Hans-Ranco, Album 5-95
- 61 © Collage Bernhard Edin
- 62 © Bernhard Edin
- 67 © Parlamentsdirektion/Thomas Topf
- 68 © VOREA
- 69 © VOREA, Elvis Beriša
- 70 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma / Rebecca Fisch
- 72 © AdobeStock_143143655
- 74 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Johannes Kaiser
- 76 © feeLit/Annemone Taake
- 77 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 78 © Detlef Hartung
- 80 © Detlef Hartung
- 81 © Detlef Hartung
- 82 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Johannes Kaiser
- 84 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 86 © Hanno Mertens
- 87 © von oben nach unten: Natali Tomenko/David Weiss/Otto Virtanen
- 88 © Natali Tomenko
- 89 © Alfred Ullrich
- 95 © Gerd Mothes
- 96 © BR Alpha / Collage Bernd Bundschu
- 99 © Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Rheinland-Pfalz
- 100 © Landesverband Bayern Deutscher Sinti und Roma
- 102 © Miguel Balke
- 104 © Arnd Hartmann
- 105 © Miguel Balke
- 107 © Donaukurier, Markus Meßner
- 109 © MKJFGFI | Rupert Oberhäuser
- 110 © Ulf Stephan
- 111 © Ulf Stephan
- 112 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- 113 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- 114 © picture-alliance/ dpa/dpaweb | Bernd Weißbrod
- 115 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 116 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- 117 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
- 118 © Dikh he na bister
- 119 © Dikh he na bister
- 120 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Impressum

Herausgeber

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma,
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

ViSdP

Romani Rose

Redaktion

Heidrun Helwig (Leitung), Alexander Cramer, Johannes Kaiser

Autorinnen und Autoren

Sevin Begovic, Alexander Cramer, Bernhard Edin, Emran Elmazi,
Sofia Erto, Rebecca Fisch, Yasmin Göppner, Heidrun Helwig,
Dr. Birgit Hofmann, Johannes Kaiser, Stephan Müller, Daniela
Ott, Andreas Pflock, Aert van Riel, Dr. Dina von Sponeck

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der
jeweiligen Verfasser*in wieder.

Gestaltung

Angelika Fritsch

Lektorat

Dietlind Grüne, Redaktion Sachtext

Druck

Neumann Druck GmbH

Auflage

6 000

Wir versenden aktuelle Informationen zu unserer Arbeit und unseren Veranstaltungen in einem regelmäßigen Newsletter per E-Mail. Der Newsletter wird gemeinsam vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma herausgegeben. Er stellt neben dem „Newess“, unseren Webauftritten und unseren Programmheften ein zusätzliches Informationsangebot dar, mit dem wir Sie über die Arbeit des Dokumentationszentrums und des Zentralrats sowie aktuelle Themen und Veranstaltungen auf dem Laufenden halten wollen.

Anmelden unter: <http://zentralrat.sintiundroma.de/newsletter/>

Alle Bildrechte wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und eingeholt. Falls unwissentlich Daten verarbeitet wurden, die bestehende Schutzrechte verletzen und nicht sofort als solche erkannt wurden, bitten wir um eine Nachricht an info@sintiundroma.de.

Haftungsansprüche gegen den Zentralrat oder das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern kein nachweislich vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt.

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie unterstützt durch das Ministerium für Arbeit und Soziales aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

Mai 2024



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION



**Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma**

Fon +49 6221 9811-02
Fax +49 6221 9811-77
info@sintiundroma.de

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Fon +49 6221 9811-01
Fax +49 6221 9811-90
zentralrat@sintiundroma.de

Bremeneckgasse 2 | 69117 Heidelberg
www.sintiundroma.de

ISSN (Print) 2751-2983

ISSN (Online) 2751-2991